Nr. 302. 17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 29. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Deutsche Staatskunst.

Im letzten Jahre fand der deutsche Zickzackkurs zum erstenmal die Gelegenheit, sich in der Behandlung tiefeinschneidender auswärtiger Verwicklungen zu zeigen. Läßt sich, wenn auch nur von dem niedrigen Standpunkt diplomatischer Geschicklichkeit, behaupten, daß er sich hierbei hervorgethan habe? Werfen wir ein paar Blicke nach rückwärts.

Im Juni und Juli begannen die chinesischen Wirren, Ketteler wurde ermordet, die Gesandten eingeschlossen ꝛc. So günstig diese Ereignisse für die russischen Pläne waren, so wenig paßten sie England, dessen Kräfte durch den Boerenkrieg in Südafrika festgehalten wurden. Aber wozu gab es denn in Berlin so ausgezeichnete Diplomaten! So erhielten denn die englischen Telegraphenagenturen den Wink, einmal einen richtigen Radau zu machen, damit der deutsche Aar zornentbrannt gegen Osten fliege und dort dem russischen Bären, dem das englische Einhorn dermalen nicht ankonnte, ein Paroli biete. Die braven Männer am Telegraphen thaten mit Vergnügen, wie ihnen geheißen, sie logen, daß sich die Balken bogen, und siehe da, drohend erhob sich der deutsche Aar und rausche zum Entzücken der englischen Diplomatie wutentbrannt gegen China. Ja, der deutsche Aar machte es sogar noch viel kräftiger, als England es erhofft hatte. Obwohl Deutschland die geringsten Interessen in China hatte, schickte es dennoch nach und nach 25 000 Mann dorthin, so daß es jetzt von allen Nationen das stärkste Expeditionscorps aufweist. Außerdem lieferte Deutschland auch noch den sogenannten Oberfeldherrn der sogenannten Verbündeten.

Man kommt hier wirklich in die Versuchung, zu fragen, ob denn den Berliner „Staatsmännern" die Weltgeschichte und auch diejenige Preußens ein unentdeckter Erdteil ist. Die Vergangenheit lehrt mit ehernen Lettern, daß solche Koalitionen, wie die gegen China gerichtete, fast ausnahmslos versagen und die Oberfeldherren derartiger Bündnisse geradezu klägliche Rollen spielen. Wir erinnern an die Bündnisse gegen Friedrich II. von Preußen, an die Koalitionen gegen die erste französische Republik, wo Friedrich Wilhelm II. von Preußen den berüchtigten Separatfrieden zu Basel abschloß und seine Verbündeten einfach im Stich ließ. Wir weisen ferner auf die erbärmlichen Verhältnisse hin, unter welchen Schwarzenberg gegen Napoleon I. kommandieren mußte. Die Briefe, die der arme Generalissimus der Befreiungskriege an seine Frau schrieb, in denen er sich bitter beklagte, daß er nicht den richtigen Gehorsam finde, ja daß ihm mancher seiner Untergebenen sogar einen tüchtigen Hereinfall wünsche, geben eine interessante Illustration für die Stellung solcher „Oberfeldherren".

Aber obwohl die Geschichte die fast ausnahmslose Wertlosigkeit militärischer Koalitionen darthut, trotzdem sie das Oberkommando über solche vereinigten Truppen als ein Unglück erscheinen läßt, hat der Zickzackkurs sich dennoch mit ganz besonderem Eifer am China-Abenteuer beteiligt und sogar den Generalissimus präsentiert.

Die Bescherung liegt denn jetzt auch vor uns. Von einem wirklichen Oberbefehl des Grafen Waldersee kann keine Rede sein, die Russen, Amerikaner und Japaner haben sich einfach empfohlen, ohne Se. Excellenz um die Erlaubnis zu bitten; eine kleine Mitteilung, daß die Herrschaften nicht mehr dableiben werden, mußte dem „Oberfeldherrn" genügen. Kurz, für den deutschen Weltmarschall bleibt nichts übrig als die Bestätigung einiger Todesurteile und die Anordnung längerer Marschübungen, bei denen nebenbei auf kampfunfähige Boxer geschossen wird. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der Herr Graf schon längst wieder heimgekehrt wäre, wenn man nur wüßte, wie man ihn ohne furchtbare Blamage nach Hause bringen kann. Es wäre doch ein beißend komisches Bild, wenn der Generalfeldmarschall, der im August mit so lautem Tamtam und Trara in den „Krieg" zog, nun heimkommen würde und seine großartig angekündigten Thaten im Grunde nur darin bestünden, daß er auf einem Extradampfer mit größtem Komfort nach China fuhr und dort, unterstützt von einem Koch, der jährlich 10 000 Mark bezieht, einige Monate im kaiserlichen Palast zu Peking residierte. Diese wirklich an den Fasching erinnernde Heimkehr des Weltmarschalls, auf die sich sämtliche Witzblätter und Karikaturenzeichner jetzt schon freuen, wird dem Khakikurs freilich nicht erspart bleiben, mag er auch noch so lange mit der Rückberufung Sr. Excellenz zögern. Das einzige Mittel, mit dem die Lächerlichkeit der Situation einigermaßen verschleiert werden könnte, wäre ein Friedensschluß, der Deutschland große Vorteile brächte. Daran ist aber gar nicht zu denken.

Auch der Friedensschluß wird der Berliner Diplomatie eine schwere Blamage eintragen. Von Anfang an war es klar, daß gegen China, von dem jeder der übrigen „Verbündeten" im Geheimen Vorteile erhofft, wirklich harte Friedensbedingungen gar nicht durchzusetzen sind. Auch ist China viel zu groß, als daß man hier mit einer Kriegsführung bis zum Weißbluten, das sich nur durchführen läßt, wenn man das ganze Land in der Gewalt hat, kommen könnte. Doch was kümmert sich der pfiffige Zickzackkurs um solche Erwägungen, die in der socialdemokratischen Presse sehr oft zu lesen waren. Was verstehen denn die Socialdemokraten von solchen Dingen. Um so etwas beurteilen zu können, muß man Botschafter, Gesandter gewesen sein, bei Hofe Hände geküßt, Lawntennis gespielt, Cotillon getanzt haben und zwei große Diners an einem Tage vertragen können.

Da aber die rauhe Wirklichkeit sich auch hier wieder auf die Seite „des Umsturzes" stellte, so blieb und bleibt den klugen Khaki-Diplomaten doch nichts übrig, als sachte und langsam eine ihrer harten Bedingungen nach der andern fallen zu lassen, bis zuletzt fast nichts mehr übrig sein wird. Wenn wir auch nur einen kleinen Bruchteil der 350 Millionen, die „der Flug des deutschen Aars gegen Osten" kostet, wieder erhalten, müssen wir zu tot froh sein. Wahrscheinlich werden wir nicht einmal dies bekommen, so daß der deutsche Aar den größeren Teil seiner Reise am Ende selbst wird bezahlen müssen.

So mag den Berliner „Staatsmännern" ebenso wie bei dem Gedanken an Waldersees Rückkehr bei jenem an den Friedensschluß eine leichte Gänsehaut über den Rücken laufen. Wo wird die furchtbare Sühne bleiben? werden sie sich mit einem Seitenblick auf die allezeit spottlustige Opposition fragen.

Doch wie es sich für einen richtigen Zickzackkurs, der heute das und morgen das gerade Gegenteil thut, geziemt, so zeigte die kgl. preußische Staatskunst neben der großen Hitze, die sie in China entwickelte, auch eine eisige Kälte, und zwar bei der Reise des Präsidenten Krüger nach Europa. Wir gehören gewiß nicht zu jenen jugendlichen Schwärmern, die da meinen, Deutschland solle wegen der Boeren den Krieg an England erklären. Aber trotzdem bleibt bestehen, daß die übertriebene Kälte des Zickzackkurses gegen Krüger ebenso fehlerhaft und beschämend war, wie die übergroße Hitze bei den chinesischen Wirren.

Herr v. Bülow, der hier wie dort der verantwortliche Leiter war, hat zweifellos beide Mal die falsche Temperatur erwischt. Es ist ja möglich, daß er das zweite Mal so kalt war, weil er sich das erste Mal die feinen Diplomatenfingerlein so böse verbrannte, aber immerhin ist die brenzlige Thatsache unleugbar, daß der Zickzackkurs bei den ersten ernsteren Proben, die ihm die auswärtige Politik stellte, kläglich versagte. Und wenn die Khakimänner schon bei solchen doch sehr klar liegenden Fällen mit vollendeter Virtuosität das Unrichtige treffen, wie wird es erst dann werden, wenn wirklich verwickelte Situationen ihrer warten?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember.

Graf Bülow

macht Anspruch, für die innere Politik Sphinx zu spielen. Er hat Schonzeit für sich verlangt und die Parteien sind im allgemeinen geneigt, ihm diese Schonzeit zu gewähren. Auch wir wollen gern dem Wunsche des Reichskanzlers nachkommen, daß man ihn doch noch nicht kenne und abwarten möge, obschon wir nicht fehl gehen werden, wenn wir annehmen, Graf Bülow werde sich möglichst gewandt zwischen den Gegensätzen innerpolitischen Lebens hindurchzuschlängeln versuchen, aber nimmermehr eine selbständige, einheitliche Politik, welcher Art auch immer, betreiben.

Nun hat die Münchener „Allg. Ztg." das Rätsel der Sphinx ein wenig lüften wollen und hat mitgeteilt, Graf Bülow habe unmittelbar nach seinem Amtsantritt als seine Meinung und Absicht erklärt:

„Vor allen Dingen keine inneren Krisen!"

Dies Wort kann Graf Bülow sehr wohl gesprochen haben. Er ist gewiß nicht für Krisen, wenn sie kritisch werden. Wenn etwas den Schein des Erfolges für sich hat, würde Graf Bülow es unternehmen, wäre es noch so „kritisch". Es würde uns nicht wundern, wenn Graf Bülow eines Tags sich für die Revolution erklärt. Er würde sich am nächsten Tage ebenso gut für die Reaktion erklären.

Immerhin hat das Wort: „Vor allen Dingen keine inneren Krisen" die Scharfmacher unangenehm erregt. Die „Berl. Neueste Nachrichten" geben sich den Anschein, als glaubten sie nicht an den Ausspruch des Grafen Bülow. Sie sagen:

„Das ist ein zwar negatives Programm, aber doch ein Programm von außerordentlicher Tragweite. Innere Krisen zu verhüten oder ihnen aus dem Wege zu gehen, kann unter Umständen sehr verdienstlich sein, unter Umständen aber auch nicht. Die auswärtige Lage kann gebieten, selbst solche innere Krisen, die der leitende Minister für unvermeidlich hält, einstweilen zurückzustellen. Für einen Staatsmann, der sich, wie der deutsche Reichskanzler, in der einzigartigen Situation befindet, für die Politik eines großen und durch seine geographische Lage dauernd gefährdeten Reichs allein die Verantwortung zu tragen, wird es überhaupt stets ein sehr begreiflicher Wunsch sein, von inneren Schwierigkeiten verschont zu bleiben. Aber dieser Wunsch wird bei einem groß veranlagten Staatsmann nicht dahin führen, innere Krisen um jeden Preis zu vermeiden. Wir sind deshalb, trotz der „besten Quelle", zweifelhaft, ob Graf Bülow wirklich gesagt hat: „Vor allen Dingen" keine inneren Krisen. „Wenn möglich, keine inneren Krisen!" würde uns wahrscheinlicher vorkommen. Wir nehmen an, daß dieser Ausspruch, falls er überhaupt gefallen, Personenfragen gegolten hat. Ein leitender Staatsmann, der bei seinem Amtsantritte eine grundsätzliche Scheu vor allen inneren Krisen kundgeben wollte, würde dadurch nicht nur dem Parteiegoismus und den unvernünftigsten Velleitäten einen Freibrief ausstellen, sondern zu einer Art politischer Erpressung geradezu herausfordern. Wenn in den letzten Jahren der Uebermut nicht nur des Centrums, sondern auch der Socialdemokratie ins Grenzenlose gestiegen ist, so hat das nicht am geringsten an dem allgemein verbreiteten Glauben gelegen, daß Fürst Hohenlohe unter keinen Umständen eine Reichstags-Auflösung befürworten werde. Doch das war nur ein Glaube. Auf welche Schädigung der Regierungs-Autorität, auf welche heillose Wirtschaft im Innern müßten wir uns erst gefaßt machen, wenn jetzt die Vermeidung aller inneren Krisen ausdrücklich als Regierungsmaxime proklamiert würde! Man hat vom Grafen Bülow eine feste, kraftvolle Politik auch im Innern erwartet. **Vor allem hoffte man, daß unter ihm die Socialdemokratie wieder als das behandelt werden würde, was sie ist.** Jene Maxime würde das Gegenteil von Kraft und Festigkeit bekunden und ist schon aus diesem Grunde mit der Person des jetzigen Reichskanzlers unvereinbar."

Wir haben uns von Anfang an in der Beurteilung des Grafen Bülow keinerlei Illusionen hingegeben und wir zweifeln nicht, daß unsre Beurteilung seiner Persönlichkeit dem Herrn Reichskanzler inmitten der Dithyramben, die ihn von allen Seiten überströmten, höchst unangenehm ist. Das allerdings glauben wir ihm nicht versagen zu sollen: die höchsten Hoffnungen der Scharfmacher wird er kaum erfüllen wollen. Denn die Scharfmacher wollen die innere Krise, wollen die ausnahmegesetzliche Unterdrückung der Arbeiterklasse, die Beseitigung des Reichstags-Wahlrechts, den Staatsstreich. Solche Sachen sind dem Grafen Bülow denn doch allzu kitzlich. —

Gottes Segen bei Sanden.

Wer es heute bei uns in höheren Kreisen zu Ansehen und Gold bringen will, muß fromm, sehr fromm, äußerst fromm sein. Je dicker der gottselige Anstrich, um so größer der Erfolg.

So ist denn auch der Kommerzienrat Sanden, der durch seine Gaunereien unsägliches Unheil über zahlreiche Familien gebracht hat, wie bekannt ein bewährter Mann von dreimal gesiebter Christlichkeit gewesen: Religion ist Geschäftssache.

Aber nicht nur Sanden, sondern auch seine Gemahlin, die jetzt die Besitzerin der 30 Millionen sein soll, war von dieser kirchlichen Inbrunst angesteckt, und anstatt von ihrem kolossalen Vermögen den Opfern des frommen Schurken etwas zukommen zu lassen, giebt sie ihnen — Wechsel auf den lieben Gott.

An ein älteres Fräulein, das den größeren Teil ihrer in schwerer Arbeit verdienten Ersparnisse bei der Sanden-Bank angelegt und das mit der Frau Sanden persönlich bekannt war, schrieb die würdige Dame den folgenden Brief:

„Potsdam, Marienstraße 11 (Datum fehlt). Heute erhielt ich Ihren Brief, aus dem ich ersehe, daß Sie in ebenso schwerer Sorge sind, wie wir selbst! Gott der Herr allein kennt diejenigen, durch deren Verschulden mein armer Mann, der stets einem jeden ein Muster in Pflichttreue, Fleiß und Gewissenhaftigkeit sein konnte, in diese so schreckliche Lage gebracht worden ist. Ich bin überzeugt, wenn Sie meinen Mann kennen würden, Sie würden es bereuen, auch nur ein Wort der Anschuldigung über ihn geäußert zu haben. Er, dessen größte Freude es war, zu helfen, sollte sich an fremdem Hab und Gut versündigt haben? Das können nur Leute sagen, die ihn nicht kennen, oder solche, die gewissenlos genug sind, absichtlich Böses zu thun. — Sie beurteilen die Lage der Banken aus Zeitungsberichten, die in gehässiger und übertriebener Weise die Sache darstellen, und gerade diesen Zeitungsberichten ist es zu verdanken, daß die Papiere so gefallen sind. Eine genaue Darlegung der Verhältnisse wird erst in nächster Zeit stattfinden und Sie werden daraus ersehen, daß die Bank nicht so schlecht dasteht, wie es bisher geschildert ist. Sie schreiben, mein liebes Fräulein, **mein Mann besäße 20 Millionen, er hat nicht den zehnten Teil davon und alles, was er hatte, ist bereits in die Bank gegeben** (??) und sogar auch **mein Besitztum mit angegriffen worden.** Daher, mein liebes Fräulein, treffen mich Ihre schweren Anschuldigungen nicht, denn ich habe ein ruhiges Gewissen und ebenso erträgt auch mein Mann diese schwere Prüfung mit Ergebung und in festem **Vertrauen auf unsres Herrn und Gottes Hilfe.** Wir sind nicht nur in ebenso trauriger Lage wie Sie, mein liebes Fräulein, sondern wir müssen noch Schmähungen und Beschimpfung über uns ergehen lassen, die wir, Gott weiß es, nicht verdient haben.

Mein liebes Fräulein, verlieren auch Sie nicht das Gottvertrauen! Wenn wir alle **Gott den Herrn bitten,** daß er der **gerechten Sache** den Sieg verleihe, so wird er uns nicht verlassen, sondern uns gegen unsre Feinde beschützen, die uns zu verderben trachten.

Daß **Gott der Herr** uns alle, die wir auf ihn hoffen, in seinen **gnädigen Schutz** nehmen und uns helfen möge, **erfleht täglich in heißen Gebeten** Frau M. Sanden, geb. Felzer."

Man muß gestehen: des Herrn und der Frau Sanden fromme Ehe ist durch eine rührende Seelenverwandtschaft ausgezeichnet. Den guten Sanden hat Gott der Herr trotz seiner Frömmigkeit zu Schanden werden lassen, er hat sein Letztes verloren, und auch die Frau Gemahlin hat sogar „ihr" Besitztum — nämlich die 30 Millionen — angegriffen. Wie billig und bequem ist es doch, die drängenden Mahner an den Segen des Himmels zu verweisen, der verlangt kein Geld!

Der moderne Hiob á la Sanden erträgt mit Geduld und Hingebung die furchtbaren Schickungen des allmächtigen Gottes, nachdem er vorher für alle Fälle — — — ein Vermögen von 30 Millionen bei Frau Hiob in Sicherheit gebracht hat!

So wird auch das Veräußerungsverbot, daß über Herrn Sanden verfügt worden ist, wenig fruchten, da der Millionen-Schatz von Gottes Segen bei Frau Sanden in guter Hut ist; die jetzt verbotene „Veräußerung und Entfernung von Bestandteilen seines Vermögens" ist eben bereits früher erfolgt. Jetzt wird nur noch wenig zu holen sein.

Aus Potsdam wird ferner über die Affaire berichtet: Es wird jetzt das Gerücht kolportiert, daß auch städtische Gelder in den Banken angelegt und verloren gegangen seien. Aus dem Grunde soll die ganze Angelegenheit in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht werden. Der Magistrat kann die beruhigende Versicherung abgeben, daß städtische Gelder bei der Affaire nicht in Frage kommen. Dagegen wird schon jetzt eine wesentliche Erhöhung der Steuerzuschläge für das nächste Jahr angekündigt, die man direkt auf die Ausfälle der städtischen Steuerkasse zurückführt. Es kommt dabei nicht nur der Steuerverlust der Direktoren Sanden und Warsinski in Betracht, sondern auch der Minderbetrag, den die Selbsteinschätzung der Leidtragenden bei dem Krach ergeben wird und der bei den eigenartigen Potsdamer Geldverhältnissen ganz erheblich ins Gewicht fällt. —

Uebrigens hat Sanden auch an heiliger Stätte ein Denkmal. Am 9. Mai 1894 wurde, wie die „Volks-Ztg." berichtet, in der Pfingstkapelle, die inmitten „milder" Stiftungen am Fuße des Pfingstbergs steht, eine Ehrentafel errichtet, die mit goldenen Lettern auf schwarzem Marmor folgende Worte enthält: „Zum ehrenden Gedächtnis dem Bankdirektor Eduard Sanden". Die Tafel wird man nun wohl an der Wand einer Kerkerzelle anbringen.

Freiherr v. Mirbach gehörte mit zahlreichen andern Hofbeamten am ersten Feiertage zu den andächtigen Zuhörern des Lieblingspredigers Sandens, des Pfarrers Kritzinger, der ernste Betrachtungen über freie Liebe (Sternberg) und plötzliches Unglück in Palast und Hütte (Sanden) anstellte.

Sollte Pfarrer Kritzinger wirklich nur über das angerichtete Unglück und nicht auch über das Verbrechen des Unglücksstifters geredet haben, der seiner freien Liebe zum Golde Tausende von Menschen opferte!

Ueber die bankrotte Hofbank „Anhalt u. Wagner Nachfl." ist die außergerichtliche Liquidation beschlossen worden.

Der heute erschienene Revisionsbericht der Vertrauenskommission der Aktionäre der deutschen Grundschuldbank entwirft ein düsteres Bild von der heillosen Mißwirtschaft der frommen Gründer. Ein abschließendes Urteil über die Lage der Institute wird nicht gefällt, es scheint aber, daß für die Pfandbriefinhaber wenig oder nichts zu retten ist. Das Ehepaar Sanden wird sich vermutlich auch über diesen Umstand händefaltend mit dem frommen Spruch hinwegtrösten: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen! —

Die Korrektur des Löbtauer Zuchthausurteils.

Ein Privattelegramm aus Dresden meldet uns, daß die Bauarbeiter **Pfeifer** und **Leiber** am Freitag aus dem Zuchthause zu Waldheim entlassen wurden. Damit ist wieder ein Stück von dem Urteil des Dresdener Schwurgerichts, das im Anfang des Jahrs 1899 nicht nur in ganz Deutschland, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, bis über den Ocean hinüber ein gewaltiges wie berechtigtes Aufsehen erregte, durch eine bessere Einsicht korrigiert worden.

Als im Reichstage bei der Beratung des Justizetats das unheimliche Urteil zur Sprache gebracht wurde und namentlich unsre Parteigenossen ihrer Entrüstung darüber Worte liehen, die, so berechtigt sie waren, doch nur von der Tribüne des Reichstags aus möglich waren, da sprach der sächsische Bundesrats-Bevollmächtigte, Generalstaatsanwalt Rüger, die vermessenen Worte:

„Sie mögen sagen was Sie wollen: Ihr Einfluß reicht jedenfalls nicht so weit, daß sich die Thore des Zuchthauses auch nur eine Viertelstunde früher für die Verurteilten öffnen werden."

Diese Worte des sächsischen Justizvertreters wie die Rede seines damaligen Sekundanten, des Herrn v. Stumm, wie die Stellungnahme der Scharfmacherpresse, sie drückten dem Urteil vollends den Stempel auf, den es für immer tragen wird und der es als eine Handlung zeigte, die aufreizender wirkte, wie alle Reden aller socialdemokratischen Agitatoren zusammengenommen.

Das Urteil besteht und seine Wirkungen für die Beurteilung des Klassenstaats sind nicht zu beseitigen. Aber die schweren Leiden der Opfer dieses Urteils können gemildert werden und eine bessere Einsicht macht ihren Einfluß in dieser Richtung geltend. Nicht glauben wir — darin sind wir mit dem sächsischen Herrn General-Staatsanwalt einig —, daß unser Partei-Einfluß den armen Verurteilten die Thore des Zuchthauses sogar um mehr als eine Viertelstunde früher geöffnet hat; wohl aber glauben wir, daß sich in der sächsischen Regierung die menschliche Einsicht Bahn gebrochen hat, daß es nicht im Interesse des heutigen Staats liegt, eine solche Anwendung der Justiz, wie sie dieses Urteil darstellt, noch zu bekräftigen durch den besonderen Trumpf: Nun erst recht! Die sächsische Regierung hat sich anscheinend zu der Einsicht erhoben, daß wenn irgendwo, dann einem solchen Urteil gegenüber es am Platze ist, Gnade für Recht ergehen zu lassen. Wir begrüßen diese Einsicht im Interesse der armen Verurteilten mit Befriedigung.

Noch schmachten 5 der Opfer im Zuchthause. Begnadigt wurden bereits die zu je vier Jahren Gefängnis verurteilten Geißler und Hecht. Die jetzt Entlassenen waren zu je 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthause sitzen noch Karl Wobst und Johann Gedlich, verurteilt zu 7 Jahren Zuchthaus, Karl Moriz, verurteilt zu 8 Jahren Zuchthaus, Friedrich Schmieder, verurteilt zu 9 Jahren Zuchthaus, und Ernst Zwahr, verurteilt zu 10 Jahren Zuchthaus.

Möchten sich auch ihnen bald die Thore des Zuchthauses öffnen.

* * *

Deutsches Reich.

Ueber den Reichstags-Schluß wird bereits in den Blättern geredet. Die Regierung soll die Absicht haben, den Reichstag zeitig im Frühjahr zu schließen und frühzeitig im Herbst zur Beratung des Zolltarifs wiedereinzuberufen.

Die „Deutsche Tageszeitung" ist über diese Absicht recht unzufrieden. Wahrscheinlich fürchtet sie, daß die Hinausschiebung der Zolltarifsberatungen zu einer Ueberrumpelung der Agrarier führen könne.

Welche Pläne auch immer die Regierung in dieser Hinsicht verfolgt, jedenfalls ist eine durchaus gründliche Beratung des Zolltarifs zu fordern. —

Die ewige Kanalvorlage soll dem preußischen Landtage sofort nach seiner Eröffnung zugehen.

Die „Post" organisiert bereits wieder die Niederlage dieses erweiterten Produkts des unbeugsamen Willens des preußischen Staatsministeriums. Fürst Hohenlohe hat seine Hoffnung betrogen, daß er das Zustandekommen des Werks durchsetzen werde, und da sein Nachfolger, Graf Bülow, viel zu höflich ist, um eine „innere Krisis" zu riskieren, so wird es noch lange dauern, bis der erste Tropfen Wasser sich in den Mittelland-Kanal und seine Fortführungen ergießt.

Die Junker werden zum mindesten den Kanal als Pfandobjekt für die Handelsverträge einbehalten. —

Der chinesische Konflikt hat sich in erschreckender Weise verschärft. Der Pekinger Korrespondent von „Laffans Bureau" verbreitet die Meldung, daß zwischen dem Feldmarschall Grafen Waldersee und dem deutschen Gesandten in Peking, Herrn Mumm von Schwarzenstein, Differenzen entstanden sein sollen, da dieser den Vorrang vor dem Grafen Waldersee beanspruche.

Jetzt werden nun endlich die erstarrten Chinesen einsehen, wie viel höher unsre europäische Kultur steht. Dem Grafen Bülow aber wird nichts weiter übrig bleiben, wenn sich die beiden Herren nicht nach Hunnenart ohne Pardon an die Gurgel springen sollen, als schleunigst nach Peking zu reisen und den für die zukünftige Entwicklung Deutschlands von unberechenbaren Folgen scheinenden Konflikt friedlich beizulegen. Endlich einmal eine würdige Aufgabe für ein staatsmännisches Genie! —

Zum Berliner Bankkrach. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Zu den Geprellten beim Krach der Preußischen Hypotheken- und der Deutschen Grundschuldenbank gehören auch eine Reihe von Gemeinden und Kirchenfabriken Elsaß-Lothringens. Seitens der reichsländischen Verwaltungsbehörden, denen ein Aufsichtsrecht über die Verwendung und Anlage öffentlicher Gelder zusteht, hatte man von jeher dahin gewirkt, daß diese preußischen Geldinstituten zugeführt wurden. Denn dort — so hieß es — werde musterhafte Ordnung gehalten und könne von Schwindel keine Rede sein. Jetzt, da der Krach da ist, beklagt man sich im Lande bitter darüber, daß die Gläubiger der verkrachten Banken von unsren Behörden, die ihnen seiner Zeit den Weg nach Berlin gewiesen hatten, nicht rechtzeitig auf die Unsicherheit ihrer Geldanlagen aufmerksam gemacht und dadurch schwer geschädigt worden sind.

Zweierlei Maß. In seinem kriegerischen gegen den Grafen Posadowsky gerichteten Manifest hatte Herr Bueck, der Generalsekretär des Centralverbands, auch die niedliche Enthüllung beiläufig angebracht, daß die Agitation für den russischen Handelsvertrag im Auftrag des Reichsamts des Innern auch teilweise finanziell vom Centralverband ausgehalten worden sei.

Jetzt führt die „Deutsche Tageszeitung" Klage, daß „die Presse" diesen Fall von Korruption mit Stillschweigen übergehe, und bemerkt:

„Es ist still über den Wassern geblieben, wie es damals allerorten still blieb, als Herr v. Böttticher die Unterstützung des Centralverbands in der Agitation für die Handelsverträge suchte und fand. Es ist uns kaum je ein bezeichnenderes Beispiel des Messens mit zweierlei Maß oder der Politik mit doppeltem Boden vorgekommen, als dieses. Als der Direktor v. Woedtke die Unterstützung des Centralverbands erbat und erhielt, da handelte es sich um ein Gesetz, das in erster Linie bestimmt war, die Autorität des Staats gegenüber einer maßlosen Verhetzung zu stärken. Als Herr v. Böttticher die Unterstützung desselben Centralverbands in Sachen der Handelsverträge suchte und fand, handelte es sich um ein außerordentlich bestrittenes Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiet, daß anerkanntermaßen einer Interessengruppe sehr förderlich, der andern aber schädlich war. Wenn das Vorgehen Wödtkes zu verurteilen war, so war es das damalige des Herrn v. Böttticher doppelt und dreifach. Das Schweigen der Presse in diesem Fall beweist, daß ihre Entrüstung in jenem künstliche Mache zu einem bestimmten Zwecke war."

Die „Staatsbürger-Zeitung" nimmt diese Beschwerde auf, redet aber nicht mehr allgemein von der „Presse", sondern behauptet in ihrer durch unergründliche Dummheit verschärften Verlogenheit, daß auch die socialdemokratische Presse jene Stelle des Bueck-Briefs geflissentlich verschwiegen habe.

Sofern die liberale und freisinnige Presse in Betracht kommt, ist — auch nach unsren Beobachtungen — die Beschwerde der genannten Blätter begründet. Die socialdemokratische Presse aber hatte so wenig Anlaß, mit ihrem Urteil über diesen neuen Fall von Korruption zurückzuhalten, da gerade der „Vorwärts" zu allererst im Leitartikel vom 20. Dezember auf diese bedeutsame Stelle des Bueck-Briefs die Aufmerksamkeit lenkte, und zugleich an die Agrarier, die den Grafen Posadowsky im 12 000 Mark-Fall verteidigten, die ironische Frage richtete, wie sie sich denn zu dem ähnlichen Vergehen des Vorgängers des Grafen Posadowsky stellten.

Die Socialdemokratie mißt stets und überall mit einerlei Maß, das ist die Grundlage jeder principiellen und ehrlichen Politik. Dagegen sind die Agrarier genau die gleichen Heuchler wie die von ihnen gerügten Liberalen. Zwar verurteilen sie es jetzt, daß Herr v. Böttticher den Centralverband die Agitation für den Handelsvertrag bezahlen ließ, den Grafen Posadowsky aber finden sie nicht schuldig. Die unsaubere Intimität zwischen dem Centralverband der Industriellen und der Regierung ist für uns gleich verwerflich, mag es sich um eine Zuchthausvorlage oder einen Handelsvertrag handeln. Vielleicht sehen aber nun auch die Agrarier die Gefährlichkeit dieses Verhältnisses ein und beantragen im Reichstag eine parlamentarische Enquete über die Beziehungen der Regierung zum Centralverband in den letzten Jahrzehnten. Unsrer Unterstützung in diesem Bestreben, Licht zu schaffen, können sie sicher sein. —

Zwei Ereignisse. Die „Konservative Korrespondenz" beginnt ihre Betrachtung zum Jahreswechsel mit dem folgenden Satz:

„Das zu Ende gehende Jahr hat zwei Ereignisse von hoher Bedeutung gezeitigt: die Großjährigkeits-Erklärung Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des deutschen Kronprinzen und den Wechsel im Reichskanzleramte."

Es wäre interessant, zu erfahren, welches der beiden das Jahr 1900 kennzeichnenden Ereignisse dem amtlichen Organ der konservativen Partei vergleichsweise wichtiger erscheint. —

Ein Weihnachtsgeschenk für die Postbeamten. Podbielski hat das Bedürfnis empfunden, seinen Unterbeamten anläßlich des Weihnachtsfestes, das für diese ungeheure Mehrleistungen mit sich brachte, sein väterliches Wohlwollen kund zu thun. Gerade zur Weihnachtszeit sind nämlich den Postunterbeamten der Berliner Postämter Cirkulare folgenden Inhalts unterbreitet worden:

„In dem Erlaß des Herrn Staatssekretärs vom 15. Sept. 1898 wird ausdrücklich vor dem „Deutschen Postboten" gewarnt, weil dieses Blatt eine Haltung angenommen hat, die geeignet ist, bei den Unterbeamten das Vertrauen zu den Vorgesetzten zu erschüttern und Unzufriedenheit mit dem gewählten Lebensberufe zu erregen.

Nach einer Verfügung der kaiserlichen Ober-Postdirektion vom 14. Dezember (G. 13368) stimmt die Wochenschrift „Deutsche Reichspost" inhaltlich mit dem „Deutschen Postboten" überein und fällt daher unter den obenbezeichneten Erlaß.

Ich erkenne an, hiervon Kenntnis genommen zu haben.

Berlin,"

Gerade zu einer Zeit also, wo von den Kanzeln der Kirche herab den Menschen „ein Wohlgefallen" verkündet wurde, hielten es die oberen Verwaltungsstellen für besonders angebracht, den unteren Beamten durch diesen Erlaß auch ihrerseits ein besonderes Wohlgefallen zu bereiten. Oder muß es die betreffenden Beamten nicht mit freudiger Genugthuung erfüllen, daß ihre vorgesetzte Behörde so fürsorglich darüber wacht, daß sie nicht geistiger Nahrungsmittelfälschung zum Opfer fallen und sich die hohe Freude an ihrem selbstgewählten Beruf durch Hetzblätter verderben lassen, die sich aufdringlich zwischen sie und ihre Vorgesetzten zu schieben suchen?

Ein professioneller Nörgler könnte freilich meinen, daß das Vertrauen zu den Vorgesetzten und die Lust am Beruf in einem solchen Musterbetrieb so unerschütterlich in der Brust des Unterbeamten wurzeln müsse, daß frivole Hetzereien ganz erfolglos bleiben müßten, und daß gerade ein Verbot, solche Blätter zu lesen, Mißtrauen und Zweifel erwecken könne. Aber Herr v. Podbielski weiß als ehemaliger Husarenoberst, daß Disciplin die Säule nicht nur der militärischen Ordnung und der Quell alles Glücksgefühls ist. —

Die Krise in großindustrieller Beleuchtung. Ein Berliner Mitarbeiter der „Rhein.-Westf. Ztg." urteilt über die gegenwärtige wirtschaftliche Depression folgendermaßen:

„Das zu Ende gehende Jahr bedeutet besonders einen Wendepunkt in unserm wirtschaftlichen Leben. Die gewaltige Entwicklung, welche die deutsche Industrie und der deutsche Welthandel in dem verflossenen Jahrzehnt durchgemacht haben, ist zu einem vorläufigen Stillstand gekommen und es beginnen sich deutliche Anzeichen eines entschiedenen Rückgangs bemerkbar zu machen. Es sind nicht nur äußere Gründe, wie die kriegerischen Verwicklungen in Südafrika und China, die diese rückläufige Bewegung hervorgerufen haben. Es sind auch innere Gründe dafür vorhanden, die leider darauf schließen lassen, daß die eingetretene Krisis noch weitere Fortschritte machen und nicht sobald beendet sein dürfte. Ueberall hat eine Ueberspannung der vorhandenen Kräfte stattgefunden, der eine Abspannung gefolgt ist. Zwar ist bisher ein förmlicher Krach vermieden worden, aber die wirtschaftliche Krisis, unter der augenblicklich ganz Deutschland — freilich nicht Deutschland allein — zu leiden hat, ähnelt bereits verzweifelt jenem Krach, wie er vor 27 Jahren das junge Deutsche Reich heimgesucht hat. Wenn wir heute bisher die Folgen dieser Krisis leichter ertragen haben, so liegt das wesentlich daran, daß der deutsche Nationalwohlstand seitdem ganz gewaltig erstarkt ist und gegenwärtig bessere Grundlagen zur Ueberwindung des erfolgten Rückschlags gegeben sind, als vor einem Menschenalter."

Mitten in diese Depression falle nun der Kampf um die Handelsverträge, dessen Leidenschaftlichkeit mit dazu beitragen werde, eine Gründung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinauszuzögern. Voraussichtlich gehe man noch sehr ernsten, sehr schlimmen Zeiten entgegen. Nur durch „entschlossenen Widerstand" könne man den Gefahren begegnen. Mehr Ursache als die von der „Rh.-Westf. Ztg." repräsentierten mißvergnügten Industriellen haben freilich noch die Arbeiter, gegen die zweispännige weltpolitisch-agrarische Politik den entschlossensten Wiederstand zu organisieren. —

Ein Urteil über die Hunnenpolitik.

Im Handelsgeographischen Verein in Stuttgart hat dieser Tage in Anwesenheit des Königs von Württemberg der Geh. Hofrat Bälz aus Tokio einen Vortrag über die Ostasiaten gehalten, von dem zu wünschen gewesen wäre, daß ihn auch andre gekrönte Häupter und deren verantwortliche Handlanger gehört hätten. In dem Vortrag führte der Kenner der ostasiatischen Verhältnisse das Folgende aus:

„Ein verhängnisvoller Fehler war, daß man für die Missionäre Mandarinenrang und Sitz auf der Richterbank erzwang. Die Art, wie das Christentum den in religiösen Dingen durchaus toleranten Chinesen entgegentrat, die Neuerungen alle, die man ihnen aufdrängte, der erzwungene Eisenbahnbau, die Wegnahme von Land, all das zusammen häufte einen Zündstoff auf, der früher oder später eine Explosion zur Folge haben mußte. Daß diese so nahe sei, hätte allerdings Bälz selbst nicht geglaubt, als er in Nagasaki dem Prinzen Heinrich von Preußen seine Meinung dahin aussprach, daß in China über kurz oder lang entweder ein Arminius oder eine sizilianische Vesper kommen werde. Auch die Thätigkeit der europäischen Gesandten streifte der Redner und hob unter anderm hervor, welchen Eindruck es auf die Chinesen machen mußte, wenn der Doyen des diplomatischen Corps, der dem **Tsung-Li-Yamen geradezu Befehle diktierte,** nach seinem Rücktritt als Geschäftsagent Krupps nach China zurückkehrte. Ueber die Art der jetzigen Kriegführung in China citierte der Redner Aeußerungen deutscher und englischer Offiziere, die selbst von den Chinesen zu Krüppeln geschossen sich dennoch mit großer Sympathie für China und mit **heller Entrüstung über das barbarische Vorgehen der Europäer** aussprachen. Auch auf die Gefahren wies der Redner hin, daß das Odium der ganzen europäischen Aktion schließlich auf demjenigen sitzen bleiben könnte, der das schärfste Vorgehen zeigt. Die Engländer in den Küstenplätzen sehen das schneidige deutsche Vorgehen sehr gern, soweit es zu ihrem Schutze dient, aber sie verfehlen daneben nicht, die Chinesen eben **gegen Deutschland** aufzuhetzen.

Diese ebenso sachkundigen wie verständigen Ausführungen eines Unbefangenen rechtfertigen die socialdemokratische Taktik an dem China-Abenteuer in allen Punkten. Hoffentlich vermittelt der König von Württemberg die durch den Vortrag empfangene Belehrung auch dem einen oder andren seiner gekrönten Herren Vettern. —

Kulturpioniere.

Wie unsre Kreuzfahrer in China hausen, davon erzählen, nachdem man den Soldaten die Möglichkeit geraubt hat, von den Vorgängen in Ostasien zu berichten, jetzt erfreulicherweise die Kriegskorrespondenten unsrer Khakiblätter. Hier ein paar Stilproben aus einem Bericht, den ein Dr. Georg Wegner dem „Lokal-Anzeiger" gesandt hat:

Jeder Ritt durch die Straßen Tientsins bietet neue überraschende Bilder, von denen man nur bedauert, daß man ihren flüchtigen Wechsel so wenig festhalten kann. Sei es, daß man zu den Lagern hinausreitet, wo die Leute unter Zelten aller Art kampieren, wo Feldschmieden, Feldbäckereien, Feldsattlereien, Pferdeställe ꝛc., gehe es, wie es gehe, improvisiert sind, wo sich die Offiziere ihre kleinen, notdürftig aufgebauten Kasinos mit Hilfe von allem möglichen chinesischen Kram, **Beutestücken der verschiedenen Streifzüge** und dergleichen ausgeputzt haben; sei es, daß man am Peiho entlang streift, wo ungeheure Mengen requirierter Dschunken schwimmen, wo rasch hergestellte Schiffsbrücken den Verkehr der Proviantkolonnen über den Strom vermitteln müssen, wo ungeheure Haufen an Heu, Getreide, Mehl, Konserven, mit Matten bedeckt, aufgespeichert sind, von Posten bewacht. . . . . "

„Die Scharen von Kulis selbst, die morgens zu vielen Tausenden aus den noch unzerstörten Teilen Tientsins in das Feldlager der Europäer ziehen und abends dorthin wieder zurückkehren — eine lebendige Flut und Ebbe von Wesen, die bei ihrer Massenhaftigkeit, ihrem gleichartigen Aussehen, der Unpersönlichkeit, mit der sie in Bausch und Bogen von ihren Arbeitgebern (!) behandelt werden, kaum noch als Menschen erscheinen — selbst diese tragen die Flagge der Nation voran, von der sie engagiert (!) sind, seitdem es **Gewohnheit geworden war, daß die Soldaten, wenn sie Arbeitskräfte brauchten, irgend welche Kulihaufen auf der Straße aufgriffen und sie mit Prügeln zu ihrem Dienste zwangen. . .**

„Die Schwierigkeit der Sprache scheint für den gewöhnlichen Soldaten eine erstaunlich geringe Rolle zu spielen. Ein russischer Offizier, der auch Deutsch und Französisch verstand, erzählte mir, wie er einmal einem solchen Gespräch zwischen einem Russen, einem Franzosen und einem Deutschen unbeobachtet hätte folgen können. Der Russe sprach begeistert von der riesigen Körperkraft seines verstorbenen Zars, Alexanders des Dritten: „Den hättet Ihr mal sehen sollen, der hatte Euch Muskeln", sagte er und fuchtelte dabei mit seinen Armen bezeichnend in der Luft herum. „Très bien, mon ami, très bien", fiel der Franzose noch lebhafter gestikulierend ein, „und wir lassen Euch nicht allein, wir stehen an Eurer Seite, wenns zum Fechten kommt". „Det stimmt", bestätigte endlich der Deutsche ruhig nickend, **„ich hab' et immer jesagt, det Eenzige, wat der Chinese versteht, is Keile!"** Und so plauderten sie seelenvergnügt weiter."

Zur badischen Wahlrechtsfrage hat die badische Regierung ein Rundschreiben an die Amtsvorstände gerichtet, in dem sie darlegt, daß die Regierung keineswegs einer Aenderung des indirekten Wahlsystems und der Einführung des direkten Wahlrechts abgeneigt sei, sondern nur dem widerstrebe, „daß das direkte gleiche Wahlrecht unter Voraussetzungen eingeführt werde, welche für den Fortgang eines gesunden konstitutionellen Lebens wesentliche Gefahren mit sich bringen".

Diese Gefahren könnten durch „geeignete Zusätze" verhütet oder doch wenigstens möglichst abgeschwächt werden.

Als ein solcher ergänzender Zusatz komme unter anderm insbesondere eine Regelung in Betracht, bei welcher den durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht in die Zweite Kammer zu wählenden Abgeordneten ein kleinerer Bruchteil von Abgeordneten beigegeben wird, welche entweder von den Vertretungen der Kreisverbände und der größeren Städte oder von den Vertretungen der wirtschaftlichen Interessenverbände gewählt werden. Weiter besagt der Erlaß:

„Der Regierung kann es nur erwünscht sein, wenn über die von ihr als Ergebnis reiflicher Erwägungen zur Sache eingenommene Stellung in der öffentlichen Meinung keinerlei Zweifel gelassen werden und wenn in den weiten Kreisen des Volks die Ueberzeugung zum Durchbruch gelangt, daß in absehbarer Zeit die Einführung des direkten gleichen Landtags-Wahlrechts nur verwirklicht werden kann, falls durch wirksame Ergänzungen der gedachten Art eine Gewähr für die ruhige Entwicklung des öffentlichen Lebens gegeben wird."

Ausland.

Frankreich.

Die Dreyfus-Affaire scheint doch noch wiederaufleben zu sollen. Nach Zola haben nun auch Dreyfus und Piquart öffentliche Briefe erlassen. Oberst Piquart protestiert dagegen, in das vom Senat genehmigte Amnestiegesetz einbegriffen zu werden. In diesem an den Ministerpräsidenten gerichteten Schreiben erklärt er unter anderm:

„Man verbreitet seit einiger Zeit das Gerücht, ich solle wieder ins Heer aufgenommen werden, einen guten Posten, selbst einen Orden erhalten, um mich für die erlittenen Schändlichkeiten zu entschädigen. Schamröte bedeckt mein Angesicht, während ich das schreibe. Wie? Ich fordere Gerechtigkeit in einer Angelegenheit, die das ganze Landeswohl berührt, und man will mich mit einem Amt oder Ordenskreuz ködern?"

Piquart kündigt alsdann an, daß er seine Beschwerde bei dem Staatsrat gegen seine schlichte Verabschiedung im Februar 1898 zurückziehe. Er greift aufs schärfste die Begünstiger der Verbrecher in Rennes an, verurteilt die Eingriffe in die Verteidigung und schließlich die Begnadigung:

„Ich kann die tiefe Betrübnis nicht verschweigen, daß Sie einer klaren Sache eine so tief unsittliche vorläufige Lösung geben und das Land mehr als jemals der Ungewißheit und Zweideutigkeit ausliefern. Unter dem Vorwand, die Republik zu retten, verwirren Sie die öffentliche Meinung und lassen Verbrecher ungestraft, die Sie nicht zu berühren wagen, weil sie Ihnen zu groß sind. Und mittlerweile sind unsre Gefängnisse voll von Leuten, deren größte Schuld darin besteht, daß sie nicht die Mittel zum Leben haben."

Dreyfus' gleichfalls an den Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau gerichtetes Schreiben legt Verwahrung gegen die aufs neue gegen ihn erhobene Anschuldigung ein, im Jahre 1894 an den deutschen Kaiser einen Brief gerichtet zu haben, der von diesem mit Randbemerkungen versehen und später in einer Gesandtschaft entwendet worden sei und den formellen Beweis für seinen Verrat liefern solle.

Dreyfus beteuert aufs neue seine vollständige Unschuld und erklärt, bis zum letzten Atemzug die rechtliche Anerkennung seiner Unschuld durch die Revision verfolgen zu wollen. Seiner Rechte beraubt, bleibe ihm nur das Recht jedes Menschen, seine Ehre zu verteidigen. Es bleibe ihm also das Recht, den Ministerpräsidenten um die Einleitung einer neuen Untersuchung zu bitten:

„Das Bordereau, das in den Prozessen von 1894, 1898 und 1899 vorgezeigt wurde, würde eine Abschrift sein. Diese neue Lüge kann auf Grund ihres Ursprungs nicht mit Verachtung behandelt werden. Der Journalist, der sie verbreitet, der sie trotz zehn offizieller Dementis wiederholt, hat sie nicht erfunden, sie ist nach diesem Journalisten nur das Echo der vertraulichen Mitteilungen, die ihm mit unverschämten Fälschungen von einem Abgesandten des Generals Boisdeffre überbracht wurden. Die Photographien der gefälschten Briefe des Kaisers von Deutschland und des mit Randbemerkungen versehenen Bordereaus sind zu wiederholten Malen gezeigt worden. Morgen würde für viele getäuschte Geister diese alberne Legende die Wahrheit bedeuten."

Der in Dreyfus' Schreiben erwähnte Journalist ist Henry Rochefort, der dem kürzlich verhafteten Major Cuignet gegenüber versichert hatte, er könne als Zeuge aussagen, daß Dreyfus das betreffende Bordereau geschrieben habe. —

England.

„Der Fluch der englischen Armee" betitelt sich ein Artikel des militärischen Mitarbeiters der „Westminster Gazette" über einen der Hauptschäden des englischen Militarismus. Der Verfasser schreibt:

„Dank den „gesellschaftlichen Einflüssen", jenem Fluche unsrer Armee, der seit Jahren unsre militärische Lebenskraft untergräbt, sind Truppen nach Südafrika hinausgesandt worden, die niemals drüben hätten verwendet werden dürfen, und dann wieder nach Hause zurückgeholt worden, wenn sie besser drüben geblieben wären. — Unsre Offiziere und Mannschaften draußen im Felde sind durchaus keine Dummköpfe, noch sind sie blind, und deshalb sehen sie es sehr wohl, wie gewisse Gentlemen die besten und bequemsten Stellen im Heere erhalten, obwohl sie durch nichts andres für solche Posten prädestiniert sind, als durch ihre schönen Titel und „gesellschaftlichen Konnexionen". — Sobald nun die ernste und gefährliche Monotonie des Kampfs mit Epidemien, Hunger, Entbehrung und mit den hartnäckigen Boeren allzu langweilig wird, dann eilen diese Herren nach England zurück, lassen sich dort auf Banketten fetieren, nehmen Ehrensäbel in Empfang und posieren im allgemeinen als „Helden", während draußen im Veldt die grimmige, tödliche Arbeit ihren Fortgang nimmt, und es dem weniger „gesellschaftlich begünstigten" Soldaten, sei er Regulärer, Yeoman oder Volunter, überlassen bleibt, die schwere und undankbare Aufgabe, die ihm das Vaterland gestellt hat, zu lösen."

Ob diese Angriffe nicht auch dem englischen Generalissimus Lord Roberts gelten, der ja auch gerade in dem Augenblick Afrika verließ, als der Kampf mit erneuter Heftigkeit ausbrach? —

Auch das Ueberwuchern des Sports klagt man jetzt, wo die politischen Mißerfolge zur Selbstkritik mahnen, als Ursache mannigfacher Verfallssymptome an. Die Verherrlichung des Kraftstoffeltums selbst durch die Lehrer habe nicht einmal im Kriege ihre Früchte getragen, wo es keineswegs in erster Linie auf körperliche Leistungen und bloßes Draufgängertum ankomme Ueberhaupt: England sei ein gewaltiger Spielplatz geworden und seine Stellung unter den Nationen leide darunter; die technische Erziehung sei niedriger als bei den Konkurrenten, die kommerzielle Prosperität beginne zu weichen, und zwar nur infolge des Mangels an Specialkenntnissen. Das ganze Erziehungs- und Unterrichtssystem bilde ein Chaos. Kurzum, die ganze Frage schneide tief in die Zukunft des Lands und der angelsächsischen Rasse ein.

Getrübte Weihnachtsstimmung. Der „Hamburger Korrespondent" läßt sich aus London schreiben: „Dazu kommt, daß der Geldbeutel in höchst unerfreulicher Weise zu leiden hat, und da hört auch in England jede Gemütlichkeit und auf die Dauer selbst die Großspurigkeit auf. Die im Parlament für die Fortsetzung des Kriegs bewilligten weiteren 16 Millionen Pfd. Sterl. spielen natürlich an und für sich keine große Rolle, aber der Steuerzahlende Bürger, der bereits jetzt unter der schweren Last der Abgaben stöhnt und ächzt, sieht mit Schrecken in die Zukunft, die immer neue Steuern und neue Taxen für ihn in petto zu haben scheint. Von dieser Ansicht ausgehend, verwirft der englische Geschäftsmann, soweit er nicht zu jener großen Clique der Finanzleute gehört, die in ihrem eigensten Interesse die englische Oberherrschaft in Südafrika wünschen, schon längst die Chamberlainsche Politik, die dem Lande so ungeheure Opfer an Blut und Geld auferlegt. Die Ladenbesitzer und kleineren Geschäftsleute in London, d. h. alle jenen Leute, die unter dem großen Ausfall an Kundschaft und Verdienst seit Jahresfrist zu leiden haben und vielfach ruiniert sind, schieben das traurige Weihnachtsfest, das sie jetzt begehen müssen, einzig und allein dem Ministerium des Lord Salisbury und der inneren Interessenwirtschaft der großen Herren zu, die offiziell vom Ministersessel aus oder privatim in ihren Comptoirs in der City von London oder in Südafrika die Geschicke Großbritanniens leiten . . .

Afrika.

Der Krieg in der Kapkolonie, über den sich auch heute wieder die englischen Telegraphenbureaus ausschweigen, gewinnt an Ausdehnung. Wenigstens wird aus Kapstadt gemeldet, daß über zwei weitere Distrikte der Kapkolonie der Belagerungszustand verhängt worden sei.

Ein englischer Korrespondent tadelt es, daß man De Wet nicht ganz ernst nehme. Es sei von geringem Nutzen, ihm zu folgen, da er ein Arrieregarden-Gefecht liefere und während dessen zwanzig Meilen Vorsprung gewinne. Wenn man nicht mindestens 10 000 Berittene gegen ihn verwenden könne, habe man wenig Chance, ihn zu fassen. De Wet sei ein geborenes militärisches Genie, das diesen phänomenalen Widerstand mit seiner wunderbaren Macht aufrecht erhalten habe. Sobald er gefallen sei, könne in zwei Wochen alles vorbei sein. (!) Es scheine die Ansicht vorzuherrschen, als ob die jetzt in der Oranjefluß-Kolonie noch kämpfenden Boeren eine Anzahl marodierender Banden seien, die ziellos umherzögen und nur darauf bedacht seien, mit dem geringsten Risiko für ihre Haut möglichst viel Schaden anzurichten. Keine Ansicht könne irriger sein. De Wet habe jedes einzelne Kommando in seiner Kontrolle. Alle seine Patrouillen und Abteilungen handelten auf seinen Befehl. Die Leute unter seinem Kommando habe er durch seine Willenskraft in eine regelrecht organisierte, ihm aufs Wort folgende Armee umgewandelt.

Der Brief eines Deutschen im Boerenlager giebt folgende Schilderung von dem Kriegsleben der Boeren:

„Krieg kostet Geld, Geld und nochmals Geld und „jeder Brunnen schöpft sich aus", denkt man in Europa und bedauert die Boeren, die aus diesem Grunde doch bald aufhören müßten. Bewahre! Der Boer, dessen Farm verbrannt, dessen Vieh geraubt und dessen Frau vertrieben, tot oder geschändet ist, hat „seine Sach' auf nichts gestellt." Für ihn ist Geld zur Kriegführung nicht nötig. Was er braucht, holt er sich zum Ueberfluß von den Engländern. Mitunter giebt es ganze Wagenladungen von Spargel und süßem Eingemachten. Aber auch ohne das, was den Briten abgenommen wird, hat noch kein Boeren-Kommando jemals zu hungern brauchen. An Munition fehlt es niemals. Unsre schönen Mausergewehre sind, für die Briten unauffindbar, eingegraben. Die ganze Armee der Boeren ist jetzt mit den Briten abgenommenen Martini-Henry- und Lee-Metford-Gewehren ausgerüstet, für die jeder Ueberfall einer englischen Feldwache reichlichen Munitionsersatz schafft. Wenn der Engländer zu laufen anfängt, wirft er immer seine ganze Munition weg. Der Boer aber ist damit sehr sparsam. Mit hundert Patronen kommt er sehr lange aus, denn er schießt nur dann, wenn er sicher ist, daß die Kugel auch sitzen wird, nicht so ins Blaue hinein, wie Tommy Atkins. Daß das humane Mausergewehr jetzt außer Dienst gestellt ist, spüren die Briten zu ihrem lebhaften Mißvergnügen, denn die Lee-Metfords reißen gründliche Löcher. Sie tragen ja nicht so weit, aber über 1000 Meter hinaus schießt der Boer doch so wie so nie. Die Pferde schließlich werden ebenfalls aus den englischen Beständen ergänzt."

— Ueber einen mutmaßlichen Boerenritt berichtet ein Reuter-Telegramm am 19. d. M. aus Bryburg:

Eine Abteilung Boeren, welche 150 Wagen mit sich führte, hat südlich von Bryburg, eine andre, die 270 Mann zählte und ein Geschütz mitführte, nördlich von Bryburg die Bahnlinie überschritten. Beide ziehen nach Westen. Man glaubt hier, daß sie nach Damaraland trekken.

Partei-Nachrichten.

Die Socialdemokratie in den deutschen Landesparlamenten. Durch die Parteipresse geht gegenwärtig eine Mitteilung über die Vertretung unsrer Partei in den Einzelparlamenten der deutschen Bundesstaaten. Da die Aufstellung ungenau und unvollständig ist, so sei sie hiermit berichtigt und vervollständigt. Es sitzen gegenwärtig in 15 der 24 deutschen Landesparlamente, die durch eine ordentliche Wahl zu stande kommen, 76 socialdemokratische Abgeordnete und zwar in Bayern 11, Sachsen 4, Württemberg 5, Baden 7, Hessen 6, Weimar 2, Oldenburg 1, Meiningen 6, Altenburg 5, Koburg-Gotha 9, Schwarzburg-Rudolstadt 2, Reuß j. L. 3, Reuß ä. L. 1, Lippe-Detmold 3 und Bremen 11.

In Sachsen dürfte ja die Vertretung unsrer Partei im Landesparlament zunächst ganz verschwinden, aber vielleicht erscheinen dafür in Preußen bald einige Socialdemokraten im Landtage.

Der Dr. Lütgenau in Dortmund hatte bekanntlich die Genossen Gerisch, Lehmann, Lückel und Wunderlich des Betrugs bez. der Anstiftung dazu bezichtigt. Von der Staatsanwaltschaft in Bochum ist die Denunziation, wie das „Dortmunder Tageblatt" berichtet, als unbegründet zurückgewiesen worden. Da es sich hierbei um Vorgänge handelt, an denen Lütgenau als Handelnder mitbeteiligt war, nämlich um die Verwaltung des Fonds zur Unterstützung der Essener Verurteilten, so wird sich Lütgenau noch wegen wissentlich falscher Anzeige zu verantworten haben. Ueberdies schwebt gegen Lütgenau ein Verfahren wegen Unterschlagung und versuchten Betrugs. In dieser Sache haben bereits verschiedene Vernehmungen stattgefunden.

Totenliste der Partei. Ein braver Parteigenosse, der Schlosser Magdeburg, ist in Leipzig im Alter von 37 Jahren gestorben. Schon unterm Socialistengesetz war Genosse Magdeburg für unsre Sache eifrig thätig. Nach dem 1890er Wahlkrawall in Connewitz, der bekanntlich wegen der als Wahlschlepper dienenden Studenten entstand, wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, das er in Zwickau verbüßte. In der Gefangenschaft hat er sich den Todeskeim geholt. Krank kehrte er von Zwickau zurück und darauf lag er einmal fast drei Jahre lang im städtischen Krankenhause. Seine Gesundheit hat er nie wieder erlangt. Immer aber ist er seiner Ueberzeugung treu geblieben bis zu seinem Ende. Die Genossen werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Gautag des deutschen Holzarbeiter-Verbands für die Provinz Brandenburg

Zweiter Verhandlungstag.

In der Vormittagssitzung wird zunächst die Diskussion über die Agitation fortgesetzt. Die Delegierten von Rixdorf, Weißensee, Rathenow u. a. empfehlen den weiteren Ausbau des Vertrauensmännersystems, planmäßige Veranstaltung von Werkstättensitzungen, einheitliches Vorgehen der Berliner Verwaltung mit den Vororten bezüglich der Agitation und auch in allen übrigen wichtigen gewerblichen Fragen. Außerdem müßten die kleinen Zahlstellen in ihrem Bestreben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte zu verbessern, möglichst unterstützt werden, damit den großen Städten nicht die Kämpfe durch Zuzug unnötig erschwert werden. Der Delegierte von Fürstenberg a. O. schildert, daß die Agitation bei den Korbmachern infolge der langen Arbeitszeit, des schlechten Verdienstes und dadurch, daß die Korbmacher am Ort und in der weiten Umgegend sehr vereinzelt arbeiten, eine äußerst schwierige ist. Hier müsse namentlich die Hausagitation betrieben werden, durch die man auch schon gute Erfolge erzielt hat. Zirkel-Berlin weist darauf hin, daß eine ungeschickte Agitation mehr schadet als nützt und er hält auch die Agitation in der Werkstätte während der Pausen nicht gerade für zweckmäßig. Hingegen seien periodische Werkstättensitzungen von Nutzen, zumal die Unternehmer durch die bekannten Mittel immer bestrebt sind, die in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter gegenseitig zu verunreinigen. Unter anderm müsse dahin gewirkt werden, daß der übermäßige Alkoholgenuß, wie er leider in verschiedenen Werkstätten grassiert und der die Arbeiter physisch und geistig schwächt und folgedessen sehr schwer für die Organisation gewonnen läßt, eingeschränkt werde. Es müsse alles versucht und geeignete Mittel angewandt werden, um die Organisation dauernd zu stärken und es soll nicht erst dann für die Erhöhung der Mitgliederzahl gewirkt werden, wenn eine Lohnbewegung in Aussicht steht, wo es unter Umständen schon zu spät ist und die gute Konjunktur sich schon wieder im Niedergang befindet.

Von Delegierten aus Brandenburg, Frankfurt a. O. und Berlin wurden die Vorteile geschildert, die sich aus dem persönlichen Inverbindungtreten mit den Kollegen, durch das System des Einkassierens der Beiträge in den Wohnungen und durch die persönliche Ueberbringung des Fachorgans ergeben haben. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß bei der Wahl der Vertrauenspersonen äußerst vorsichtig verfahren werden muß und daß insbesondere jeder organisierte Kollege sich befleißigen soll, in der Werkstätte moralisch und bei der Arbeit vorbildlich den noch indifferenten Arbeitern gegenüber sich zu verhalten.

Der Delegierte von Friedrichshagen glaubt, daß die Organisation bei den minimalen Beiträgen nicht genügend leiste und befürwortet unter lebhaftem Widerspruch vieler Delegierten die Konsumgenossenschaften als geeigneter für die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter.

Nachdem sich noch mehrere Delegierte zur Agitation geäußert hatten, wurde Schluß der Debatte beschlossen und über die vorliegenden Anträge verhandelt. Zunächst gelangte ein Antrag von der Zahlstelle Brandenburg zur Annahme, wonach der Gauvorsteher verpflichtet ist, die für den Gautag gestellten Anträge zu formulieren und jeder einzelnen Zahlstelle in zwei Exemplaren zur Diskussion zu überweisen. — Nach einem weiteren Antrag der Zahlstelle in Schwiebus soll bei jeder Gaukonferenz, sofern es möglich und angebracht ist, ein Vertreter des Hauptvorstands anwesend sein. —¦ Dem Antrag von Finsterwalde, den Gauvorstand zu verpflichten, jährlich zwei Agitationstouren und zwar im Frühjahr und Herbst zu unternehmen, wurde ebenfalls wieder zugestimmt. Hingegen wurde ein weiterer Antrag dieser Zahlstelle, das Werkstätten-Vertrauensmännersystem streng durchzuführen, dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine längere Debatte zeitigte ein Antrag von mehreren Zahlstellen der Vororte Berlins, nach welchem der frühere Beschluß, die Mitglieder bei der Aufnahme sofort an die Zahlstelle ihres Wohnsitzes zu verweisen, von allen Zahlstellen streng durchgeführt werden soll. Insbesondere wurde von den Berliner Delegierten dagegen polemisiert und schließlich der Antrag abgelehnt und auch der früher gefaßte Beschluß wieder aufgehoben. — Angenommen wurde der Antrag: Bei größeren Streiks oder Aussperrungen, bei welchen die Vororte in Mitleidenschaft gezogen werden, müssen zu den beratenden Vertrauensmänner-Versammlungen auch die Vertrauensleute der Vororte als Stimmberechtigte zugelassen werden.

Ein Antrag von Treuenbrietzen, in allen Zahlstellen, wo die Arbeitszeit länger als zehn Stunden ist, eine rege Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit zu entfalten, wurde dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Das gleiche geschah mit einem Antrage von Kottbus, wonach der Gauvorstand verpflichtet wird, alljährlich eine Vortragstour zu arrangieren, mit einem tüchtigen Redner, der über Geschichte, Kulturgeschichte, Litteratur und Nationalökonomie sprechen kann. Diese Tour soll sich über sämtliche Zahlstellen des Gaues erstrecken und ist so zu organisieren, daß 14 Tage vor Beginn dieser Tour für sämtliche Zahlstellen der Tag festgesetzt ist.

Abgelehnt bezw. durch Uebergang zur Tagesordnung wurden: ein Antrag von Neu-Ruppin: Alle Jahre eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen; ein Antrag von Brandenburg: bis zum nächsten Verbandstag eine rege Agitation für die Arbeitslosen-Unterstützung zu entfalten; ein Antrag von Finsterwalde: die Bibliotheken größerer Zahlstellen den kleinen Zahlstellen zum Teil leihweise zu überlassen; ein Antrag von Köpenick: der Gautag möge eine präcise Stellung zur Maifeier einnehmen. Außerdem wurden verschiedene Anträge, in denen eine größere Berücksichtigung der kleineren Orte gewünscht wurde, als bereits erledigt erachtet.

Von der Zahlstelle Kottbus wurde ein Gautag-Reglement beantragt, das nach einigen Abänderungen in folgender Form zur Annahme gelangte:

Der Gauvorstand wird verpflichtet, alljährlich zwischen Weihnachten und Neujahr einen Gautag einzuberufen. Sofern nach Ansicht des Gauvorstands oder einzelner Zahlstellen sich die Notwendigkeit herausstellt, vor dieser Zeit denselben einzuberufen, so ist dazu die Zustimmung der Mehrheit der Zahlstellen erforderlich. Als Ort dazu hat der Gauvorstand einen möglichst in der Mitte des Gaues liegenden zu wählen.

Die Zahlstellen haben hierzu bis zu 200 Mitglieder einen, bis zu 500 zwei und dann für jedes weitere 1000 je einen weiteren Delegierten zu wählen. Außerdem muß der Gauvorstand vertreten sein.

Die Kosten der Delegation für die Mitglieder des Gauvorstands, sowie der nicht leistungsfähigen Zahlstellen werden von der Gaukasse getragen.

Doch sind die betreffenden Zahlstellen verpflichtet, das Geld der Gaukasse möglichst wieder zuzuführen.

Die Höhe der Diäten bestimmt der Gautag selbst.

Der Gautag ist möglichst an einem Ruhetag einzuberufen und sechs Wochen vorher bekannt zu geben. Die Tagesordnung ist so festzusetzen, daß dieselbe möglichst nur einen Tag in Anspruch nimmt; die Verhandlungen dürfen über zwei Tage nicht ausgedehnt werden. Die Mitglieder des Gaus und die Zahlstellen haben das Recht, bis 14 Tage vor der Tagung Anträge beim Gauvorstand einzureichen.

Die Delegierten haben sich durch ein vom Gauvorstand an die Zahlstellen übersandtes und von der Lokalverwaltung beglaubigtes Mandatsformular auszuweisen. Nur solche Delegierte haben Beratungs- und Stimmrecht.

Als Diäten wurden sodann, außer Fahrgeld 3. Klasse, nicht unter 6 M. pro Tag festgesetzt. Ferner ist jeder Delegierte berechtigt, einen Betrag für event. Lohnausfall zu liquidieren.

Hierauf wurde über eine Beschwerde der Trebbiner Zahlstelle gegen den Gauvorstand verhandelt. Nach einer längeren Diskussion, in der von den Trebbiner Delegierten behauptet wurde, daß sich ein Mitglied des Gauvorstands gelegentlich einer Differenz der Trebbiner Kollegen mit einem dortigen Unternehmer inkorrekt verhalten hat, wurde folgende Resolution beschlossen: Der dritte Gautag beschließt nach eingehender Verhandlung, die Beschwerde abzuweisen. Des weiteren hat die Verhandlung in dieser Sache ergeben, daß die Trebbiner Kollegen die Verbandsbeschlüsse bezw. Streikreglement nicht so beachtet haben, wie es im Interesse des Verbands gelegen hätte.

Nachdem unter „Verschiedenes" noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte der Schluß des Gautags mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Rechtschutzstelle für Frauen wird der Verein Frauen-Lesegruppe in Stuttgart einrichten und am 2. Januar eröffnen. Die Auskünfte werden unentgeltlich erteilt. Eine Anzahl Juristen haben ihre Mithilfe zugesagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vergewaltigung der Arbeiter. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in unsrer Nr. 284 eine Notiz, in der wir auf das arbeiterfeindliche Treiben des Vorstands der hiesigen Tischler-(Zwangs-)Innung hinwiesen, der die Innungsmeister unter Strafandrohung zwingen will, den Gesellen ein sogenanntes Kontrollbuch vorzulegen, in welchem diese sich durch Namensunterschrift verpflichten sollen, einen von den Innungsgrößen willkürlich ausgearbeiteten „Arbeitsvertrag" als rechtsverbindlich anzuerkennen, ohne daß hierüber eine Vereinbarung mit der Organisation der Gesellen, dem Holzarbeiter-Verbande, stattgefunden hätte.

Zu dieser Angelegenheit wird uns nun geschrieben: Eigentümlich muß es berühren, daß die Herren Tischlermeister bisher auch nicht den geringsten Versuch gemacht haben, diesem Terrorismus der Innungsleiter, die sich das Recht anmaßen, sogar unter Androhung von Strafen, die Tischlermeister zur Einführung einer Arbeitsordnung, die den gesetzlichen Bestimmungen direkt widerspricht, zu zwingen, energischen Widerstand zu leisten. Sonst hieß es immer: „Wir wollen Herren in unsrer eignen Werkstatt sein"! Jetzt aber scheint es fast, als wollten sich die Tischlermeister zu willigen Sklaven des Innungsvorstands degradieren.

Wie der Vorstand systematisch die Hetze gegen die Gesellen treibt, geht aus einem Cirkular hervor, welches von ihm zu Weihnachten, dem „Feste des Friedens", an die Tischlermeister versandt wurde. In demselben wird zunächst darauf hingewiesen, daß jedenfalls eine Anzahl Arbeiter „auf Betreiben des Holzarbeiter-Verbands" die Unterschrift in den Kontrollbüchern verweigern wird. Daß diese Weigerung ein gutes Recht und moralische Pflicht der Arbeiter, zum mindesten der organisierten, ist, scheint den Scharfmachern der Innung nicht einzuleuchten. Der Vorstand dekretiert deshalb despotisch:

1. „Lohnarbeiter ohne Kündigung unterschreiben das Kontrollbuch oder verlassen die Werkstatt.
2. Lohnabeiter mit Kündigung unterschreiben oder werden sofort gekündigt.
3. Accordarbeiter stellen im Weigerungsfall ihren Accord fertig und hören auf."

Endlich heißt es in dem Cirkular des Innungsvorstands, welches die Unterschrift des neuen Obermeisters Rahardt trägt:

„Das eigne Interesse, sowie die „Ehrenhaftigkeit" eines jeden Meisters giebt uns die Gewähr, daß kein Einschüchterungsversuch, noch die Drohung mit einem Streik die Durchführung „unsrer Beschlüsse" hindern kann". Gleißnerisch wird dann noch hinzugefügt: „Der Zweck der Kontrollbücher ist einzig und allein, den Meister vor Schädigung durch diejenigen Elemente zu bewahren, welche weder arbeiten können noch wollen und Pflichten überhaupt nicht kennen".

Diese Vergewaltigung der Arbeiter ist übrigens die erste That der jetzt ca. ein Jahr bestehenden Tischler-(Zwangs-)Innung in Berlin und für solche Heldenthaten zahlen die der Innung angehörigen Tischlermeister ihrem ersten Obermeister eine jährliche Entschädigung von 2800 M., dem zweiten Obermeister eine solche von 1200 M. — Werden sich die Berliner Tischlermeister auf die Dauer dies gefallen lassen? Darauf sollen sie in einer vom Innungsvorstand zu Sonnabend, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, nach Bötzows Saal, Prenzlauer Allee 242 einberufenen Versammlung sämtlicher Mitglieder der Innung Antwort geben. Ferner findet in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten für die am 3. Januar erfolgende Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Innung statt. — Auf den Posten also, wer dem Despotismus entgegentreten will!

Das Berliner Gewerbegericht sollte gestern, Freitag, als Einigungsamt über die Differenzen entscheiden, die zwischen der Firma Pretzel und deren Arbeitern ausgebrochen sind. Die Sattlergehilfen beschweren sich, daß der Herr Stadtverordnete Pretzel die seiner Zeit vor dem Einigungsamt eingegangenen Verpflichtungen nicht halte. Der Termin wurde auf den 11. Januar vertagt, weil eingehendere Beweiserhebungen angestellt werden müssen.

Deutsches Reich.

Der Krach im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein.

Die Düsseldorfer Mitglieder des Gewerkvereins, die, wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, vom Centralrat „aufgelöst" worden sind, weil sie sich diesem gegenüber eine „Achtungsverletzung hatten zu Schulden kommen lassen, haben sich nun ein eignes Organ geschaffen. Die erste Nummer des „Gewerkvereins-Boten" ist bereits erschienen; die Herausgabe des Blatts wird damit gerechtfertigt, daß man die Düsseldorfer habe mundtot machen wollen. Das Centralorgan, der „Gewerkverein", habe es nicht verschmäht, Angriffe auf Angriffe gegen sie (die Düsseldorfer) zu häufen, die Verteidigung sei ihnen abgeschnitten worden, Berichte haben keine Aufnahme gefunden, die Thatsachen seien verdreht worden; eine „Abrechnung" mit den Spitzen der Organisation sei daher nötig.

Die Düsseldorfer erklären, daß sie wirklich neutral sein wollten, deshalb bekämpften sie den „Revers" (wonach Socialdemokraten vom Eintritt in den Verband ausgeschlossen sind), der die Politik in die Gewerkschaft trage, und der „uns bei allen vorgeschrittenen Elementen der Arbeiterschaft und bei allen vorgeschritteneren Socialpolitikern fast zum Gespött macht."

Mit verdientem Spott werden die schwungvollen Festreden des Herrn Dr. Hirsch, die dieser seit einem Vierteljahrhundert auf den Verbandstagen hält, gegeißelt:

„Von Verbandstag zu Verbandstag erwartet Herr Anwalt Dr. Hirsch in seiner Antrittsrede die Vollendung der ersten hunderttausend Gewerkvereinsmitglieder und nimmer und nimmer will selbst diese bescheidene Ziffer erreicht werden. Die Zunahme seit fünfzehn vollen Jahren ist fast lediglich dem Gewerkverein der Maschinenbauer zuzuschreiben, während andre Gewerkvereine während dieser langen Zeit nicht vom Fleck kommen. Auf dem Verbandstage in Leipzig im Jahre 1875 sprach Herr Dr. Hirsch das stolze Wort aus:

„Rechnet man übrigens nach der Zahl der festen, ständig zahlenden Mitglieder, so ist der Verband der deutschen Gewerkvereine schon heute die größte deutsche Arbeiterorganisation, denn sowohl der Allgemeine deutsche Arbeiterverein (Hasenclever), als die socialdemokratische Arbeiterpartei (Bebel-Liebknecht) zählen bedeutend weniger Mitglieder."

Verbandsgenossen! Was ist aus diesem stolzen Wort geworden? „Schon heute" — sagte Herr Dr. Hirsch — „sind wir die stärksten". Was wird aus uns erst in den kommenden Jahren werden, wollte er damit sagen! Und ach, was ist aus uns geworden! Wir sind in diesem Vierteljahrhundert mühsam auf fast 90 000 emporgeklettert, haben kaum mit der riesenhaft gewachsenen Bevölkerung Schritt gehalten. Die Socialdemokraten aber, die Herr Dr. Hirsch damals mit uns in Parallele stellte, die er damals überflügelt hatte, haben es bei den Wahlen auf Millionen Stimmen gebracht, sie beherrschen die öffentliche Meinung, und die Gewerkschaften zählen bald fünfmal soviel Mitglieder als wir. Ja, selbst die christlichen Organisationen, die erst ein paar Jahre alt sind, haben uns schon weit überholt und werden in Kurzem zweimalhunderttausend Mitglieder zählen".

Die Ursachen dieses Stillstands werden zurückgeführt auf die „Rücksichtmeierei und die Schlafmützigkeit" des Centralrats. Auch die Stellungnahme des Verbandsanwalts Dr. Hirsch zum Straßenbahnerstreik im preußischen Abgeordnetenhause wird scharf kritisiert. — Die Kritik der Düsseldorfer ist für den Centralrat um so vernichtender, als sie von einer Seite ausgeübt wird, die nach wie vor „treu an der Gewerkvereinsidee" festhält und auch in Zukunft festhalten will.

Die Bischöfe und die Gewerkvereine. Aus Aachen wird berichtet: Der Vorstand des hiesigen christlich-socialen Textilarbeiter-Verbands hatte am Sonntag eine Audienz beim Herrn Erzbischof von Köln, welcher sich in einer für die christlich interkonfessionellen Gewerkschaften sehr beruhigenden Weise über das Fuldaer Schreiben der Herren Bischöfe äußerte. — Diese Erklärung steht, vorausgesetzt, daß sie zutreffend wiedergegeben ist, einem Rückzug sehr ähnlich, denn sicher ist, daß der Hirtenbrief und das Begleitschreiben des Freiburger Erzbischofs gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet waren. Die hohen Kirchenfürsten scheinen erkannt zu haben, daß sie nicht mehr mit ganz so willfährigen Arbeitermassen zu rechnen haben, wie etwa vor einigen Jahrzehnten, sie sind klug genug, nachzugeben und ihre Auslassungen etwas umzudeuten, bezw. einzuschränken.

Ein Spediteur- und Kolporteurverein hat sich in Hamburg gebildet; der Verein will sich mit den Regulativs der Austräger der verschiedenen Zeitungen, so auch denen des „Hamburger Echo" befassen bezw. sollen neue Regulative vorgelegt werden.

Die Halberstädter Handschuh-Fabrik von Steinmann u. Bondy hat die Aussperrungen zurückgenommen; infolgedessen ist bei dieser Firma die Arbeit wieder aufgenommen worden; im übrigen bleibt die Sperre bestehen.

Ausland.

Ein politischer Streik.

Wir berichteten kürzlich über den Streik in Genua; auch seine sehr schnelle Beendigung haben wir mitgeteilt. Die Ursache des Ausstands der Tausende von Arbeitern war rein politischer Art. In der Arbeiterkammer von Genua, mit welcher ein Schiedsgericht für gewerbliche Streitigkeiten verbunden ist, waren von socialdemokratischen und republikanischen Rednern Vorträge gehalten worden, die sich nach Meinung der Behörden durch zu große Schärfe ausgezeichnet hatten. Der Präfekt Garroni löste daraufhin kurzerhand die Arbeiterkammer auf, verbot die Wiederwahl ihrer Vorstände und konfiscierte die Gelder der Unterstützungskassen. In Rom war man mit dieser rigorosen Maßregel einverstanden; auf einen so energischen Widerstand der Arbeiter hatte man jedenfalls nicht gerechnet.

Ueber den Verlauf des Streiks, der ein hohes Interesse beanspruchte, wird der „Volks-Zeitung" aus Genua geschrieben:

„Um die Mittagsstunde des 17. d. M. war die harte und ungerechte Maßregel des Präfekten Garrouni bekannt geworden; am Abend desselben Tags lag der große Hafen verödet. Alle Sackträger, Lichtermänner, Stauer, Heizer, Kohlenzieher feierten. Am Abend des 18. betrug die Zahl der Streikenden schon 10 000 Mann. Im Hafen sammelten sich gegen 200 Kohlenschiffe, welche nicht ausgeladen werden konnten. Den von Indien und dem Orient kommenden Schiffen flog das Telegramm bis Port Said und Messina entgegen, nicht in Genua, sondern in Marseille zu landen und zu löschen. Die Handelskammer von Genua erkannte augenblicklich die weittragende Bedeutung des Streiks; sie machte ihr Verlustconto auf: der erste Tag kostete eine Million, der zweite zwei, der dritte vier, der vierte sieben Millionen Frank.

Wenn die Machthaber in Verlegenheit kommen, so rufen sie nach Soldaten. Von Ventimiglia, Porto-Maurizio, Savona, Alessandria und Turin gingen große Truppenzüge nach Genua; dafür aber blieben die Kohlenzüge aus und brachten die Industriellen Piemonts und der Lombardei auf die Seite der Streikenden. Die Regierung entsandte von Spezia den großen Panzer „Saint-Bon"; es war ein schönes Schauspiel, wie das stolze Schiff auf der Höhe mit dem schlanken Leuchtturm Genuas beidrehte und aus seinen 36 Centimeter-Ringgeschützen den Donner erdröhnen ließ. An demselben Abend aber traten die Arbeiter sämtlicher Reedereien, Schiffswerften, der Eisengießereien, Maschinenwerkstätten von Sampier d'Arena, Zimmerleute, Maurer, Gipser, Cementierer in Ausstand, und um die allgemeine Verwirrung ins Ungeheure zu steigern, streikten noch sämtliche Angestellten der Straßenbahnen. Damit erreichte die Zahl der Ausständigen die Höhe von 15—16 000.

Schließlich kam der organisierten Arbeiterschaft noch der Himmel zu Hilfe. Das Thermometer sank über Nacht auf 4 Grad Celsius und machte die piemontesischen Weingutsbesitzer und Händler zappelig; sie mußten ihre Fässer voll besten Weines unverladen im Freien allen Unbilden der Witterung aussetzen; ging ein Frost über sie, so verdarb der Essigstich über Nacht eine Million und mehr. So liefen in telegraphischer Form eine Unmenge dringlicher Brandbriefe der Weinproduzenten von Acqui und Asti an die Adresse ihres alten Bürgermeisters in Rom ein. (Der Ministerpräsident Saracco begann seine politische Laufbahn als Bürgermeister des herrlichen Weinstädtchens Acqui.) Endlich hatte man im Ministerium des Innern ein Einsehen. Der Präfekt Garroni ward geopfert. Aber — so hieß es — die Regierung kann nicht vollständig kapitulieren, nein! nimmermehr! Die alte Arbeiterkammer bleibt aufgelöst.

Die socialistischen und republikanischen Abgeordneten unter Führung des tapferen Mazza, der einst im Duell die rechte Hand verloren hat, redeten zum Frieden und erreichten durch ihre weise Mäßigung das Beste und es kam trotz des heißen Bluts keine Ausschreitung vor; der Streik ist heute beendigt.

Die Arbeiterschaft von Genua erhielt wiederum ihre Arbeiterkammer, ihre Werkstätten-Nachweise, ihre Schiedsgerichte, ihre freie Selbstverwaltung, und von den neun Vorständen der alten Kammer sind sieben in die neue wieder hineingewählt."

Der Sieg der Arbeiterschaft ist ein ganz gründlicher gewesen. Der Ministerpräsident Saracco hatte sofort einen Abteilungschef mit außerordentlichen Vollmachten nach Genua entsandt; telegraphisch forderte er den Präfekten auf, sofort seine Entlassung zu nehmen und sein Vorgehen gegen die Arbeiterkammern eingehend zu begründen. Der Vorstand der neuen Arbeiterkammer ist vom Ministerium über den Kopf des Präfekten bestätigt worden.

Das bekannte Genfer Anti-Streikgesetz wurde jüngst zum erstenmale in einem Streit zwischen den Gehilfen und Meistern im Schmiedegewerbe angewandt. Das Einigungsamt hieß mit 18 gegen 12 Stimmen sämtliche Forderungen der Gehilfen gut. Danach wurde die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden und der Stundenlohn auf 60 Cts. (die Meister hatten 50 Cts. offeriert bei 11stündiger Arbeitszeit) festgesetzt, ferner ist es für unzulässig erklärt, nach 6 Uhr abends noch Eisen zu schmieden. Gegen diesen Schiedsspruch haben die Schmiedemeister an den Staatsrat einen Rekurs eingereicht, indem sie dagegen protestieren und gleichzeitig gegen das Anti-Streikgesetz Sturm laufen. Das ist ja köstlich. Das Anti-Streikgesetz sollte ein Schlag gegen die Arbeiterbewegung sein und die organisierten Arbeiter brachten nicht einmal die 3000 Unterschriften auf, um das Gesetz zur Volksabstimmung zu bringen und nun wünschen es die Unternehmer selbst zum Kuckuck. Vielleicht tritt nun der umgekehrte Fall ein, daß die Arbeiter das Anti-Streikgesetz verteidigen.

Der dänische Stellmacherverband stellte an die Verwaltung der dänischen Staatsbahnen bereits vor Jahresfrist das Ersuchen um Festsetzung eines Minimalstundenlohns von 35 Oere, Einführung eines Accordtarifs und einiger andrer Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Nach längerer Wartezeit lief endlich die Antwort ein, daß der Minister beschlossen habe, es solle mit dem Fachverband nicht über die Löhne der Staatsbahnarbeiter verhandelt werden. Indes scheint doch das Vorgehen des Verbands nicht ganz ohne Erfolg geblieben zu sein, denn Ende November wurde der Minimallohn auf 32 Oere (35½ Pf.) erhöht. Die Lohnerhöhung ist aber ganz unzureichend; von privaten Unternehmern werden höhere Löhne gezahlt. Der Vorstand des „Stellmacherverbands" fordert die Mitglieder auf, nicht bei den Staatsbahnen in Arbeit zu treten. Wenn die Verhältnisse sich nicht in nächster Zeit bessern, soll in andrer Weise vorgegangen werden.

SocialeS.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 22. November 1900 der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der zur Entscheidung von Streitigkeiten aus der Unfallversicherung zuständigen „Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung" auf den 1. Januar 1901 festgesetzt ist, werden die für den Bereich der staatlichen Unfallversicherung eingesetzten sieben Schiedsgerichte mit dem genannten Zeitpunkte aufgehoben. Die Amtsthätigkeit der Mitglieder dieser Schiedsgerichte ist damit beendet; zugleich gehen die bei letzteren schwebenden Streitigkeiten in der Lage, in welcher sie sich am 1. Januar 1901 befinden, auf die „Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung" über.

Die amtliche Streikstatistik Oestreichs für das Jahr 1899 ist soeben erschienen. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre 1899 in Oestreich 311 Arbeitseinstellungen und 5 Aussperrungen erfolgt. Durch die Arbeitseinstellungen wurden 1330 Betriebe betroffen, die 90 919 Arbeiter beschäftigten. An den Streiks beteiligten sich hiervon 54 763 Arbeiter (darunter 18 954 weiblichen Geschlechts), also mehr als 60 Proz. aller Beschäftigten. 48 von den Streiks wurden (= 15,43 Proz.) mit vollem, 123 (= 39,55 Proz.) ohne und 140 (= 45,02 Proz.) mit teilweisem Erfolg beendigt. 5594 Arbeiter (= 17,80 Proz.) waren an den erfolgreichen, 9748 (= 17,80 Proz.) an den erfolglosen und 39 421 (= 71,99 Proz.) an den teilweise erfolgreichen Streiks beteiligt.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Eine in Basel stattgefundene Arbeitslosenversammlung beschloß eine Eingabe an die Regierung, in der die Bewilligung und Verwendung von 30 000 Fr. zur Unterstützung der Arbeitslosen verlangt wird, welche Summe in dem verworfenen Arbeitslosenversicherungs-Gesetz als jährlicher Staatsbeitrag vorgesehen war. Ferner wird die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verteilung der Arbeit durch den Staat verlangt.

Das Ende des Phosphorzündhölzchens in der Schweiz. Mit dem 1. Januar 1901 tritt die letzte Partie des bezüglichen Gesetzes in Kraft, wonach der Verkauf und Export von Phosphorzündhölzchen verboten ist. Import und Fabrikation sind schon seit längerer Zeit verboten.

Soziale Rechtspflege.

Stillschweigendes Einverständnis. Die Entschädigungsklage eines Steinträgers wurde von der Kammer III. des Gewerbegerichts abgewiesen, nachdem der Gerichtshof festgestellt hatte, daß dem Kläger nach mehrtägiger Beschäftigung gesagt worden war, es gäbe keine Kündigung auf dem Bau! Die Kammer nahm an, der Kläger habe dadurch, daß er trotzdem weiter arbeitete, sein Einverständnis mit dem Kündigungsausschluß stillschweigend ausgedrückt.

China.

Der Hof protestiert gegen die Note.

Eine Depesche aus Peking vom 27. Dezember besagt: Tsching und Li-Hung-Tschang haben Nachricht vom Kaiser erhalten. Tsching besuchte Li-Hung-Tschang und hatte mit ihm eine Besprechung, die über eine Stunde dauerte. **Der Hof erhebt ernsten Widerspruch gegen die Schleifung der Forts sowie gegen die Zulassung ständiger Gesandtschaftswachen,** die nach Ansicht des Hofs zu jeder Zeit, wo man es wünscht, so stark gemacht werden könnten, daß sie eine Drohung für den Hof selbst bedeuten. Es wurde beschlossen, vor einer Zusammenkunft mit den Gesandten nochmals mit dem Hof in Verbindung zu treten.

Die Friedensverhandlungen wickeln sich also durchaus nicht so glatt ab, wie man annehmen zu dürfen glaubte. Die Khakimächte beraten denn auch bereits darüber, in welcher Weise man auf den Hof einen **Druck** ausüben könnte. Will man vielleicht China noch mehr zur Ader lassen?! Oder gedenkt man doch noch nach Singanfu zu marschieren?

Die Nachricht, daß der

Kaiser nach Peking zurückkehren werde,

wird auch bereits dementiert. „Standard" meldet, daß die Kaiserin sich hüten werde, den Kaiser ziehen zu lassen, da sie wohl wisse, daß es dann mit ihrer Herrlichkeit vorbei sei. Allerdings habe Kaiser Kwangsü laut Telegramm aus Singanfu bestimmt, daß, wenn der Hof nach Peking aufbreche, General Majukun den Vortrab der den Hof eskortierenden Leibwache befehligen solle.

Aber wann der Hof nach Peking zurückkehrt, das wird schwerlich von den Wünschen der Mächte abhängen.

Die große Parade.

Graf Waldersee meldet aus Peking:

Nach Eintreffen sämtlicher Bataillone der ersten Brigade habe ich dieser heute die von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Fahnen übergeben. Im Anschluß hat eine ausgezeichnet verlaufene Parade der hiesigen deutschen Garnison stattgefunden. Die Generale Lenewitsch, Yamaguschi und Chaffee waren ebenso wie die Führer der Italiener und Oestreicher zugegen. Die Generale Gaselee und Bohron haben sich durch Offiziere vertreten lassen. Amerikaner, Oestreicher, Italiener und Russen hatten Truppenabordnungen entsandt.

Nun behaupte noch einer, Deutschland habe keinen Weltfeldmarschall in Ostasien nötig gehabt!

Ein neuer deutsch-englischer Zwischenfall.

Das Herold-Bureau meldet vom 28. Dezember aus London: Nach einer Pekinger Meldung soll gestern im englischen Bezirk ein **englischer Unterthan von einem deutschen Soldaten erschossen worden sein.** Der Vorgang erregt großes Aufsehen, weil der deutsche Soldat angeblich nicht befugt gewesen ist, im englischen Bezirk Waffen zu tragen.

Kulturheimweh.

Die „Köln. Volksztg." veröffentlicht eine Zuschrift von einem Feldzugs-Teilnehmer aus China, nach welcher alle Soldaten, vom Offizier bis zum letzten Mann, sich nach der Rückkehr sehnen. **Bisher sei von den Chinesen nur unschuldiges Proletariat getötet worden,** während die Schuldigen fast ausnahmslos entflohen seien und im Innern sowie im Gebirge den Abzug der Fremden abwarten. Katholische Missionare versicherten dem Briefschreiber wiederholt, daß, wenn nicht in andrer Weise als bisher vorgegangen würde, die Lage der Missionare wie der andren Europäer nach Abzug der Truppen schlimmer sein werde als vorher.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Budapest, 28. Dezember. (W. T. B.) Bei Csurog (Komitat Bacs) sind durch Umschlagen eines Kahns auf der Theiß von 34 über den Fluß fahrenden Arbeitern 6 ertrunken.

Im Ohabaer Walde (Komitat Krassó-Szörény) bereiteten sich 7 Arbeiter ein Mahl. Plötzlich explodierte eine Menge Dynamit, das in der Nähe gelegen haben mußte, und alle bis auf einen kamen ums Leben.

London, 28. Dezember. (W. T. B.) Ein in den Abendblättern abgedrucktes Telgramm aus Shanghai berichtet: Der auf der Fahrt von Itschang am Yangtsekiang nach Tschungking befindliche **neue deutsche Dampfer „Suihsiang" scheiterte** sechzig Meilen von Itschang und dürfte vollständig verloren gehen. Die an Bord befindlichen Personen, mit Ausnahme des Kapitäns, wurden gerettet.

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Zweite Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg.

Erster Verhandlungstag. (Schluß.)

Die vom Referenten empfohlene Resolution wurde mit einem Amendement Stadthagen angenommen.

In der Diskussion stimmt **Frentzel**-Leipzig dem Referenten zu und weist auf die Schwierigkeit hin, die die Frage der Entwässerung den Gemeinden bereitet. Stutzig gemacht habe ihn der Widerspruch des Referenten dagegen, daß die Abwässer in die Flüsse geleitet werden sollen.

Wurm-Berlin: Die Anregungen des Referenten können wir nur mit Freuden begrüßen. Auf dem Gebiet der Hygiene können wir noch ehesten am etwas Positives erreichen, weil sich hier die Interessen des Proletariats mit denen der Besitzenden decken, denn die Seuchen machen nicht Halt vor den Palästen. So sehr ich dem Referenten zustimme, so kann ich doch das Entweder-Oder, worin seine Forderungen gipfeln, nicht unterschreiben. In den meisten Fällen kann der beabsichtigte Schutz zur Schädigung werden, wenn wir sagen: entweder die Anstaltsbehandlung oder nichts. Es herrscht nun mal in der Bevölkerung ein Widerwillen selbst gegen musterhaft geleitete Anstalten. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß, wenn die Wöchnerin in die Anstalt kommt, das Haus verwaist ist und die übrigen Kinder keine Pflege haben. (Sehr wahr!) Es muß auch eine Organisierung der häuslichen Pflege eintreten, aber das Odium der Armenunterstützung muß schwinden. Eine neue Organisierung des Unterstützungswesens in den Kommunen ist dringend geboten. Die Juristen sind sich nun nicht darüber einig, ob nicht jede Unterstützung vom Gericht für Armenunterstützung erklärt werden kann. Dem kann man abhelfen dadurch, daß man alle Bürger bis zu einem bestimmten Einkommen, also etwa soweit sie der Invaliditätsversicherung unterworfen sind, als berechtigt zur Unterstützung ansieht, wie wir es ja auch beim Reichs-Seuchengesetz erstrebt haben. Wenn im eignen Heim eine ausreichende Unterstützung gewährt wird, die aber keine Armenunterstützung ist, wenn Hauspflegerinnen von der Gemeinde angestellt werden, die natürlich nicht durch religiöse Propaganda andren lästig fallen, so kann man selbst in kleinen Gemeinden viel erreichen. Jetzt sind die Unterstützungen unzureichend. Durch solche Mittel kann die Gemeinde oft mehr ausrichten als durch Anstalten. Entschieden entgegentreten muß ich dem Vorschlag, daß Wöchnerinnen in den Wöchnerinnenheimen industrielle Arbeiten verrichten; man würde dadurch dem freien Arbeiter Konkurrenz schaffen. Bei den Blindenanstalten kann man sich das allenfalls noch gefallen lassen, aber bei den großen Wöchnerinnenheimen nicht. Die Anstaltsbehandlung wird ein Segen sein nur für die Unverheirateten; im übrigen muß man dahin streben, dem Kranken im Hause die nötige Pflege angedeihen zu lassen ..... (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Konrad-Rixdorf: Die Vorschläge des Referenten sind wohl für große Gemeinden, nicht aber für kleine Gemeinden durchführbar, die keine Mittel besitzen. Hier müßte das Reich verpflichtet werden, einzugreifen. In Rixdorf zum Beispiel haben wir nicht einmal ein Krankenhaus, sondern nur eine Baracke. Meine Gemeinde hat absolut keine Mittel. Vielleicht läßt sich die Resolution dahin erweitern, daß das Reich für arme Gemeinden eintreten hat.

Wurm-Berlin behandelt noch die Frage der Entwässerung und der Beseitigung der Abfälle. Es ist eine Streitfrage der Chemiker, inwieweit durch Zuleitung der Abwässer in offene Flußläufe andre Gemeinden schlechtes Wasser erhalten. Die eine Seite behauptet, daß, wenn das Wasser eine Zeitlang fließt, die Schwebestoffe sich senken und die sogenannte Selbstreinigung der Flüsse eintritt. Andre bestreiten das, und ich schließe mich ihrer Ansicht an. Die Frage ist von Fall zu Fall zu untersuchen. Es kommt auf die Beschaffenheit des Flußbetts, auf das Gefälle 2c. an. Auf das System der Schwemmkanalisation wollen wir uns nicht festlegen. Für manche Ortschaft ist die Schwemmkanalisation nicht durchführbar. Auch das System, die Abfälle mit Torf zu durchsetzen, findet Anklang.

Zubeil-Berlin: Das Programm, das der Referent aufgestellt hat, ist meist nur auf große Orte zugeschnitten. Kleine Kommunen z. B. werden sich keine Schlachthäuser zulegen können, sie werden keine Kanalisation einrichten können. Ich vermisse, daß der Referent Vorschläge für kleine Gemeinden event. für das flache Land gemacht hat. Was die Schutzpocken-Impfung betrifft, so würde ich als strikter Gegner derselben niemals in der Gemeinde für eine Erweiterung des Zwangs eintreten, sondern höchstens für eine Linderung. In den Schulen müßte in Gesundheitspflege Unterricht erteilt werden; ferner müßten vor allem weibliche Aerzte durch die Gemeinden angestellt werden. (Sehr richtig!) Das liegt im Interesse der Gesundheit unsrer Frauen und Mädchen. Inbezug auf die Fleischschau müssen wir dahin streben, daß alles Vieh einer strengen Untersuchung unterzogen wird, wie wir es im Reichstag forderten. Ich bitte den Referenten, auch den Kollegen vom flachen Lande Vorschläge zu unterbreiten.

Freywald-Pankow: Den armen kleinen Gemeinden ist es unmöglich, eigne Krankenhäuser zu bauen. Wir haben in Niederbarnim nicht mal Geld für ein Kreis-Krankenhaus. Den Gemeinden, die keine Mittel haben, müßte der Staat Gelder zum Bau von Krankenhäusern zur Verfügung stellen. Es würde sich empfehlen, eine solche Forderung in die Resolution aufzunehmen.

Gruhl-Nowawes: Ich freue mich, daß wir heute auch mal an die kleinen Gemeinden und nicht bloß an Berlin denken. Vor zwei Jahren war alles, auch unser Programm, auf Berlin zugeschnitten. Bei uns z. B. liegt die Sache so, daß das reiche Neuendorf sich alles leisten kann, das arme Nowawes, das ich vertrete, aber kann sich nichts leisten. Bei uns ist absolut nichts zu holen, da ist es sehr schwer zu arbeiten. Wenn das Reich Geld für Kasernen hat, wenn es ein Fleischschau-Gesetz schafft, dann muß es den Gemeinden auch die Mittel zur Durchführung schaffen. Wir haben nicht mal Geld für ein Schlachthaus. Aehnlich geht es uns mit der Kanalisation, deren Unterhaltung uns ebensoviel kosten würde, wie durch direkte Steuern aufgebracht wird. Wir können uns kein Schulhaus bauen. Aus allen diesen Gründen müssen wir Reichsunterstützung für arme Gemeinden verlangen.

Dorn-Britz: Auch bei uns ist die Durchführung der Kanalisation wegen Geldmangel unmöglich. Jetzt warten wir die Erfahrungen ab, die Tempelhof mit dem Gothaischen System macht. Sehr verlockend sind sie nicht. Die dortigen Kläranlagen sind Jauchkuten und die Tiefbrunnen, die das geklärte Wasser in die Tiefe leiten sollen, versagen.

Stadthagen-Berlin stellt folgenden Zusatzantrag: „Die Konferenz verlangt, daß die größeren Verbände (Kreise, Staat, Reich) den Gemeinden, die diese Aufgaben wegen Mangel an Mitteln nicht erfüllen können, die Kosten zur Durchführung dieser Aufgaben überweisen."

Der Antragsteller führt zur Begründung des Amendements aus: Der Schmerzensschrei der armen Gemeinden ist begreiflich und berechtigt. Die Einführung der unentgeltlichen Krankenbehandlung würde sich in großen Gemeinden ermöglichen lassen, aber den kleinen fehlen sowohl hierzu wie für die Durchführung der übrigen Forderungen des Referenten die Mittel. Diese zu liefern sind die Kreise, der Staat und das Reich verpflichtet. Am richtigsten wäre die Schaffung eines Reichs-Gesundheitsamts, das Reich muß die Kulturaufgaben erfüllen. Wieviel Krankenhäuser könnten zum Beispiel gegründet werden durch die 182 Millionen, die der Chinarummel kostet! Ein Reich, ein Recht, eine Kasse! Treten wir ein einer für alle und alle für einen! (Bravo!)

Gerstenberger-Weißensee: Es giebt noch einen andren Weg als den, den Stadthagen vorschlägt. Die Landgemeinde-Ordnung zeigt diesen Weg, und ich rate vor allem dem armen Nowawes, das mit dem reichen Neuendorf zusammenliegt, ihn zu beschreiten. § 128 der Landgemeinde-Ordnung besagt, Landgemeinden können mit nachbarlich belegenen Landgemeinden zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten nach Anhörung der beteiligten Gemeinden durch Beschluß des Kreisausschusses verbunden werden, wenn die Beteiligten damit einverstanden sind. (Zuruf: Einverstanden sind! Heiterkeit.) Hören Sie nur weiter: „Wenn ein Einverständnis der Beteiligten nicht zu erzielen ist, kann, sofern das öffentliche Interesse dies erheischt, die Bildung eines solchen Verbands durch den Oberpräsidenten erfolgen, nachdem die Zustimmung der Beteiligten im Beschlußverfahren durch den Kreisausschuß ersetzt worden ist." Die armen Gemeinden sollten also zunächst an den Kreisausschuß herangehen. Wir müssen jeden Weg benutzen.

Retzlaff-Rixdorf: Jetzt sind wir erst beim Wichtigsten angelangt. Was nützen die großen Referate, die nur auf Berlin Rücksicht nehmen? Wir müssen uns mehr um die kleinen Gemeinden bekümmern. Der Antrag Stadthagen trifft den Nagel auf den Kopf. Die Landgemeinde-Ordnung kennen wir auch, aber der Kreisausschuß verhält sich ablehnend. Die Lasten der kleinen Gemeinden steigen so, daß sich auch die Besitzenden unsrer Forderung auf Reichsunterstützung anschließen werden.

Gruhl-Nowawes erwidert dem Genossen Gerstenberger, daß Nowawes den Antrag auf Vereinigung mit Neuendorf gestellt hat, aber ohne Erfolg. Der Kreisausschuß erkannte ein öffentliches Interesse als nicht vorliegend an.

Die Diskussion ist geschlossen.

Im Schlußwort führt der Referent Dr. **Freudenberg** aus: Gegen die Annahme des Antrags Stadthagen habe ich nichts einzuwenden. Mit der Frage der Beschaffung der Geldmittel habe ich mich in meinem Referat aus dem Grunde nicht befaßt, weil diese Frage nicht in das Gebiet der Gesundheitspflege gehört. Zu viel ist es verlangt, daß man aus Rücksicht auf die armen Gemeinden das Maß seiner Forderungen überhaupt niedriger stecken sollte, als es sonst der Fall wäre. Würden wir das thun, so würden wir ja nichts weiter thun, als was der preußische Staat bei seiner Fürsorge für das Medizinalwesen auch thut; ich erinnere nur an die Ablehnung der von allen Aerzten befürworteten Forderung der Leichenschau. Wir als Socialdemokraten haben diejenigen Forderungen aufzustellen, die wir für richtig halten, und müssen die Aufbringung der Geldmittel dem Staat überlassen, der alle verfügbaren Gelder wider unsren Willen für kulturwidrige Zwecke ausgiebt. Wurm hat mich in verschiedener Richtung mißverstanden. Ich habe nicht gefordert Anstaltsbehandlung oder nichts, seine Vorwürfe sind also nicht zutreffend. Allerdings muß ich gestehen, daß ich, aus praktischer Erfahrung heraus es für sehr nützlich halte, wenn die Abneigung gegen die Anstaltsbehandlung von unsrer Seite bekämpft würde, denn diese Abneigung ist in sehr vielen Fällen unberechtigt. Auch in Bezug auf die Beschäftigungsanstalten hat mich Wurm mißverstanden, ich habe nicht von Beschäftigungsanstalten für Wöchnerinnen, sondern für Stillende gesprochen, und da kann doch von einer Konkurrenz minderwertiger Elemente nicht die Rede sein. Diese Forderung habe ich nicht erhoben, um die Kosten nicht zu hoch zu schrauben, sondern einfach, weil es unmöglich ist, solche Frauen die ganze Zeit über auf die öffentliche Armenpflege zu stellen. Diese Frauen sind im stande, sich selbst zu unterhalten, sobald nur die Gemeinden die Organisationen für ihre Beschäftigung schaffen. Nun noch einige Worte gegen Zubeil. Daß für kleine Gemeinden die Errichtung eines Schlachthauses nicht in Frage kommt, trifft nicht zu. Es giebt eine Anzahl kleiner Gemeinden, die Schlachthäuser errichtet haben. Es ist ja auch kein Grund vorhanden, warum sich nicht zu einem solchen Zweck die Gemeinden zusammenthun sollen. Dagegen, daß die Gesundheitspflege in den Schulen zu lehren ist, habe ich gewiß nichts einzuwenden. Für weibliche Aerzte eintreten, dazu bedurfte es für mich nicht erst der Aufforderung von Zubeil. Das habe ich schon gethan und zwar an einer Stelle, wo das nicht so gemütlich war wie in diesem Saal. Wenn endlich Zubeil meine Ausführungen bezüglich der Schutzpockenimpfung bemängelte, so glaube ich, hat ihn etwas der Blaukoller überfallen (Heiterkeit), als er das Wort Schutzpocken-Impfung hörte, denn thatsächlich hat er meine Ausführungen gerade in entgegengesetztem Sinn verstanden, wie ich sie gemacht habe. (Beifall.)

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der Resolution Dr. Freudenberg mit dem Amendement Stadthagen.

Schluß 6¼ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Berlin, 28. Dezember.

Singer eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr.

Mit Rücksicht auf den Referenten, der an einer Sitzung des Gewerbegerichts teilnehmen muß, wird zunächst in die Verhandlung über Punkt 6 der Tagesordnung

Der Erlaß von Ortsstatuten auf Grund der Gewerbe-Ordnung

eingetreten.

Referent Stadtv. **Koblenzer**-Berlin: An socialen Handlungen, deren Vornahme den Gemeinden auf Grund gesetzlicher Vollmachten, wie sie die Gewerbe-Ordnung, Gewerbegerichts-Gesetz und Krankenversicherungs-Gesetz enthalten, gestattet ist, kommen folgende in Frage: 1. Die Vollmacht zur Regelung der Lohnzahlung und der Auslöhnung der Minderjährigen, eventuell durch Einführung des Lohnbuchs. (§ 119 Abs. 2 der G.-O.) 2. Vollmacht zur ortsstatutarischen Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. (§ 105b Abs. 3 der G.-O.) 3. Vollmacht zur Errichtung von Gewerbegerichten. (§ 1 Abs. 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes.) 4. Vollmacht zur Ausdehnung des Krankenversicherungs-Gesetzes. (Kr.-V.-G. § 2 Abs. 2.) 5. Vollmacht zur Einführung des Fortbildungsschulzwangs. (G.-O. § 120 Abs. 3.)

Der § 119a Abs. 2 der G.-O. lautet: Durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbands kann für alle Gewerbetreibende oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden, daß: 1. Lohn- und Abschlagzahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen; sodann, daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern und Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Bescheinigung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird. 3. Daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mitteilung von den an minderjährige Arbeiter gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben. Unsre Partei hat gegen diese Bestimmungen im Reichstag lebhaft protestiert und unsre Voraussetzung, daß wenig Gemeinden sich veranlaßt sehen werden, solche Bestimmungen ortsstatutarisch zu erlassen, hat sich bewahrheitet. Die Arbeitgeber leisten dem Widerstand. Auch sind die bisher erlassenen Ortsstatute sehr verschieden, keines umfaßt alle Bestimmungen. Die jüngste Gewerbe-Ordnungs-Novelle, die bekanntlich das Lohnbuch für die in Fabriken beschäftigten Minderjährigen bringt, bedeutet eine neue Hoffnung für die Quittungsfreunde. Von der durch § 105b, Abs. 3 gegebenen Möglichkeit der

Beschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe

ist bisher auch nur wenig Gebrauch gemacht. Frankfurt a. M. hat 1892 für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe die Sonntagsarbeit auf 2½ Stunden festgesetzt, Stuttgart und Straßburg hatten schon früher eine Beschränkung auf 3 Stunden eingeführt. In Zürich besteht durch Ortsstatut von 1897 die völlige Sonntagsruhe für Großhandel und Bankgeschäfte mit acht Sonntagen. Neuerdings schweben zwischen den Magistraten von Frankfurt, Offenbach, Hanau, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden Verhandlungen wegen gänzlicher Beseitigung bezw. weiterer Verkürzung der Sonntagsarbeit. Berlin bietet trotz der emsigen Thätigkeit unsrer Genossen im Stadtparlament in dieser Beziehung kein gutes Beispiel. Wir haben 1892 bereits den Erlaß eines Ortsstatuts beantragt, wonach die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Bank- und Engrosgeschäften ganz untersagt, in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden eingeschränkt werden soll. Aber die Gewerbedeputation lehnte mit 20 gegen 1 Stimme ein Vorgehen auf diesem Gebiete ab, und der Magistrat trat diesem Beschlusse bei.

Nun zum

obligatorischen Fortbildungsschulunterricht.

Nach § 120 Abs. 3 können die Gemeinden durch Ortsstatut den Fortbildungsschulzwang für männliche Arbeiter unter 18 Jahren (auch im Handelsgewerbe) und nach der Gewerbe-Ordnungs-Novelle von 1899 demnächst auch für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren aussprechen, sowie die zur Durchführung erforderlichen näheren Bestimmungen erlassen. Der Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule ist bereits gesetzlich obligatorisch in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und mehreren Kleinstaaten, sowie in den preußischen Provinzen Westpreußen und Posen. Der Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen dagegen ist nirgends durch Gesetz, mehrfach aber durch Ortsstatut für obligatorisch erklärt. Das Versagen des gesetzlichen Obligatoriums in diesem Falle erklärt sich zum Teil aus der Stellung der Bourgeoisie, namentlich des Centrums, zur Religion, die in gewerblichen Fortbildungsschulen naturgemäß fortfällt. Redner giebt einige statistische Belege über die in Preußen und andren Bundesstaaten bestehenden Fortbildungsschulen und ihren Besuch, und geht dann auf die Verhältnisse in Berlin über, wo die socialdemokratischen Anträge auf Einführung des Obligatoriums wiederholt abgelehnt wurden.

Ich komme nunmehr zu der

Errichtung von Gewerbegerichten.

Ueber die Wichtigkeit derselben brauche ich vor socialdemokratischen Gemeindevertretern wohl kaum ein Wort zu verlieren. In Unternehmerkreisen besteht aber noch eine starke Abneigung gegen die Gewerbegerichte. Redner giebt eine statistische Uebersicht, aus der hervorgeht, daß 46 gewerbreiche Städte mit 20—50 000 Einwohnern kein Gewerbegericht haben. In Bunzlau hat der Magistrat die Errichtung eines Gewerbegerichts mit der Erklärung abgelehnt, daß für die einzelnen Branchen weder ein Bedürfnis noch eine Notwendigkeit dazu vorhanden ist, und daß ein Gewerbegericht für alle Gewerbebetriebe ein Unding sei. Wir müssen verlangen, daß die Errichtung eines Gewerbegerichts in Orten mit über 20 000 Einwohnern obligatorisch gemacht wird. Weiter verlangen wir zeitige Aufstellung der Wählerlisten, Vornahme der Wahlhandlung an einem Sonntag. Die Bedeutung der Gewerbegerichte, die auch als Einigungsämter bei Ausständen fungieren, würde noch gehoben werden, wenn ein Zwang zur Verhandlung vor dem Einigungsamt eingeführt würde.

Zum Schluß komme ich noch auf die

Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht.

Sie war bis 1892 in 47 größeren Städten Deutschlands durch Ortsstatut auf verschiedene Arbeitergruppen ausgedehnt; später kamen noch einige Städte hinzu. Redner geht näher auf die Art der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht ein; auf Hausindustrielle ist sie in 10 Städten ausgedehnt. Berlin befindet sich darunter nicht, hat vielmehr diese Ausdehnung, die wir mehrmals beantragt haben, stets abgelehnt. Trotzdem werden wir nicht erlahmen, unsre Gegner beständig an ihre Pflichten zu erinnern, ihr Gewissen zu schärfen, bis unsre Bemühungen von Erfolg gekrönt sind. (Beifall.)

Diskussion.

Hinze-Berlin: Wir werden wohl alle die Ausführungen des Referenten unterschreiben können, namentlich in Bezug auf die Fortbildungsschulen. Hierfür haben bisher die Gemeinden, auch die Gemeinde Berlin, erst wenig gethan. In nächster Zeit wird ja hier diese Frage aktuell werden. Herr Stadtschulrat Bertram hat sich zwar für den Fortbildungsschulzwang erklärt, aber nichts für seine Einführung gethan. Die kaufmännischen Fortbildungsschulen werden nur etwa vom sechsten Teil der Kaufleute besucht und in andern Klassen steht es ebenso. Hoffentlich werden die heute gegebenen Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen. Von der Befugnis zur Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses haben auf Anregung von zwei Dritteln der Geschäftsinhaber bis jetzt auch nur wenige Gemeinden Gebrauch gemacht. Nach der Gewerbe-Ordnung ist eine Minimalruhezeit von 10 Stunden für Angestellte in offenen Läden vorgeschrieben, doch kann diese Ruhezeit noch eine Stunde verkürzt werden. In Berlin haben wir z. B. bei dem Verbot der Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder die Erfahrung gemacht, daß der Polizeipräsident socialer gesinnt ist, als der Magistrat. Vielleicht könnten wir auch den Achtuhr-Ladenschluß durch seine Vermittelung eher erlangen. Vorteil davon würden nicht nur die Angestellten sondern auch die kleinen Geschäftsinhaber haben. Weiter empfiehlt es sich, auf ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit hinzuwirken. Dazu sind auch die kleinen Gemeinden in der Lage, Kosten erwachsen daraus nicht.

Borgmann-Berlin: Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustriellen ist erst nach schweren Kämpfen erfolgt. Die Unternehmer wandten dagegen ein, daß sie dadurch Unternehmern andrer Städte gegenüber konkurrenzunfähig werden. Ich lasse es dahingestellt, ob das richtig ist, aber ganz unbekümmert darum haben wir die Pflicht, überall, namentlich in den Vororten Berlins für die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie einzutreten, denn die Berliner Unternehmer beschäftigen viele Arbeiter aus den Vororten und suchen sich dadurch ihrer Verpflichtung zu entziehen. Die Schwierigkeiten sind groß, aber nicht unüberwindbar. Sorgen wir dafür, daß auch den Aermsten, die in der Hausindustrie thätig sind, die Segnungen der Krankenversicherung zu teil werden.

Obst-Schöneberg: Bei uns ist die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule an dem Widerstand der bürgerlichen Stadtverordneten gescheitert. In den Vororten ist das ja noch weit schwerer als in Berlin. Natürlich müsse der Schulunterricht in die Arbeitsstunden fallen. Nach langen Vorverhandlungen wurde die Frage der Fortbildungsschule erst auf ein Jahr und dann weiter auf zwei Jahre vertagt. Im allgemeinen wird es sehr schwer halten, mit unsrer Forderung durchzudringen, aber erst muß Berlin mit gutem Beispiel vorangehen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Referent verzichtet auf das Schlußwort, und der Gegenstand wird verlassen.

Es folgt der vierte Punkt der Tagesordnung:

Welche Rechte bietet die Landgemeinde-Ordnung den Gemeindevertretern?

Referent ist:

Gemeindevertreter **Gerstenberger**-Weißensee: Die Landgemeinde-Ordnung im allgemeinen und die rechtliche Stellung der Vertreter ist ohne Kenntnis der historischen Entwicklung schwer zu erkennen. Erst nach dem unglücklichen Krieg gegen Frankreich zu Anfang des Jahrhunderts wurde das Unterthänigkeitsverhältnis beseitigt, 1852 wurde die im Jahre 1850 erlassene Gemeinde-Ordnung wieder aufgehoben, 1872 wurde die gutsherrliche Polizeigewalt beseitigt, aber erst im Jahre 1890 erfolgte der Erlaß der Gemeinde-Ordnung. Man stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß man die

Rechte der Gutsbesitzer nicht schmälern dürfe. Redner wirft einen Rückblick auf die Verhandlungen des Landtags. Der Minister des Innern betonte, man müsse nicht nur Ordnung, sondern auch Zufriedenheit durch das Gesetz schaffen, aber seine Ausführungen treffen in keiner Weise zu. Das geht schon daraus hervor, daß das Dreiklassen-Wahlsystem dem Gesetz zu Grunde gelegt ist. Interessant ist es, wie die Rechte, natürlich aus eignen Interessen, für die Selbstverwaltung der Gemeinden sich ins Zeug legte. Von tief einschneidender Bedeutung ist es, daß die Landgemeinde-Ordnung der Krone das Recht giebt, leistungsunfähige Gemeinden aufzulösen und mit andern zu verbinden. Dabei können sogar Gemeinden, die vom Staate Schuldotationen erhalten haben, als leistungsunfähig angesehen und infolgedessen aufgelöst werden. Das kann unter Umständen sehr verhängnisvoll werden und ein Sparsystem zeitigen, das unsren Schulen zum Schaden gereicht.

Nun zu den

Rechten der Gemeindevertreter.

Der Vorstand hat das Recht, Beschlüsse der Gemeindevertretung zu beanstanden, wenn sie die Befugnisse der Gemeindevertretung überschreiten oder Gesetze verletzen, aber auch in andern Fällen sind Beschlüsse beanstandet. Dem gegenüber steht uns das Verwaltungsstreitverfahren offen, auch können wir auf Grund des § 143 gegen den Vorsteher wegen Dienstvergehen klagen. In größeren Gemeinden können kollegialische Gemeindevorstände gebildet werden. Von diesem uns nach § 74 zustehenden Recht sollten wir Gebrauch machen. Die Höchstzahl der Beigeordneten oder Schöffen darf sechs betragen. Je höher ihre Zahl ist, desto größer ist der Einfluß der Unansässigen. In den meisten Gemeinden waren diese Dinge bis vor kurzer Zeit noch unbekannt. Das allgemeine Landrecht und die Kreisordnung kannte keine kollegialen Gemeindevorstände; in den Vororten von Berlin empfiehlt es sich, überall auf den Erlaß von Ortsstatuten hinzuarbeiten, wodurch solche kollegialen Gemeindevorstände gebildet werden. Die Schöffen haben weitgehende Befugnisse, sie sind z. B. verantwortlich für die Ausführung der Beschlüsse der Gemeindevertretungen. Die eigentlichen Rechte der Gemeindevertretung bieten die §§ 102 bis 113, die im allgemeinen für ganz Preußen gleich lauten. Sehr wichtig ist der § 108, wonach an Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde derjenige nicht teilnehmen darf, dessen Interessen mit dem der Gemeinde in Widerspruch stehen. Also, Gemeinden, die die Arbeiten der Reihe nach herumgehen lassen, handeln gegen § 108. Solche ungesetzlichen Zustände müssen wir unter allen Umständen verhindern. Erforderlich wäre der Erlaß einer Geschäftsordnung, die natürlich kein Maulkorbgesetz für uns werden darf. Die Strafbestimmungen gegen Gemeindevertreter finden nur in seltenen Fällen Anwendung. Wichtig ist ferner das

Recht der Festsetzung der Steuern,

die ja durch das Gesetz begrenzt sind. Indirekte Steuern werden wir natürlich nicht empfehlen. In ungerechter Weise ist der Grundbesitz und die höchsten Stufen der Gewerbesteuer bevorzugt; unsre Aufgabe wird es sein, wenigstens den vollen Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer zu beantragen. Die Gemeinden dürfen Einkommen unter 900 Mark von der Besteuerung freilassen, und andrerseits sogar Einkommen unter 420 Mark nach fingierten Sätzen zu besteuern. Das ist ungerecht, denn diesen Steuerzahlern ist trotzdem das Wahlrecht genommen. Deshalb ist es geboten, solche niedrigen Einkommen steuerfrei zu lassen, denn wenn die Gemeindeangehörigen nicht mitraten dürfen, brauchen sie auch nicht mitzuthaten. Hiergegen müssen wir mit aller Schärfe Front machen. Die Zustimmung des Kreisausschusses bei der Festsetzung von Steuern ist erforderlich für Gemeinden, in denen niemand oder nur wenig Leute mehr als 900 M. Einkommen haben. Diese Bestimmung ist getroffen aus Furcht davor, daß in solchen Gemeinden die wenigen Reichen zu viel Steuern aufgebürdet werden könnten. In der Umgegend von Berlin wird es ja kaum derartige Gemeinden geben. Kleine Gemeinden können weitere Leistungen und Dienste von den Abgabepflichtigen verlangen, und zwar auch von den Forensen. Diese Dienste können durch Geld abgelöst werden. In vielen Gemeinden, z. B. in der Umgebung von Spandau, giebt es fiskalische Einrichtungen, die steuerfrei bleiben. Militär-Speiseanstalten hingegen können besteuert werden, und das sollten wir thun. Die Grundbesitzer haben es verstanden, bei der Landgemeinde-Ordnung ihren Vorteil zu wahren. Die Gemeinden sind befugt, Angehörigen, die noch nicht ein Jahr in der Gemeinde wohnen, das Wahlrecht zu gewähren. Grundbesitzer haben es ohne weiteres; es ist deshalb geboten, auch andren Personen gegenüber davon Gebrauch zu machen. Mitbesitzer eines Hauses von dem passiven Wahlrecht auszuschließen, ist durch den § 41 verhindert. Unbedingt sollten wir den Forderungen der Wähler Rechnung tragen; die Wähler einzeln aufzurufen, ist zwar in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, aber in der Praxis stößt es auf große Schwierigkeiten. In großen Gemeinden dauert der Namensaufruf viele Stunden; da ist die Einteilung in Wahlbezirke geboten. Gestern ist viel über die Geldnot der Gemeinden geklagt. Hier bieten die §§ 128 bis 130 die Möglichkeit zur Abhilfe, es können Landgemeinden zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten verbunden werden. Unsre Rechte müssen wir um so energischer wahren, weil ja der Staat die Aufsicht über die Gemeinden führt und natürlich bei Dingen, die ihm nicht in den Kram passen, von seinen Rechten Gebrauch machen wird. Unsre Pflicht ist es, in den Gemeindevertretungen überall Kritik zu üben, wir müssen die Hechte im Karpfenteich sein, wir müssen aber auch durch unsre praktische Thätigkeit die Massen aufrütteln und sie von der Ungerechtigkeit des Wahlrechts überzeugen. Auf die Beseitigung dieses Unrechts hinzuweisen, ist unsre höchste Pflicht. Leider bringen die Genossen den Wahlen, namentlich den Schöffenwahlen, noch nicht das genügende Interesse entgegen. Nutzen wir unsre Rechte aus und tragen wir dazu bei, daß wir den Sieg erringen. (Beifall.)

Freywaldt-Pankow: Die Landgemeinde-Ordnung ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Ein Gemeindevertreter in Herzfelde, der seit 28 Jahren im Amte ist, hat sie erst jetzt von einem Genossen käuflich erworben. (Heiterkeit.) Es ist noch viel Mittelalterliches und Merkwürdiges in ihr. Da ist der § 46, der nach meiner Auffassung eine Vertretung der auswärts wohnenden Stimmberechtigten, der Forensen, im Stimmrecht und in der Wählbarkeit zuläßt. Wir haben in Vertretung eines Forensen auf Grund einer von ihm ausgestellten Vollmacht gewählt und die Wählbarkeit verlangt. Jetzt klagen wir, und die Sache kommt jetzt an das Ober-Verwaltungsgericht, nachdem die Gemeindevertreter-Sitzung und der Kreisausschuß die Wahl kurzer Hand für ungültig erklärt haben und der Bezirksausschuß das salomonische Urteil gefällt, daß der § 46 zur Hälfte zu Recht besteht, zur Hälfte aber zu Unrecht. Stadthagen meint zwar, an diesem Urteil sei nicht zu tippen (Heiterkeit), ich aber bin der Ansicht, daß der § 46 vollkommen falsch interpretiert wird, und daß er nicht nur eine Vertretung im Stimmrecht, sondern auch in der Wählbarkeit zuläßt. Man kann doch denken, man ist doch nicht gerade auf den Hinterkopf gefallen. (Heiterkeit.) Wir werden ja sehen, wie das Ober-Verwaltungsgericht entscheidet. Ich hoffe doch, daß noch etwas zu machen ist.

Stadthagen-Berlin: Der Vorredner hat einen schwebenden Prozeß hier vorgeführt, dessen Inhalt keinem der Anwesenden recht klar geworden sein wird. (Heiterkeit.) Er sollte es doch nicht darstellen, als ob die Ansicht notwendig unrichtig sein müsse, die jemand ausspricht, der neben gesundem Menschenverstand auch juristische Vorbildung besitzt. Er geht denn doch zu weit, wenn er glaubt, sobald etwas nicht nach seinem Hinterkopf geht (Heiterkeit), sei es falsch. Die Frage der Vertretung der Forensen können wir hier nicht durch Debatten lösen. Hüten wir uns, unsre Wünsche an Stelle dessen zu setzen, was recht ist.

Damit schließt die Diskussion.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und auch dieser Gegenstand wird verlassen.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

„Die nächsten Aufgaben der socialdemokratischen Gemeindevertreter in den Landgemeinden."

Referent ist **Sonnenburg**-Friedrichshagen.

Wenn ich über unsre nächsten Aufgaben in den Landgemeinden sprechen soll, so stelle ich zuerst die Frage: „Schrecken denn unsre Genossen in den ländlichen Gemeindevertretungen davor zurück, alle Forderungen unsres Kommunalprogramms zu vertreten und auf deren Durchführung hinzuwirken, daß für diese eine Ausnahme gemacht werden muß und nur die nächsten Aufgaben in den Vordergrund der Aktion gestellt werden sollen?" Und da lautet die Antwort: „So ist es denn doch nicht."

Wir wissen ja zur Genüge, daß unsre Gegner in allen Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinde Anträge, die von uns kommen, als nicht zeitgemäß und undurchführbar von der Tagesordnung verschwinden lassen. Wir wissen ferner, daß, so lange das allgemeine gleiche, geheime und direkte Gemeindewahlrecht nicht gesetzlich eingeführt ist, die besitzende Klasse in ihrem Interesse gegen das Interesse der Arbeiterklasse, gegen das Interesse der Gesamtheit entscheiden wird.

Deshalb legen wir aber die Hände nicht in den Schoß, sondern suchen in jeder Gemeinde praktisch zu arbeiten. In den kleineren Landgemeinden liegen die Verhältnisse anders als in den größeren und in den Städten, und deshalb müssen wir die nächsten Aufgaben unsrer Vertreter in den Langemeinden ins Auge fassen, um eine Grundlage für die praktische Thätigkeit selbst in der kleinsten Gemeinde zu gewinnen.

Da komme ich zunächst auf das sehr wichtige Gebiet des

Schulwesens,

insbesondere der Volksschule. Von Staat und Gemeinde wird sie noch immer als Aschenbrödel behandelt; darum ist es Pflicht der socialdemokratischen Gemeindevertreter, darauf hinzuwirken, daß die Volksschule das wird, was sie sein soll: eine wahre Bildungsanstalt, in der die Jugend für das spätere Leben und den harten Kampf ums Dasein mit dem notwendigen Wissen ausgerüstet wird.

Dazu gehört aber als Haupterfordernis eine sorgenlose Existenz der Volksschullehrer. Das Anfangs- und Höchstgehalt der Lehrer muß so bemessen sein, daß sie mit Lust und Liebe sich ihrem wichtigen Beruf hingeben und nicht aus Nahrungssorgen zu Nebenbeschäftigungen greifen müssen, was leider auf dem Lande noch häufig geschieht zum Schaden der Gemeinde und der Schule. Tüchtige Lehrkräfte werden solchen Gemeinden, die ein geringes Gehalt zahlen, sobald als möglich den Rücken kehren und sich Gemeinden zuwenden, die für die Zukunft den Lehrer in Bezug auf Gehalt, Alterszulage und Mietsentschädigung ausreichend sorgen.

In den kleinsten Gemeinden muß für die Volksschule die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel eingeführt werden. Die Schulkinder der ärmeren Gemeindemitglieder sollen auf Kosten der Gemeinde verpflegt werden, damit sie nicht mit hungrigem Magen die Schule besuchen müssen. Das hungernde Kind kann dem Unterricht nicht mit der erforderlichen Frische folgen. Die Verpflegung der Kinder darf den Eltern aber nicht als Armenunterstützung angerechnet werden.

Durch die Anstellung von Schulärzten soll eine regelmäßige Prüfung und Untersuchung des Gesundheitszustands der Schulkinder stattfinden, sowie eine Beaufsichtigung der Schulklassen, der Schuleinrichtungen, der Heizung und der Ventilation. Bei Neubauten von Schulhäusern ist das Gutachten des Schularztes einzuholen. Die Schülerzahl der einzelnen Klassen muß auf eine mäßige Höhe festgesetzt sein, die einen gedeihlichen Unterricht ermöglicht. Für geistig schwach veranlagte Kinder müssen besondre Klassen unter der Leitung erfahrener Lehrer eingerichtet werden. Durch Ortsstatut ist die Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder zu verbieten. Das Kind gehört nach beendigtem Unterricht auf den Spielplatz, wo es sich austummeln soll, damit es gedeihe an Körper und Geist. Die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft schadet dem Wachstum der Kinder und muß unter Umständen ein frühes Siechtum zur Folge haben. Durch die Errichtung von Fortbildungsschulen für beide Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre sollen die Kenntnisse der Schüler befestigt und erweitert werden. Der Unterricht muß jedoch an Wochentagen während der Arbeitszeit stattfinden, und nicht in den Ueberstunden, wo die jungen Leute von der Tagesarbeit ermüdet sind, aber auch nicht des Sonntags, denn dieser Tag gehört der Erholung. Die Errichtung von Volksbibliotheken soll jedem Gemeindemitglied Gelegenheit geben, sein Wissen zu vervollkommnen und seine Mußestunden durch unterhaltende und belehrende Lektüre nützlich auszufüllen.

Das sind die Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Schule, die jede Gemeinde zu erfüllen hat. Sind einzelne Gemeinden finanziell nicht dazu im stande, so muß der Staat helfend eingreifen. Werden Millionen für militärische und sonstige kulturwidrige Zwecke verwandt, Millionen für die Unterhaltung der höheren Schulen ausgegeben, so können wohl auch einige Brosamen für die Verbesserung der Volksschule von des Staates Tische fallen.

Auf dem Gebiete der

Kranken- und Gesundheitspflege

liegt besonders in den Landgemeinden noch vieles im Argen. Auch die kleinste Gemeinde hat ihr Hauptaugenmerk zu richten auf die Erbauung von Krankenhäusern, die unentgeltlichen Desinfektion von Wohnungen, Möbeln und Kleidungsstücken, der Errichtung öffentlicher Badeanstalten und Schulbäder, sowie auf eine durchgreifende Wohnungshygiene. Mit den Wohnungsverhältnissen auf dem Lande sieht es recht traurig aus. Diesem Elend muß die Gemeinde entgegentreten durch den Erlaß eines Ortsstatuts, das bestimmte Vorschriften über die Beschaffenheit der Wohnungen, den erforderlichen Luftraum, über Licht und Ventilation enthält. Der Bau von Mietskasernen ist zu untersagen und bei der Bauerlaubnis ist streng auf die Einhaltung der ortsstatutarischen Vorschriften zu achten.

Die

Armen- und Waisenpflege

ist eine sociale Pflicht der Gemeinde. Unsre Vertreter sollten sich bemühen, in die Armenkommissionen gewählt zu werden. Hier ist viel Arbeit für uns, denen der Arme als Mensch gilt. Die Armenunterstützungen müssen anständig bemessen sein. Es muß streng darauf geachtet werden, daß die Armenhäuser im Gemeindebezirk errichtet werden und nicht außerhalb desselben, denn dann liegt die Absicht nahe, die Armen auf eine bequeme und billige Art abzuschieben.

Die Gemeinde hat weiter für das körperliche und geistige Wohlergehen der Waisenkinder zu sorgen. Wir haben dahin zu wirken, daß die Waisen in der Privatpflege nicht als Ausbeutungsobjekte betrachtet werden.

Bei der

Ausführung von Gemeinde-Arbeiten

haben wir gewissenhaft zu prüfen, ob es für die Gemeinde nicht von Vorteil ist, die Arbeiten auf eigne Rechnung auszuführen, um den Unternehmergewinn der Gemeindekasse zu erhalten.

Werden Gemeinde-Arbeiten oder -Lieferungen in Submission vergeben, so ist mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß dieselben nur an solche Unternehmer vergeben werden, die sich kontraktlich verpflichten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in Gemeinschaft mit den Fachorganisationen der Arbeiter festzusetzen. (Zuruf: Streikklausel!) Zu meinem Bedauern habe ich vernommen, daß ein socialdemokratischer Gemeindevertreter für die Streikklausel eingetreten ist, und zwar nicht in einer Landgemeinde, sondern in einer städtischen Gemeinde ganz nahe bei Berlin. Das ist ganz unzulässig. Wir müssen unbedingt darauf dringen, daß die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften streng inne gehalten werden. Durch Ortsstatut muß ferner bestimmt werden, daß an Mitglieder der Gemeindevertretung keine Arbeiten oder Lieferungen für die Gemeinde vergeben werden. Das ist schon einfachste Anstandspflicht.

Für die im Gemeindedienst stehenden Arbeiter und Beamten ist angemessene Bezahlung und Arbeitszeit — nicht über acht Stunden — zu verlangen. Ebenso sind für die Gemeinde-Arbeiter Pensions-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskassen zu errichten und die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherung in Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht der Gemeinde-Arbeiter darf in keiner Weise beschränkt werden.

In Gemeinden, in denen fast ausschließlich Fabrikarbeiter, Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge ihre Beschäftigung haben, ist durch immer wiederholte Anträge die

Errichtung von Gewerbegerichten

zu erwirken.

Wie wenig die Arbeiter die Wichtigkeit des Gewerbegerichts noch kennen, zeigt ein Vorfall in Reinickendorf, einer Gemeinde von 14 000 Einwohnern bei Berlin, nicht etwa in Ostpreußen. Dort hat die Gemeindevertretung die Errichtung eines Gewerbegerichts beschlossen — und kein Arbeitnehmer hat von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht, so daß der Regierungspräsident 6 Beisitzer ernennen mußte. Und dabei sitzen in dieser Gemeindevertretung zwei Socialdemokraten. (Hört! hört!)

Neben diesen von mir skizzierten wichtigsten Aufgaben dürfen natürlich die übrigen Forderungen unsres Kommunalprogramms nicht in den Hintergrund treten. Wir haben stets darauf hinzuweisen, daß alle unsre Forderungen im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung erfüllbar sind, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre. Darum erlahmen wir nicht im Kampfe. Sind wir doch keine „vorübergehende Erscheinung", sondern eine Partei voller Lebenskraft, voller Ideale, die nicht ruhen wird, bis ihre Aufgabe erfüllt, ihr Ziel erreicht ist. (Beifall).

Eine Diskussion schließt sich nicht an das Referat.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die

Beratung der vorliegenden Anträge.

Die Agitationskommission für die Gemeindewahlen beantragt:

„Die Konferenz beauftragt die Kommission für die Gemeindewahlen, in zwei Jahren eine Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter des Königreichs Preußen einzuberufen".

Singer: Ich glaube, bei der Einmütigkeit, die unter uns herrscht, wird sich eine lange Beratung des Antrags erübrigen. Im Anschluß daran möchte ich noch einen Vorschlag machen. Wir haben vor zwei Jahren eine Kommission gewählt, der, nachdem einige Veränderungen eingetreten sind, die Genossen Bruhns, Borgmann, Glocke, Sonnenburg und Gerstenberger angehören. Wir werden gut thun, diese Kommission weiter bestehen zu lassen und sie auch für den Fall der Annahme des Antrags mit der Einberufung der Konferenz zu beauftragen. Es wird ferner nötig sein, auf der erweiterten Konferenz unser Programm einer erneuten Beratung zu unterziehen. Die Resolutionen sind ja als Teile des Programms anzusehen, wenn sie auch nicht formell darin stehen. Es ist aber wahrscheinlich, daß noch einige andre Punkte für das Programm in Betracht kommen. Deshalb ist es ratsam, die bestehende Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen Programm-Entwurfs zu beauftragen und ihr zu diesem Zweck das Recht der Kooptation zu geben. (Zustimmung.)

Freywaldt-Pankow bittet, die Kommission um zwei Mitglieder des Kreises Teltow-Beeskow zu verstärken. Außerdem sei es erwünscht, wenn die Kommission den Genossen mehr mit der Nachweisung von Referenten an die Hand ginge.

Gruhl-Nowawes hält die Berücksichtigung der Genossen aus Provinzstädten für notwendig, damit nicht immer nur Berlin und die Vororte berücksichtigt werden.

Hoffmann-Berlin ersucht, es bei dem Vorschlage Singers zu belassen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Trautmann-Weißensee beantragt, die Tagesordnung der Konferenz künftig 8 Wochen vorher bekannt zu geben.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Entsprechend dem Vorschlage Singers wird die bestehende Kommission, ausgestattet mit dem Rechte der Kooptation, mit der Vorbereitung der über zwei Jahre stattfindenden Gemeindevertreter-Konferenz für Preußen beauftragt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Singer teilt mit, daß im Laufe des Nachmittags einige städtische Einrichtungen besichtigt werden sollen. Zunächst eine Gemeindeschule in der Dunckerstraße, die die von uns geforderten Einrichtungen hat: Schulbäder, Kochschule, Volksbibliothek und Lesehalle. Ferner soll eine der hiesigen Gasanstalten besucht werden, um den Betrieb und die technischen Einrichtungen einer gut geleiteten Anstalt kennen zu lernen. Schließlich soll dem von privater Seite unterhaltenen Männerasyl für Obdachlose in der Wiesenstraße ein Besuch abgestattet werden. Bedauerlich ist, daß das städtische Obdach nicht allen berechtigten Anforderungen entspricht. Die Führung hat Stadtv. Borgmann-Berlin.

Es folgt die

Schlußrede

Singers: Wir stehen am Ende unsrer diesmaligen Arbeit. Meine gestrige Mitteilung, daß einige 70 Teilnehmer sich hier eingefunden haben, kann ich zu meiner Freude dahin ergänzen, daß nach der Eintragung in die Präsenzliste 93 Personen an den Verhandlungen teilgenommen haben. Das ist ein Fortschritt, mit dem wir zufrieden sein können. Unzweifelhaft wird im Laufe der Zeit die Teilnahme an den kommunalen Arbeiten innerhalb der Socialdemokratie noch viel mehr wachsen und damit auch die Teilnahme an diesen Besprechungen, in denen Ziel und Art dieser Thätigkeit festgesetzt wird. Ich hätte dieser Konferenz gern mitgeteilt, wie viel socialdemokratische Gemeindevertreter wir in der Provinz Brandenburg haben. Eine genaue Feststellung ließ sich aber nicht treffen. Eine vorläufige Umfrage ergab, daß etwa 130 socialdemokratische Gemeindevertreter in der Provinz Brandenburg vorhanden sind. Wahrscheinlich ist diese Zahl aber noch zu niedrig gegriffen. Es wird die Aufgabe der Kommission sein, statistisches Material hierüber und über die Zahl unsrer Gemeindevertreter in Preußen bis zur nächsten Konferenz zu beschaffen.

Die Verhandlungen dieser beiden Tage waren ein lebendiger Beweis dafür, wie rege sich die Socialdemokratie an den Gemeinde-Arbeiten beteiligt. Ohne jede Ueberhebung kann ich aussprechen, daß die Diskussion sich auf der gebührenden Höhe bewegt hat. Sie zeigte, wie tief unsre Vertreter in die Verhältnisse ihrer Gemeinden eingedrungen sind, und welches Verständnis, welch ernster Wille sie beseelt, auch innerhalb der Gemeinde ihrer socialdemokratischen Ueberzeugung vollen Ausdruck zu geben. Die Gemeinden sollen nicht wirtschaftliche Veranstaltungen der Bourgeoisie, sondern sociale Gemeinschaften sein, die der Wohlfahrt aller dienen. Das ist unser Ziel. Das schöne Wort Johann Jakobys: Einer für alle ist Menschenpflicht, alle für einen ist Menschenrecht, das ist der Grundsatz, von dem wir uns leiten lassen. Wenn wir auch nicht verkennen, daß diese Kleinarbeit neben der Mühe und der innerhalb der heutigen Verhältnisse recht geringen Aussicht auf Erfolg eine ganz besondere Liebe und Thätigkeit erfordert, so muß auf der andren Seite doch in uns der unerschütterliche Entschluß immer und immer wieder zum Ausdruck kommen, daß wir auch in der Gemeinde nichts andres sein dürfen als Socialdemokraten. Wir müssen auch in der Gemeinde unser großes Ziel propagieren, und wenn wir in der Gemeinde nichts andres ausrichten könnten, als Tag für Tag und Jahr für Jahr auf die Niederträchtigkeit der bestehenden Verhältnisse hinzuweisen, so hätten wir unsre Schuldigkeit gethan. (Beifall.) Die Dinge liegen aber nicht so schlimm, wir können vollständig im Rahmen unsrer Grundsätze auch heute schon für Verbesserungen innerhalb der Gemeinden sorgen. Und wir alle dürfen uns wohl des Erfolges rühmen, daß unsre Thätigkeit nicht nutzlos gewesen ist, sie ist aber nur deshalb nicht nutzlos gewesen, weil wir bemüht gewesen sind, in voller Reinheit das socialdemokratische Programm aufrecht zu erhalten — und nicht etwa aus Freude über einen kleinen Erfolg unsere Grundsätze zu verwässern.

So sehr wir dafür eintreten müssen, mit Erfolg in den Gemeinden zu arbeiten, so müssen wir uns doch stets darüber klar sein,

daß wir lieber auf einen Erfolg als auf unsre socialdemokratische Ueberzeugung zu verzichten haben. (Sehr wahr!) Erfolge auf Kosten unsrer Grundsätze wollen wir nicht. (Beifall.)

Wir verkennen gewiß nicht die schwierige Lage unsrer Genossen in kleinen Gemeinden, aber auch hier läßt sich viel machen. Wenn gestern gesagt wurde, der Referent müßte auch gleich das Geld zur Durchführung seiner Vorschläge mitbringen, so erwidere ich, wir müssen uns von dem Gefühl losmachen, daß wir es sind, die die Geldmittel nachzuweisen haben. Nein, so stehen die Dinge nicht. Unser ganzer wirtschaftlicher und politischer Kampf basiert ja auf der Erkenntnis, daß die durch die ausgebeutete Arbeiterklasse erzeugten Werte von einer verschwindenden Minderheit und zum größten Teil im Interesse dieser Minderheit verwendet werden. Deshalb können wir auch in den Gemeinden verlangen, daß die durch Besitz und Eigentum Bevorzugten die Mittel für die Durchführung socialer Reformen aufbringen, und reichen deren Mittel nicht aus, so müssen die Wohlhabenden im Reich und Staat eintreten. Ich hoffe, daß auch diese Konferenz einen Fortschritt für unsre Arbeit in den Gemeinden bedeutet und daß unsre Bewegung immer weiter wachsen wird. Wir erachten es als unsre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Gedanke des Socialismus auch in praktischer Beziehung die Gemeinden durchdringe. Wo wir auch kämpfen, im Reichstag, in den Einzelstaaten, auf den Rathäusern, überall muß das socialdemokratische Ziel der Leitstern für uns sein und wenn diese Konferenz dazu beigetragen hat, diese Auffassung zu festigen, so können wir zufrieden sein und auseinandergehen mit dem festen Vorsatz, weiter zu kämpfen für die Socialdemokratie, zu kämpfen für die Befreiung des Proletariats. Diesen Vorsatz bekräftigen wir immer wenn wir auseinander gehen, mit dem Ruf: Die Socialdemokratie lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen begeistert dreimal in den Ruf ein).

Ich schließe die Verhandlungen.

Schluß 1 Uhr.

Lokales.

Freie Volksbühne. Sonntag: 2¾ Uhr (2 Vorstellungen) Carl Weiß-Theater, 2. Abteilung, Lumpacivagabundus. Lessing-Theater, 5. Abteilung, Bund der Jugend. Dienstag: 2¾ Uhr (2 Vorstellungen) Carl Weiß-Theater, 3. Abteilung, Lumpacivagabundus. Lessing-Theater, 6. Abteilung, Bund der Jugend.

Der Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller

für 1900 ist erschienen. Der Bericht enthält auch diesmal eine Menge statistischen Materials, dessen Wert zu prüfen und zu würdigen in einer kurzen Notiz ganz unmöglich ist. Die Stellung des Vereins zu den wirtschaftlichen Fragen ist selbstverständlich durch das Eintreten für die Handelsvertragspolitik auf bisheriger Basis und durch eine scharfe Abwehr der agrarischen Wuchergelüste präcisiert; um aber bei den Regierenden nicht anzustoßen, liebäugelt der Verein zu gleicher Zeit mit dem für die Ausbreitung des Handels völlig wertlosen, wenn nicht gar hinderlichen Weltmachtskoller. Die allgemeine Rückschau auf die Verhältnisse des Berichtsjahrs schließt mit nachfolgender Betrachtung:

„Ermöglicht ist diese seit dem Jahre 1894 ununterbrochen andauernde Steigerung unsres Absatzes auf den ausländischen Märkten, die unsre Ausfuhr von drei Milliarden Mark im Jahre 1894 auf schätzungsweise 4,5 Milliarden Mark im Laufe des Berichtsjahrs gehoben hat, ausschließlich durch die in den Handelsverträgen gegebene stabile Grundlage für den auswärtigen Handel. Die „nationale Arbeit", die in 4½ Milliarden Mark deutscher Ausfuhrwaren verkörpert ist, hat für die gesamte deutsche Volkswirtschaft keine geringere Bedeutung und demgemäß kein geringeres Anrecht auf Schutz und Berücksichtigung als diejenigen Zweige der deutschen Produktion, die mit Vorliebe das Schlagwort vom Schutz der nationalen Arbeit für ihre Sonderinteressen in die Wagschale werfen. Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands wird wesentlich davon abhängen, ob durch eine Fortsetzung der Politik der Handelsverträge unserm auswärtigen Handel seine Existenzbedingungen erhalten bleiben, oder ob man es wirklich unternimmt, die Axt an eine der Wurzeln des nationalen Wohlstands zu legen. Nicht nur in wirtschaftlicher, auch in politischer Beziehung würden die Folgen verhängnisvolle sein; denn von unsrer wirtschaftlichen Bedeutung hängt in großem Umfang unsre politische Weltstellung ab. Weltmachtspolitik ohne wirtschaftliche Weltpolitik ist nicht nur zwecklos, sondern auch undurchführbar. Nur eine wirtschaftliche Weltpolitik, die frei ist von aller Kurzsichtigkeit und von aller Rücksicht auf Sonderinteressen vermag der Deutschen Intelligenz und Arbeit das freie Feld zu sichern, das zur weiteren Entfaltung unsrer Volkswirtschaft groß genug ist, und vermag unser Volk in Stand zu setzen, die großen Lasten zu tragen, die ihm auferlegt werden durch die Notwendigkeit, unsren Rang unter den Weltmächten und unsren „Platz an der Sonne" zu behaupten."

Ob das die Neigung zur Brotwucherpolitik, die oben vorhanden, dämpfen wird?

Ueber die Erscheinungen auf socialpolitischem Gebiet geht der Bericht aufgehobenen Fußes hinweg. Wo aber eine Aeußerung über Fragen dieser Art nicht zu umgehen ist, wird selbstverständlich der Vorteil des Unternehmertums für das Maßgebende gehalten. Ein von der Behörde eingefordertes Gutachten über die „Lage des Berliner Arbeitsnachweisewesens" spricht sich in Wahrung einer früheren Anschauung zwar lauwarm für paritätische Arbeitsnachweise aus, meint aber, nachdem auf angeblich ungünstige Erfahrungen der Scharfmacher mit den von Arbeitern geleiteten Nachweisen hingewiesen ist, daß eine unmittelbare Anteilnahme staatlicher Organe bei der Verwaltung nicht empfehlenswert sei, da diese Anteilnahme bei den vielfach zugespitzten Verhältnissen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern die bisherige gedeihliche Entwicklung der paritätischen Arbeitsnachweise beeinträchtige. Wir lassen es dahingestellt, ob der Verein bei Kundgebung dieses Urteils von der Anschauung ausgegangen ist, daß unter dem 12 000 Mark-Kurs eine Regierung gar nicht anders könne, als bei der Anteilnahme am Arbeitsnachweis durch plumpes Eintreten für die Unternehmerinteressen die Arbeiter zu brüskieren.

Auch die Frage der Gewährung von Sitzgelegenheiten für weibliche Verkäuferinnen ist auf behördliche Aufforderung hin vom Vereinsvorstand begutachtet worden. Dabei leisteten die Herren sich den mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuß stehenden Rapport, daß die beteiligten Verkehrskreise sich längst auf die Bundesrats-Verordnung eingerichtet und ihre Berechtigung bereitwilligst anerkannt hätten.

Bekanntlich mußte seiner Zeit ein privates Damenschutzkomitee den vollständigen Mißerfolg ihrer auf das gute Herz der Ladeninhaber aufgebauten Agitationsbestrebungen konstatieren.

Um auch den Humor zu seinem Recht kommen zu lassen, teilen wir noch mit, daß der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sich auch mit dem Antrag zu beschaffen hatte, bei den preußischen Behörden vorstellig zu werden, daß Arbeitern und Angestellten von Geschäftsbetrieben nach einer 25jährigen ununterbrochenen treuen Dienstleistung in demselben Betriebe von Staats wegen ein tragbares Ehrenzeichen verliehen werde. Die Befürwortung des Antrags wurde abgelehnt, und zwar weniger weil verständige Arbeiter für derartige Kinkerlitzchen keinen Sinn haben, als „weil man dem Staate billigerweise nicht zumuten könne, diejenigen, die seine Grundlagen verneinen andrerseits als besonders verdienstvolle Bürger nach außen hin kenntlich zu machen.

Der Staat des Zuchthauskurses und des Zwölftausendmarkbettels muß es als ein ungemein liebenswürdiges Kompliment für seine socialreformatorischen Leistungen betrachten, wenn die Industriellen es für ganz selbstverständlich halten, daß sogar das Musterexemplar eines in 25jähriger Treue bewährten Arbeiters die Grundlagen des Staats verneinen muß!

Der Wert des Staats der Sozialreform für die arbeitende Bevölkerung ist mit diesem Unternehmerurteil, wie jeder Einsichtige zugeben muß, allerdings verblüffend richtig eingeschätzt.

Hat die Große Furcht bekommen? Gestern morgen veröffentlichten bürgerliche Blätter eine Zuschrift der Straßenbahn-Direktion, in der diese sich abermals wegen der an den Angestellten verübten Provokationen entschuldigt. Es wird wie neulich schon der Wortbruch, der in dem neuen Dienstvertrag liegt und die schwere materielle Schädigung, die er für die Angestellten bedeutet, mit keinem Worte erwähnt und gethan, als ob der Vertrag die loyalste Erfüllung der in Gegenwart des Oberbürgermeisters gegebenen Versprechungen bedeute. Auch sei, so heißt es in der Zuschrift, der Vertrag nunmehr nach Anhörung (!) der gewählten Vertrauensmänner der Angestellten erlassen und werde demnächst jedem Angestellten in einem Exemplar ausgehändigt werden.

So die Mitteilung von gestern morgen, die den neuen Vertrag bereits als vollendete Thatsache behandelt, der sich die Arbeiter nach der Parole „Maul gehalten" zu fügen hätten.

Inzwischen muß der Direktion die selbstverständliche Mißstimmung der Angestellten doch nicht recht geheuer vorgekommen sein. Denn gestern abend wurde folgende Zeitungsmeldung verbreitet:

Die Beschwerdekommission der Straßenbahn-Angestellten wurde gestern im Auftrage der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft von dem Ministeraldirektor a. D., Micke, empfangen. Derselbe war der Kommission gegenüber sehr entgegenkommend und machte ihr die Mitteilung, daß der letzte Vertragsentwurf für die Angestellten, der in den einzelnen Bestimmungen allerdings nicht ganz klar sei, nicht aufrechterhalten werde. Augenblicklich sei ein neuer Vertrag in Bearbeitung, dessen Einzelheiten die den Angestellten gegebenen Zusicherungen gewährleiste. Auch die Frage der Bewilligung eines freien Tags in der Woche wurde von der Kommission angeregt, und Direktor Micke erklärte ausdrücklich, daß die diesbezüglichen Bestimmungen strikte innegehalten werden sollen. Es könnten allerdings Fälle eintreten, sei es, daß durch Erkrankung einer überaus großen Zahl von Beamten oder durch ausnahmsweise starke Betriebstage die freien Tage nicht innegehalten werden könnten, in solchen Ausnahmefällen aber träten die Entschädigungs-Paragraphen in Kraft. Herr Regierungsrat Micke entließ die Kommission mit der Zusicherung, daß die Vereinbarungen vom 21. Mai 1900 unter allen Umständen für jegliche Verkehrsbestimmungen maßgebend bleiben würden.

Worauf diese anscheinend ebenfalls von der Direktion ausgehende Mitteilung hinaus soll, ist nicht ganz klar. Möglich, daß die beschwichtigenden Zusicherungen von der Furcht eingegeben sind, möglich auch, daß eine neue, vielleicht etwas weniger plumpe Vergewaltigung der Angestellten geplant wird. Auf alle Fälle haben diese auch unter der neuesten direktionellen Politik der Ordre und Desordre die Augen offen zu halten.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Auf Vortrag des Stadtbaurats Hoffmann genehmigte der Magistrat die Entwürfe zum IV. städtischen Krankenhause an der Seestraße und die besonderen Entwürfe zur Be- und Entwässerungsanlage in Höhe von 260 000 M., zu den Dampfschornsteinen und Rauchkanälen in Höhe von 50 000 M., zum Dampfrundstrang-Kanal mit den Rohrleitungen in Höhe von 435 000 M. und für die maschinellen Anlagen in Höhe von 604 000 M. Die Schornsteine werden eine Höhe von 50 Meter erreichen.

Der Magistrat genehmigte ferner eine Vorlage, die der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme zugehen wird, zur Einführung eines neuen Systems der Straßenreinigung und Besprengung. Zugleich soll der Antrag gestellt werden, den Betrag von 52 540 M. in den Etat aufzunehmen zur Beschaffung von neuen Sprengwagen und Kehrmaschinen.

Der vom Stadtbaurat Krause vorgelegte Entwurf zur Erbauung einer massiven Brücke im Zuge der Manteuffelstraße über die Spree ist vom Magistrat genehmigt worden. Die Baukosten sind veranschlagt auf 1 100 000 M., wozu noch etwa 90 000 M. Grunderwerbskosten kommen für die Anrampungen. Die gesammten Baukosten dürften 3 Millionen Mark übersteigen.

Außerdem hat der Magistrat, nachdem vorher schon die Baudeputation und Parkdeputation dem vom Herrn Stadtbaurat Krause aufgestellten Plane für die Umgestaltung der Straße Unter den Linden ihre Zustimmung gegeben hatten, sich gestern mit diesem Entwurf einverstanden erklärt und wird die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen. Die Beschlußfassung, ob die auf Grund des Entwurfs veranschlagten Kosten von 835 000 M. in den Etat von 1901 eingestellt werden sollen, wird erst bei der Etatberatung erfolgen. Der Plan zur Begründung einer städtischen Central-Bibliothek im Anschluß an die bestehenden Bibliotheken ist einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Der Bevölkerungszuwachs Berlins im letzten Jahrfünft ist nicht nur bedeutend größer als der im vorletzten, er ist auch wesentlich anders zu stande gekommen. Die Berliner Bevölkerung wuchs vom 1. Dezember 1890 bis zum 2. Dezember 1895 von 1 578 794 auf 1 677 304, also um nur 98 510 Köpfe. In diesem Zeitraum belief sich die Zahl der Geborenen (einschließlich Totgeborene) auf 256 555, die der Gestorbenen (einschließlich Totgeborene) auf 174 362, mithin der Geburtenüberschuß auf 82 193. Auf den Ueberschuß aus der Zuwanderung kamen demnach von dem gesamten Bevölkerungszuwachs nur 16 317 Köpfe. Vom 2. Dezember 1895 bis zum 1. Dezember 1900 wuchs die Bevölkerung, wenn für die diesjährige Zählung das vorläufige Ergebnis zu Grunde gelegt wird, von 1 677 304 auf 1 884 345, d. h. um rund 207 000 Köpfe. In diesem Jahrfünft betrug die Zahl der Geborenen (einschl. Totgeborene) etwa 255 000, die der Gestorbenen (einschl. Totgeborene) ziemlich 170 000, also der Geburtenüberschuß rund 85 000. Die Zahlen weichen von den entsprechenden des vorletzten Jahrfünfts nicht sehr erheblich ab. Der Wanderungsüberschuß dagegen belief sich diesmal auf rund 122 000, das ist sieben- bis achtmal soviel wie der Wanderungsüberschuß des vorhergehenden Jahrfünfts. Das Jahrfünft 1895 bis 1900 ähnelt in dieser Hinsicht dem Jahrfünft 1885—1890, das einen Bevölkerungszuwachs von 263 507 brachte, darunter 76 965 Geburtenüberschuß und 186 522 Wanderungsüberschuß.

Die alte Klage. Zu der kürzlich vom Magistrat in einer seiner Vorlagen zugegebenen Ueberfüllung der städtischen Kranken- und Siechenhäuser gesellt sich die starke Besetzung der unter städtischem Patronat stehenden Hospitäler und Altersversorgungs-Anstalten. Der neueste Jahresbericht über die Verwaltung dieser Anstalten enthält über diesen Punkt wieder die alten Klagen. Am schlimmsten wird der Mangel an Stellen in der Altersversicherungs-Anstalt der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung empfunden. Die Zahl der vorgemerkten Anwärter ist beständig gewachsen, Stellen werden aber nur selten frei und können immer nur mit den ältesten Bewerbern besetzt werden. Das Statut läßt 60 Jahre als das niedrigste Aufnahmealter zu, aber von den im März d. J. in der Anstalt befindlichen Insassen stand der jüngste bereits im 65. Lebensjahre. Wer sich als 60jähriger meldet, darf also noch nicht zu weit heruntergekommen sein, sonst erlebt er die Aufnahme nicht mehr. Selbst Bewerber von 70 Jahren und darüber müssen auf später vertröstet werden. Unter den im letzten Jahre Aufgenommenen waren solche, die bereits im 80., 81., 83., 84. Lebensjahre standen.

Vom Uebermut der Hausbesitzer. Nach der soeben erschienenen, von den Hausbesitzervereinen in Berlin und einer Reihe von Vororten herausgegebenen allgemeinen „Schutzliste", welche die bisherigen einzelnen Listen zusammenfassen und ergänzen soll, sind, so schreibt die „Volks-Ztg.", circa 4300 Mieter geächtet. Bei einer großen Zahl von diesen laufen sicherlich die Mietskontrakte zum 1. April ab, und bei dem festen Zusammenschluß der Hausbesitzer — den Mietern fehlt es noch immer an einer wirksamen Organisation — läßt sich voraussehen, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz der in den „schwarzen Listen" Befindlichen nicht wieder eine Wohnung wird erlangen können; sind doch die Hauswirte bei den gegenwärtigen Verhältnissen in der Lage, in aller Ruhe eine sehr rigorose Auswahl unter den Leuten zu treffen, die sie gegen Zahlung einer enormen Miete in ihre Häuser aufnehmen wollen. Von den sämtlichen Mietern, deren Namen sich in der allgemeinen „Schutzliste" befunden, sind übrigens nur 195 von verschiedenen Seiten angemeldet worden, die übrigen wurden nur von einem einzigen Hauswirt auf die Proskriptionsliste gesetzt. Schon die Thatsache, daß jemand seine Möbel auf Leihkontrakt entnommen hat oder unpfändbare Sachen besitzt — dies ist auch bei vielen soliden „kleinen Leuten" der Fall — ist ausreichend, ihn für vogelfrei zu erklären!

Der Weihnachtspäckereiverkehr hat nach der soeben von der kaiserlichen Ober-Postdirektion gefertigten Hauptübersicht in diesem Jahre wieder beträchtlich zugenommen. Als Weihnachtszeit gelten die Tage vom 12. bis einschließlich 26. Dezember. In diesen 14 Tagen sind nahezu 2 Millionen Postpakete in Berlin bearbeitet worden. Aufgegeben wurden 1 209 816 Stück, eingegangen sind 695 883 Stück, zusammen 1 905 699 Pakete. Es bedeutet dies eine weitere Steigerung von 43 283 Paketen gegen das letzte Jahr. Beschäftigt wurden im Postbetrieb Berlins (ohne die Telegraphen- und Fernsprechämter) während der Weihnachtszeit insgesamt 12 567 Personen, und zwar 2938 Beamte, 4177 Unterbeamte, 2934 Postboten, 678 militärische und 1730 bürgerliche Aushelfer.

Nachklänge zum Prozeß Sternberg. Die „Staatsb.-Ztg." meldet: Aus Anlaß der Mitteilungen über die Thätigkeit des Fräulein Platho in Sachen Sternbergs, die sich auf Beeinflussung der Begnadigungs- bezw. Revisionsinstanz richtete, ist nunmehr gegen „Platho und Genossen" Anklage wegen Beleidigung erhoben worden. Termin zur Hauptverhandlung ist auf den 14. Januar 1901 anberaumt.

Mit großem militärischen Pomp ist gestern die Leichenfeier für den Generalfeldmarschall Grafen von Blumenthal begangen worden.

Der Kriminalschutzmann Stierstädter hat, wie berichtet wird, sofort nach Beendigung des Prozesses Sternberg den Dienst wieder aufgenommen. — Die Untersuchung gegen den verstorbenen Polizeidirektor v. Meerscheidt-Hüllessem ist, wie ein Berichterstatter wissen will, durch den Tod des Beamten keineswegs eingestellt worden; sie wird schon im Interesse der Verwandten des Verstorbenen, wie auch der Polizei selbst weitergeführt.

Ein kerniges Deutsch scheint das hiesige Bank- und Agenturgeschäft von Priez u. Co. in seinen Geschäftsbriefen zu führen. Ein Hausbesitzer in Meißen hatte, wie das „Meißner Tagebl." zu berichten weiß, sich mit einem Darlehnsgesuch an dies Geschäft gewendet und die erforderlichen Grundstückspapiere eingesandt. Nachdem einige Zeit verstrichen war und weder das Geld noch die Papiere kamen, ersuchte der Hausbesitzer um Rücksendung der Papiere. Die Bankfirma verlangte vorher 40 M. Informationsgebühren. Der Hausbesitzer wandte sich an die Berliner Staatsanwaltschaft und teilte dies der Bank mit, die nun die Papiere mit folgendem Begleitschreiben zurücksandte: „Herrn R. R. Antwortlich Ihrer frechen Karte von heute machen wir Sie flegelhaften Patron darauf aufmerksam, daß wir Ihnen von vornherein mitgeteilt haben, daß es uns noch niemals beigefallen ist, für irgend welche faule, uns unbekannte, zahlungsunfähige Darlehnssucher umsonst zu arbeiten. Wenn Sie unser Prüfungs- resp. Arbeitshonorar nicht zahlen wollten oder konnten, durften Sie unsre Firma nicht mit Ihrem faulen Antrage belästigen und uns durch denselben um Zeit und Geld prellen. Wir haben wahrlich mehr zu thun, als uns mit irgend welchem zweifelhaften Schnapsverkäufer zu beschäftigen. Wie Sie in Ihrem Auftragbriefe selbst zugestehen, sind Sie durch einen unsrer Vertreter zur Uebersendung der Papiere veranlaßt worden und hat Ihnen derselbe zweifellos unsren Prospekt unterbreitet, aus dem selbst der dümmste polnische Bauer herauslesen kann, daß er ein Prüfungs- und Arbeitshonorar zu zahlen hat. Bis jetzt ist uns nicht bekannt gewesen, daß das sächsische Rindvieh noch weniger Intelligenz besitzt als das russisch-polnische. Dagegen ist uns bekannt, daß wir in Ihnen einen Mann vor uns haben, der durch den fortgesetzten Verkehr mit Spiritus den Umgang mit anständigen Personen vollständig verlernt zu haben scheint. Achtungsvoll Bank- und Wechselgeschäft M. Priez u. Co."

Nach der kernigen Sprache zu urteilen, haben wir es hier am Ende mit dem Bankier des Grafen Pückler zu thun.

Eine Senkung des Mitteljochs der Adalbertbrücke verursachte Donnerstag eine Störung des Wagenverkehrs. Schon am Nachmittag wurde beobachtet, daß der Mittelflügel der Aufzugbrücke sich gesenkt hatte. Der Belag gab immer weiter nach und gegen 7 Uhr abends betrug die Senkung schon über einen Zoll. Eine Belastungsprobe mit einem leeren Motorwagen der Straßenbahn ergab ein weiteres Eindrücken des Jochs. Die Brücke wurde daher für den Wagenverkehr gesperrt, während der Straßenbahn-Betrieb durch Umsteigen aufrecht erhalten wurde. Noch am Abend wurden die Reparaturarbeiten in Angriff genommen und derartig gefördert, daß die Brücke gestern früh wieder dem Verkehr übergeben werden konnte.

Zwei schwere Unfälle bei der Arbeit werden vom gestrigen Nachmittag gemeldet. Der 34jährige Maler Gustav Fränkel aus der Gneisenaustraße 109 besserte an dem Hause Unterbaumstraße 8, oben auf einer drei Meter hohen Leiter stehend, ein Geschäftsschild aus. Um weit ausholen zu können, lehnte er sich stark nach der Seite, verlor das Gleichgewicht und fiel mit der Leiter um. Der Verunglückte zog sich einen Bruch des Schädels und der rechten Schulter sowie schwere innere Verletzungen zu. Seine Arbeitsgenossen brachten ihn nach der nahe gelegenen Charité. — Der 22jährige Schlächter Johannes Winkler, der bei dem Meister Karbe in der Buttmannstraße beschäftigt ist, hatte ein Rind auszuschlachten. Dabei rutschte ihm ein sehr scharfes Messer aus und drang ihm in den Unterleib. Nachdem ein Arzt die starke Blutung gestillt hatte, wurde der junge Mann in ein Krankenhaus gebracht; man fürchtet, daß er sich Gedärme durchschnitten hat.

Ein netter Helfer. Dieser Tage wurde, wie wir mitteilten, ein 18jähriger Schlosser Otto Höhne der Kriminalpolizei überliefert, als er eine schwere goldene Uhr mit Kette zu versetzen suchte. Der Bursche behauptete, die Uhr redlich erworben zu haben, konnte aber nicht nachweisen, wie und wo das geschehen sein sollte. Nun hat sich herausgestellt, daß die Kriminalpolizei recht daran that, ihn festzuhalten. In den Uhrdeckel war, wie wir berichteten, innen der Name „Fr. Schäfer, Münster", eingegraben. Auf diese Mitteilung hin hat sich nun ihr Eigentümer gemeldet und die Angelegenheit aufgeklärt. Der Eigentümer, ein alter Rentner, bekam in der Bülowstraße einen Ohnmachtsanfall. Ein junger Mann, der sich in der Nähe befand, Otto Höhne, sprang hinzu und stellte sich so, als ob er dem alten Herrn Hilfe leistete. In Wirklichkeit aber benutzte er die Gelegenheit, dem Ohnmächtigen Uhr und Kette abzuknöpfen.

Ein Kirchenraub während des Gottesdienstes ist am ersten Feiertage in der Dorotheenstädtischen Kirche ausgeführt worden. Dort befinden sich in der Vorhalle zwei Opferbüchsen, deren Erträge für die Armen der Gemeinde bestimmt sind. Während des Abendgottesdienstes hat nun ein Dieb die Büchsen mit einem Stemmeisen oder ähnlichen Instrument erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Die Beute des Diebs dürfte nur gering gewesen sein, denn die Büchsen waren nach dem Vormittags-Gottesdienste geleert worden und können nur wenige von den Besuchern der Nachmittagstaufen und den Besuchern des Abend-Gottesdienstes herrührende Geldstücke enthalten haben.

Ein gefährlicher Brand kam Freitagabend gegen 6 Uhr in dem Lagerkeller des Kaufmanns Albert Seefeld in der Neuen

Friedrichstraße 74 zum Ausbruch. Am Tage hatte man im Keller Liqueure destilliert, wobei sich jedenfalls Gase gebildet hatten, die den ganzen Raum anfüllten. Als dann ein Hausdiener den Keller mit Licht betrat, erfolgte eine heftige Detonation und im Nu stand der Raum in Flammen. Dem Hausdiener war es noch gelungen, unversehrt das Freie zu gewinnen, als plötzlich noch eine zweite Explosion erfolgte, die auf ein mit explosiver Flüssigkeit gefülltes Faß zurückzuführen war. Die in mehreren Zügen anstürmende Feuerwehr fand eine gefährliche Situation vor, da mit noch weiteren Explosionen gerechnet werden mußte. Diese wurden indes durch energisches Wassergeben verhütet, und nach halbstündiger Arbeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. — Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch verschiedene kleinere Brände zu beseitigen, so Mehnerstr. 1, Oppelnerstr. 5, Michaelkirchstr. 23, Rüdersdorferstr. 27, Wolgasterstr. 9 und Köslinerstr. 5. Es waren durchweg unbedeutende Wohnungsbrände, die mit Leichtigkeit beseitigt wurden.

Von der Direktion des Passage-Theaters geht uns auf die gestern veröffentlichte Beschwerde eines Lesers folgende Mitteilung zu: 1. Bei der allein maßgebenden Stelle, der Direktion, ist eine Reklamation des Beschwerdeführers wegen Rückerstattung des Gelds nicht eingegangen, sonst wäre derselben, wie dies in ähnlichen Fällen bereits wiederholt geschehen, bereitwilligst entsprochen worden. 2. Am zweiten Feiertage mußten wegen zu großen Andrangs wiederholt die Kassen auf längere Zeit geschlossen werden und unter sothanen Verhältnissen können Irrtümer und Mißverständnisse durch untergeordnete Beamte vorgekommen sein. 3. Bei den sogenannten reservierten Plätzen handelt es sich nicht um reservierte Stühle, welche auf Stunden und Tage hinaus reserviert bleiben können, sondern um einen Raum, in welchem nach Maßgabe der vorhandenen, nicht numerierten Sitze Personen mit entsprechenden Eintrittskarten Einlaß finden. Es liegt im Wesen der Dauer-Vorstellungen, bei denen das Publikum fluktuiert, daß man Plätze nicht stundenlang unbenutzt lassen kann. Der Herr Beschwerdeführer sagt selbst, er habe mittags die Billets gelöst und abends alle Plätze besetzt gefunden. Dies kann eben täglich vorkommen. Für solche Fälle sind unsre Beamten dahin instruiert, den betreffenden Besuchern die Alternative zu stellen, entweder zu warten bis wieder Plätze frei werden, oder an einem andren Tage wiederzukommen; das Eintrittsgeld soll auch eventuell dem Betreffenden wiedergezahlt werden, falls er von den beiden Anerbieten keinen Gebrauch machen will. In dem vorliegenden Falle mag sich der betr. Herr an den Kassierer gewandt haben. Dieser ist aber zur Rückgabe des Geldes schon deshalb nicht ohne weiteres befugt, weil sonst eine Kontrolle unmöglich wäre.

Theater. Im Deutschen Theater geht am heutigen Sonnabend Otto Erich Hartlebens Offizierstragödie „Rosenmontag" bereits zum 50. Male in Scene; die erste Aufführung hat am 3. Oktober stattgefunden. Am Silvesterabend wird Gerhart Hauptmanns Diebskomödie: „Der Biberpelz" gegeben, am Dienstag, dem Neujahrsabend „Rosenmontag", am Neujahrstag-Nachmittag „Cyrano von Bergerac" mit Otto Sommerstorff und Theresina Gehner. — Im Apollo-Theater findet übermorgen Silvestervorstellung und am Dienstag vollständiger Repertoirwechsel statt. U. a. sind engagiert die Flammentänzerin Valentine Petit, die Cirkuskünstlerin Gerard und die Minstrels parisiennes. — Ebenfalls ist im Metropol-Theater Montag eine an Ueberraschungen reiche Silvestervorstellung.

In der Secessionsbühne bleibt auch für den Silvesterabend Lothar Schmidts Komödie „Der Leibalte" auf dem Repertoir. — Im Schiller-Theater beginnt die am Montag stattfindende Aufführung des Schwankes „Der Raub der Sabinerinnen" bereits um 7½ Uhr. — Ben Ali-Bey der orientalische Magier, ist hierher zurückgekehrt und hat mit der Direktion des Apollo-Theaters einen Vertrag abgeschlossen, laut welchem er an drei Nachmittagen der Woche und zwar Mittwoch, Sonnabend und Sonntags auf dieser Bühne, Familienvorstellungen veranstaltet. Für diese hat der Künstler ein anmutendes Programm zusammengestellt, welches in zwei Haupt- und zwei Nebenabteilungen, japanische Zauberspiele, ägyptische Magie, indische Fakirkünste und zum Schluß die frappierende Illusion „Adomey" bieten wird. Die erste dieser Vorstellungen findet Mittwoch, den 2. Januar, nachmittags 4 Uhr statt.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Den Parteigenossen steht das Lokal Lehmanns Seeschlößchen, Kaiser-Allee, nicht mehr zur Verfügung; man wolle diese Mitteilung berücksichtigen. Die Lokalkommission.

Die Mitglieder des socialdemokratischen Vereins, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, am Sonntag, den 30. Dezember, in Wittes Volksgarten, vormittags 9 Uhr, beim Hauptkassierer abzurechnen. Der Vorstand.

Unbegreifliche Massenbrandstiftungen sind in Spandau auf dem Güterbahnhof der Lehrter Eisenbahn vorgekommen. Am zweiten Weihnachtsfeiertag nachts brach, während Arbeiter nur an wenigen Stellen beschäftigt waren, in einer Weichenstellerbude Feuer aus. Als man mit dem Löschen der Flammen, die das Innere des Häuschen zerstörten, noch nicht fertig war, brannte es plötzlich an einer entgegengesetzten Stelle des weitausgedehnten Bahnhofsterrains in einem Schuppen, und so ging es die Nacht hindurch fort, bis man etwa ein halbes Dutzend Brände feststellen konnte, die indes jedesmal bald nach dem Entstehen erstickt wurden, ohne daß größerer Schaden angerichtet worden wäre. In jedem Fall war als Entstehungsursache vorsätzliche Brandstiftung mit Leichtigkeit zu konstatieren; der Thäter hatte überall Petroleum verschüttet und sodann das Feuer angezündet. Im Laufe der Brandnacht fiel es dem Personal auf, daß der Rangierer Sys immer der Erste an der Brandstelle war, wie er denn auch bald als der Entdecker des Feuers anerkannt wurde; er verschwand aber stets noch vor dem Ablöschen des Brands. Schließlich fiel auf ihn der Verdacht, daß er der Urheber des Brands gewesen. Er wurde verhaftet und hat, in die Enge getrieben, vor der Kriminalpolizei seine Thäterschaft in allen Fällen eingestanden. Es ist vollkommen unaufgeklärt, was den seit Jahren bei der Eisenbahn angestellten, verheirateten Mann, Vater von vier Kindern, zur Begehung der Verbrechen getrieben hat.

Reinickendorf. Der Nordbahnhof, mit dessen Fertigstellung bereits begonnen ist, wird auf der Nordseite des von hier nach Wilhelmsruh und Rosenthal führenden Wegs errichtet, von wo aus auch die Abzweigung der Bahn nach Liebenwalde an die Nordbahn erfolgt. Der Bahnsteig des neuen Bahnhofs wird im Verhältnis zu dem alten erheblich verbreitert, wie überhaupt die ganze Anlage im großen Maßstab hergestellt wird.

Zwei neue Straßenbahn-Verbindungen sind von der Großen Berliner Straßenbahn unsrer Gemeinde in Aussicht gestellt. Mit dem ersten Januar wird eine Linie Scharnweberstraße, Ecke Berlinerstraße—Kniesebeckstraße eröffnet, am 1. April eine Linie Spittelmarkt—Schäfersee.

Tegel. Mit dem 1. Januar 1901 wird in dem Fahrplan der Vorortzüge Berlin—Tegel eine wichtige Veränderung eintreten, die leider keine Verbesserung bedeutet. Laut einer Bekanntmachung der Eisenbahn-Direktion werden von dem genannten Termin an bis auf weiteres folgende Züge nicht mehr fahren: Nr. 161 (Berlin—Tegel, Abfahrt 4^{15}, Ankunft 4^{47} vorm.). Nr. 162 (Tegel—Berlin, Abfahrt 4^{52}, Ankunft 5^{30} vorm.). Nr. 191 (Berlin—Tegel, Abfahrt 10^{59}, Ankunft 11^{09} nachm.). Nr. 192 (Tegel—Berlin, Abfahrt 11^{17}, Ankunft 11^{50} nachm.).

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. Dezember, vormittags 8½ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung." — Um 10½ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Der Idealismus des Freidenkers". — Dienstag, den 1. Januar 1901, vorm. 10½ Uhr, ebendaselbst: Vortrag des Frl. Ida Altmann: An des Jahrhunderts Wende". Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Ein zwölfjähriger Boerenheld. Von einem Transvaalkrieger wird uns berichtet: Als wir im Juni dieses Jahres die englischen Gefangenen von Bronkhorstspruit nach Machodadorp transportierten, erzählte mir ein englischer Kolonel Namens Stewart, der den Transport seiner kaum wiederhergestellten Gesundheit wegen auf Ochsenwagen mitmachte, die Geschichte seiner Verwundung und Gefangennahme wie folgt: Ich befand mich damals mit hundert Infanteristen in Natal auf dem Marsche nach der Transvaalgrenze zu, um einige aufsässige Natalboeren zu „bestrafen". Die Gegend, in der wir uns befanden, war unsrer Meinung nach vollkommen sicher, und wir zogen daher sorglos und in guter Stimmung, ohne Patrouillen vorauszuschicken, unsres Wegs. Nach den neuesten Erfolgen voll von Hoffnung für die Zukunft, trabte ich auf meinem mageren Pferdlein, ein Liedchen trällernd, voraus. Da ertönt plötzlich aus nächster Nähe ein Schuß, und ich fühle gleichzeitig im rechten Arm einen stechenden Schmerz; ehe ich mich besinnen kann, fühle ich einen zweiten Schuß im rechten Oberschenkel und im Moment, wo ich mein Pferd herumwerfen will, einen dritten Schuß durch die rechte Wade, der zugleich mein Pferd zu Fall bringt, und zwar so unglücklich, daß ich unter das Tier zu liegen komme. Während ich mich vergeblich bemühe, mich unter dem Pferde hervorzuarbeiten, springt einer meiner Leute, die mittlerweile herangekommen waren, zu meiner Hilfe herbei, um sofort selbst mit einem Schuß in die Stirn tot niederzusinken. Ebenso geht es einem zweiten, einem dritten und vierten, und nachdem dem neunten dasselbe Schicksal ereilt hat, ergreift die übrigen eine Panik und sie machen sich entsetzt aus dem Staub. Kurz darauf tritt ein zwölfjähriger Boerenjunge hinter einer Klippe hervor, nimmt mich gefangen, hilft mir auf sein Handpferd und jagt mit mir davon. Allein und fern von jeglicher Hilfe hatte er es gewagt, einen Trupp von hundert Engländern anzugreifen und ihren Anführer gefangen zu nehmen. Wenn schon die Kinder solche Teufel sind, was ist dann erst von den Alten zu erwarten, schloß Kolonel Stewart seine Erzählung.

Witterungsübersicht vom 28. Dezember 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	750	SSO	3	Dunst	3	Haparanda	770	N	2	18 bed.	—20
Hamburg	746	SO	3	bedeckt	5	Petersburg	768	N	1	Schnee	—14
Berlin	750	SSW	2	wolkig	4	Cork	—	—	—	—	—
Frankf./M.	750	SW	4	Regen	8	Aberdeen	731	O	6	bedeckt	7
München	754	SO	5	bedeckt	4	Paris	—	—	—	—	—
Wien	750	S	1	Nebel	—2						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 29. Dezember 1900.

Warm und veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken westlichen Winden, später etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die nächste juristische Sprechstunde findet am Montag, den 31. Dezember, von 3—5 Uhr nachmittags statt.

Gablonz. Uns unbekannt.

O. O. M. M. Zu einem Abzug vom Lohn ist der Chef nicht berechtigt. — **Emil A.** Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Dem Vater stehen auch unter den von Ihnen geschilderten Umständen die vollen elterlichen Rechte zu. — **G. B.** Leider könnten Sie nur das Nachlieben herbeiführen. Wenden Sie sich mit einem dahin gerichteten Antrag an die Invaliden-Versicherungsanstalt. — **R. 67.** Lohnarrest ist wegen Alimente für außereheliche Kinder nur soweit zulässig, als der notdürftige Unterhalt des Schuldners und der standesgemäße seiner Ehefrau und seiner ehelichen Kinder dadurch nicht beschränkt wird. Als notdürftig wird in Berlin ein Betrag von 45 bis 60 Mark erachtet. Der Schuldner müßte gegen den zu Unrecht oder in unrichtiger Höhe erlassenen Pfändungsbeschluß sofortige Beschwerde, die Ehefrau und Kinder Klage erheben. — **K. P. 50.** Nein.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl., Zahlstelle Berlin I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege 51/1

Gottlieb Hauch

am 26. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. M., nachm. 3 Uhr, auf dem Andreaskirchhof in Wilhelmsberg statt.

Abfahrt mit der Leiche nachmittags 1 Uhr vom Krankenhaus Am Urban.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Centralverband d. Maurer Deutschlands.

Filiale Berlin I (Putzer).

Den Mitgliedern sowie den Mitgliedern des Gesangvereins zur Kenntnis, daß unser Mitglied

August Fink

nach langem Krankenlager verstorben ist. — Die Beerdigung findet am 1. Januar 1901, mittags 12 Uhr, vom Trauerhause, Zorndorferstr. 12, aus nach dem Friedhof Hohen-Schönhausen statt.

Um rege Beteiligung ersucht

135/7) **Die örtliche Verwaltung.**

Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.

Am Donnerstag, den 27. Dezember, verstarb unser Mitglied

Emil Weigand

im Alter von 42 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofs in Weißensee (an der Lichtenbergerstraße) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht

17845) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke.

Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimiert.

285/14 **Die Ortsverwaltung.**

Allgem. Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.

Verhaltungs-Regeln für erkrankte Mitglieder, welche Krankengeld beziehen.

Auf Grund des § 24 des Statuts und § 26a Ziffer 2a des Krankenversicherungs-Gesetzes hat die Generalversammlung vom 4. März 1900 folgende Kontrollvorschriften beschlossen:

1. Kassenmitglieder, welche infolge einer Krankheit erwerbsunfähig werden, haben hiervon innerhalb drei Tagen nach dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit der Kassenverwaltung unter genauer Angabe ihrer derzeitigen Wohnung Anzeige zu erstatten. Ein während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit eintretender Wohnungswechsel sowie die Wiederaufnahme der Arbeit sind ebenfalls innerhalb drei Tagen der Verwaltung zu melden.

2. Dem Kranken-Controleur muß zu jeder Tageszeit der Zutritt zur Wohnung des Kranken gestattet werden, und hat der Kranke jede Auskunft zu erteilen, welche sich auf die Krankheit bezieht. Der Krankenschein ist dem Controleur stets vorzulegen und muß beim Verlassen der Wohnung für den Controleur zurückbleiben, falls der Kranke sich nicht zum Arzt oder zur Kasse begiebt.

3. Den ärztlichen Vorschriften haben die Kranken unbedingt Folge zu leisten, und insbesondere ist ihnen nicht gestattet, ihre Wohnung außer der ihnen vom Arzte bewilligten Ausgehezeit zu verlassen. Das Verziehen nach einem andren außerhalb des Bezirks der Vereinsärzte gelegenen Ort während der Krankheit ist nur mit Genehmigung des Arztes und des Kassenvorstands gestattet.

4. Dem Kranken ist ferner der Besuch von Schanklokalen sowie die Vornahme irgend einer Beschäftigung oder der Genesung hinderlichen Handlung untersagt.

5. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit Ordnungsstrafen von 1 bis 20 Mark geahndet.

6. Der Kasse steht das Recht zu, die Strafgelder von dem Krankengeld in Abzug zu bringen.

NB. Mitglieder, welche ihrem Erwerbe nachgehen und gleichzeitig Krankengeld beziehen, unterliegen den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs.

Der Vorstand.
Paul Löbe, Vorsitzender.

Vorstehende Beschlüsse werden auf Grund des § 26a Abs. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes hierdurch genehmigt.

Berlin, den 13. Dezember 1900.

Der Magistrats-Kommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen.
(gez.) Friedel. 276/1
ad 1281 Gew. II 00.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe.

Montag, den 7. Januar 1901, abends 8 Uhr, **im Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15, Saal I:

Außerordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Antrag des Vorstands: Die Gehaltserhöhung der Bureaubeamten, ev. Anträge der General-Versammlung hierzu.
2. Verschiedenes. 276/2

Die Delegierten werden ersucht, zahlreich und pünktlich am Platze zu sein.

Der Vorstand.
Bernh. Jost, Vorsitzender. Georg Bäßler, Schriftführer.

Es werde Licht!

Verein zur Unterhaltung u. Belehrung.

Alle Freunde geistiger Unterhaltung, Damen wie Herren, sind zu dem am **Sonnabend, 29. d. M., abends 8½ Uhr,** im kleinen Saal der **„Kronen-Brauerei", Alt-Moabit,** stattfindenden

Vortrag

des Herrn **Herm. Stenz** über:

„Vivisektion",

die Nachtseite der modernen Wissenschaft,

hiermit freundlichst eingeladen.

Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.

17765 **Der Vorstand.**

Honig! Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn. **E. Reil,** Nordloh, Bahnhof Augustfehn, **Oldenburg.** [1229*

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Montag, den 31. Dezember 1900:

Silvester-Feier

im „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15.

*** * * Grosser Ball. * * ***

Silvester-Scherze. Neujahrs-Post.

Billets für Herren 50 Pf. inkl. Tanz, für Damen 25 Pf. sind heute noch in den Zahlstellen sowie in unserm Bureau zu haben.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag (Silvester) wird das Bureau um 3 Uhr nachmittags geschlossen. 45/10

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 p. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., p. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Th. Müller, Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenfl. und W. Nickel, Auguststr. 3, p. l. **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Carl Welt, Berlin O., Frankfurter Allee 177. — **Grünau:** Engel, Dahmestr. 6. — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstr. 6. — **Schöneberg:** Wilh. Bäumler, Apostel Paulusstr. 13, Quergebäude Hochp. — **Ober-Schöneweide:** Otto John, Wilhelminenhofstraße 18. — **Nieder-Schöneweide:** Karl Weber, Cigarrengeschäft. — **Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. — **Adlershof:** Emil Bollmann, Selchowstr. 14. **Köpenick:** Franz Weber, Cigarren-Handlung, Grünauerstr. 1. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2 II. — **Neu-Weissensee:** Heinrich Bachmann, Lehderstr. 1, part. links. **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Albertstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. **Teilzahl. wöchentlich.** 1 M. **Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9—7. Reparat. sofort. [*

V. Birkholz,

Berlin SW., Belle-Alliance-Platz 6a.

Empfehle für den Weihnachtstisch: Schrauben-Schlittschuhe a Paar 0,75 M., Mercur a Paar 2,50 M., Condor a Paar 3,50 M., Matador Club a Paar 2,25 M. **Sport-Schlittschuhe 100 Sorten:** Hero 5 M., Wodan (neu) 5,50 M., Turf 8 M., Delphin 12,50 M. ꝛc. Schneeschuhe, Rennwölfe, Katalog gratis und franco. Umtausch gestattet. Amt 4a, 6027. [4229*

Achtung, Isolierer und Rohrumhüller!

Sonntag, den 30. Dezember cr., im Lokale des Herrn Schulz, Grenadierstraße Nr. 33:

Oeffentl. Versammlung

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Vertrauensmanns. 2. Wahl des Vertrauensmanns. 3. Wahl des Delegierten sowie des Stellvertreters. 4. Verschiedenes. 5. Vortrag.

287/17 **Der Vertrauensmann: Albert Westphal.**

Wo ist die schönste Fußpartie? Durch den **Grunewald** nach **Pichelswerder** zum **alten Freund.** [2119*

Kufeke's
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl.

Gold-Gottschalk.

Wem wäre das **Uhren-** u. **Goldwaren-Geschäft** von **Hermann Gottschalk, Admiralstrasse 37,** nicht bekannt? **Reelle, geschmackvolle Ware, billigste Preise,** stets freundliche Bedienung findet man dort. Wirklicher Fachmann. **Reparatur-Werkstatt** im Hause.

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Gerichts-Zeitung.

Die Leichtgläubigkeit eines Provinzialen erregte in einer Versammlung, die gestern vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts stattfand, Heiterkeit. Der im Oldenburgischen wohnhafte Gutsbesitzer P. ist im Besitze eines bedeutenden Vermögens und eines 22jährigen Sohns. Der letztere hatte sich stets auf dem väterlichen Gute aufgehalten. Im November d. J. beschloß Herr P. seinen Sohn auf eine Geschäftsreise zu schicken. Er sollte in der Mark eine Anzahl Stücke Hornvieh kaufen. Mit hinreichenden Mitteln ausgerüstet und begleitet von den Ermahnungen der Eltern, begab der junge P. sich auf die Reise. Den Vieheinkauf besorgte er gut. Dann kam ihm eines Abends die Idee, einen Abstecher nach Berlin zu machen. Er besaß noch 650 M. In der Residenz stürzte er sich kopfüber in den Strudel der Vergnügungen. In einer Nacht waren die 650 M. durchgebracht. Mit wüstem Kopf und völlig ratlos, wie er sich aus der Klemme ziehen sollte, saß er am folgenden Morgen in seinem Hotelzimmer. Da fiel sein Blick auf den Anzeigenteil einer Zeitung. „Spielend 500 M. verdienen kann jeder, der seine Adresse bei mir abgiebt", stand da zu lesen. Der junge P. atmete auf. 500 M. konnten ihn gerade retten. „Berlin ist doch eine ausgezeichnete Stadt", dachte er, als er sich hinsetzte, um seine Adresse aufzuschreiben und abzusenden. Nun wartete er hoffnungsfreudig, er dachte, es würden ihm 500 M. zugesandt werden. Der Briefträger kam auch, aber nur mit einem einfachen Brief, der acht Achtellose einer thüringer Lotterie nebst einem Begleitschreiben einer Lotteriefirma enthielt. Er könne, wenn er Glück habe und die Lose behalte, „spielend" 500 M. verdienen, wolle er es aber nicht, so könne er die Lose auch weiter verkaufen und — natürlich bei entsprechendem Absatz — eine hübsche Nebeneinnahme haben. Der zukünftige Gutsbesitzer entschloß sich in seiner Not zu dem schweren Schritt, mit den Losen hausieren zu gehen. Er wandte sich an Personen in den Wirtshäusern und auf der Straße ohne jeden Erfolg. Schließlich wurde ein Schutzmann auf ihn aufmerksam. Da der Angehaltene als einzigen Ausweis nur einige Visitenkarten und keine Mittel besaß, so nahm man ihn in Untersuchungshaft. 11 Tage hat er dort schmachten müssen, bevor es seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Ullrich, gelang, aus der Heimat des Verhafteten die nötigen Papiere und von dessen Vater die Mittel zu beschaffen, um den leichtsinnigen Burschen auszulösen. Dieser trat dann in gedrückter Stimmung die Heimreise an. Es wurde aber gegen ihn Anklage wegen Vertriebs von Losen auswärtiger Lotterien erhoben. Der Angeklagte wurde wegen weiter Entfernung vom persönlichen Erscheinen entbunden. So mußte denn sein Verteidiger die Erlebnisse des jungen Oldenburgers in der Residenz schildern und eine möglichst gelinde Strafe zu erwirken suchen, die denn auch nur auf 3 M. Geldstrafe bemessen wurde.

Der Bilderkult. Ein für den reichsdeutschen Byzantinismus geradezu beleidigendes Urteil ist dieser Tage in Wien in einer Majestätsbeleidigungs-Sache gefällt worden. Es wird darüber aus Wien vom 22. Dezember berichtet: Ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß und zugleich eine von Offizieren erhobene Ehrenbeleidigungs-Klage lag dem hiesigen Kassationshofe zur endgültigen Entscheidung vor. Am 22. April war im Reichenbacher Stadt-Theater zu Gunsten des Deutschen Schulvereins eine Festvorstellung veranstaltet worden, bei der unter andrem das Ballett „Wiener Walzer" aufgeführt wurde. Am Schlusse des Balletts erschien im Hintergrund der Bühne eine Büste des Kaisers Franz Josef. Die Theaterkapelle spielte die Volkshymne. Die im Parkett sitzenden Offiziere und das Publikum erhoben sich von den Plätzen. Oberlieutenant v. Laube bemerkte, daß in einer Loge ein junger Mann, Namens Otto Feigl, der Sohn einer angesehenen Reichenberger Familie, sitzen geblieben war. Er stellte deshalb den jungen Mann zur Rede. Als die Vorstellung zu Ende war, traten auf dem Rathausplatz Oberlieutenant v. Laube und Oberlieutenant Karl Göbel neuerlich auf Feigl zu. Es entspann sich ein Wortwechsel, wobei die Offiziere den jungen Mann mit Ausdrücken: „Lümmel!" „Lausbub!" belegten und Oberlieutenant v. Laube ihm einen Stoß in die Seite versetzte. Erregt rief Feigl: „Solche Flegeleien von Maulaffen von Offizieren gehen mich nichts an!", worauf die Offiziere Feigls Arretierung veranlaßten. Bei der Polizei erklärte Feigl neuerlich: „Das Benehmen der Offiziere ist eine Flegelhaftigkeit!" Dieser Vorfall hatte zur Folge, daß am 20. August Otto Feigl wegen des Sitzenbleibens im Theater bei der Kaiserhuldigung der Majestätsbeleidigung und wegen der Szene vor dem Rathause infolge der Klage der beiden Offiziere der Ehrenbeleidigung angeklagt war. Feigl erklärte, daß er, im Hintergrunde der Loge sitzend, die Kaiserbüste gar nicht gesehen und von der Huldigung keine Ahnung hatte. Es wurde festgestellt, daß Feigl, ein unbescholtener, gebildeter Mann, überhaupt niemals sich politisch bethätigt hatte, so daß ihm die Absicht einer absichtlichen Illoyalität oder gar antidynastischen Demonstration nicht zugemutet werden könne; daß ferner auf der Galerie, da die Büste dort überhaupt nicht zu sehen war, das Publikum sich gar nicht erhoben hatte. Das Erkenntnisgericht sprach den Angeklagten von der Majestätsbeleidigung frei, da weder objektiv noch subjektiv der Thatbestand gegeben sei. In der Begründung hieß es: „Das Gesetz kennt keinen Bilderkultus und stempelt nicht jeden zum Verbrecher, der sich bei einer, vor einem Kaiserbilde gelegentlich abspielenden Huldigung passiv verhält." Dagegen wurde Feigl wegen Beleidigung der Offiziere schuldig gesprochen und zu vierzehn Tagen mit zweimaliger Einzelhaft und Fasten verschärften strengen Arrestes verurteilt. Gegen diese Verurteilung ergriff Feigl die Nichtigkeitsbeschwerde. Der Kassationshof hob das Urteil und die Strafe auf und verurteilte Feigl unter Anwendung des außerordentlichen Strafmilderungsrechtes nur wegen Uebertretung der Ehrenbeleidigung zu hundert Kronen Geldstrafe.

Unbedingt größtes*)

Herren- u. Knabengarderobengeschäft
der
Schönhauser- und Prenzlauer Vorstadt

Hugo Opitz

Schneidermeister [56489*
Berlin N., Franseckistrasse 13,
nahe der Schultheiß Brauerei.
Fernspr. Amt III. 5366. Etabliert 1895.

Das vollständig neu umgebaute Lokal erstreckt sich durch das **Vorderhaus, Seitenflügel** und **Quergebäude,** ca. 40 Meter direkte Länge.

Bei ganz bedeutender Auswahl fertiger **Garderoben** für **Herren** und **Knaben** in **Festtags-Kleidung, Alltags-Kleidung, Sportbekleidung** 2c. habe ich enorm billige Preise, auf jedem Etikett verzeichnet, allerdings ohne jeden Abzug — **streng feste Preise!**

Riesengroßes Tuchlager

zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das **eleganteste** in eignen Werkstätten angefertigt werden.

*) Bitte sich selbst zu überzeugen.

Conrad Tack & Cie.

Burg bei Magdeburg. 79L*

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

68 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt sind unsre Fabrikate

durch ausserordentliche Haltbarkeit, durch vorzügliche chice Passform, durch unerreicht billige, feste Preise, durch unübertroffene Leistungen

auf dem Gebiet der Schuh-Industrie.

Prämiiert mit der goldenen Medaille 1893.

Strapazier-Damen-Stiefel Mk. 3,40. Strapazier-Herren-Stiefel Mk. 4,50.

Goodyear-Welt (System Handarbeit), eigenes Fabrikat, der beste Stiefel der Gegenwart.

Winter-Schuhe und **-Stiefel** in bekannt grosser Auswahl; **Gummi-Schuhe,** echt Petersburger und beste deutsche Fabrikate.

Verkaufshäuser in Berlin unter eigner Firma:

50	Andreasstr.	50.	
29	Beusselstr.	29.	
1	Danzigerstr.	1.	
139	Frankfurterstr.	139.	
240	Friedrichstr.	241.	
65	Oranienstr.	65.	
50	Potsdamerstr.	50.	
14	Rosenthalerstr.	14.	
15	Spittelmarkt	15.	
87	Turmstr.	87.	
22	Wilsnackerstr.	22.	

Charlottenburg:
122 Wilmersdorferstr. 122.

Rixdorf:
30|31 Bergstr. 30|31.

Achten Sie genau auf unsre Firma!

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Punsch-Extrakte!!!

Ananas-, Kaiser-, Schwedischer, Schlummer- u. Glühwein-Punsch-Extrakt, sowie **Rum** und **Arrak** können von jedermann schnell und leicht selbst hergestellt werden. Jede Originalflasche **Reichels Punsch-Extrakt-Essenz für 75 Pfg.** und 1 Liter Weingeist für **1,40 M.** giebt sofort **2 Liter Punsch-Extrakt,** welcher 1/2 mit 3/4 heißem Wasser genossen von köstlichem Wohlgeschmack ist.

Bedeutende Ersparnis! **Kein Mißlingen!** Die Erfolge überraschen jeden!
Einzig echt und garantiert nur mit dem Namenszuge des alleinigen Erfinders

Otto Reichel, Berlin
SO., Eisenbahnstr. 4.
Grösste Fabrik Deutschlands für Combinierte Original-Branntwein- und Liqueur-Essenzen mit Dampfbetrieb.

Niederlagen:

Centrum.
Alexanderstr. 38a. **Eug. Müller Nf.** Kaiser Wilhelmstr. 47. **R. Sauer.** Münzstr. 24. **W. R. Haenschel.** Prenzlauerstr. 12. **M. Kaiser.** Rosenthalerstr. 6/7. **O. Kretzschmar.**

Norden.
Ackerstr. 69. **A. Wohlgemuth.** Ackerstr. 139. **G. Zobel.** Brunnenstr. 41. **C. Keune.** Chausseestr. 84. **Otto Schultz.** Demminerstr. 5. **Hugo Lubowsky.** Elsasserstr. 31. **C. Schlotheuber.** Elsasserstr. 38. **S. Rosenbaum.** Fehrbellinerstr. 80. **F. Sonnenberg.** Gerichtstr. 10. **Gebr. Ahrens.** Invalidenstr. 139. **A. Bahr.** Invalidenstr. 128. **P. Würsling.** Müllerstr. 40. **F. Kröber.** Müllerstr. 166a. **Hugo Schultz.** Prinzen-Allee 29. **Friedr. Thiele.** Reinickendorferstr. 26a. **P. Recollin.** Reinickendorferstr. 56b. **G. Leisegang.** Reinickendorferstr. 70. **Paul Trapp.** Rheinsbergerstr. 55. **Alex Howitz.** Weinbergsweg 1. **M. Zaremba.**

NW.
Altonaerstr. 3. **Anna Hütter.** Brücken Allee 17. **R. Sauer.** Havelbergerstr. 11. **H. Sommer.** Lessingstr. 16. **W. Diepow.** Lübeckerstr. 26. **A. Wohlgemuth.** Stromstr. 40. **Felix Günther.** Wilsnackerstr. 59. **W. Diepow.**

NO.
Landsbergerstr. 109. **Alb. Treber.** Linienstr. 8. **O. Stahl Nachf.**

SW.
Chamissoplatz 7. **Reinh. Kohl.** Friedrichstr. 249. **C. F. Ancker.** Großbeerenstr. 28b. **Otto Wilter.** Markgrafenstr. 29. **J. F. Schwarzlose Söhne,** Kgl. Hoflieferant. Zimmerstr. 2. Hoflief. **E. Drewitz.** Zossenerstr. 22. **Julius Conti.**

Süden.
Blücherstr. 60. **Alfr. Katzluft.** Dresdenerstr. 115. **F. W. Schrandt.** Neue Jakobstr. 14. **Eugen Totzeck.** Kommandantenstr. 45. **F. E. Börkel.**

SO.
Dresdenerstr. 134. **Oskar Sy.** Köpnickerstr. 129. **Fritz Sauer.** Reichenbergerstr. 76a. **Ph. Lerch.** Waldemarstr. 28. **E. Staats.**

Osten.
Blumenstr. 25. **G. Hannemann.** Frankfurter Allee 156. **Otto Erhardt** Große Frankfurterstraße 35/36.
J. Maschkiewicz. Königsbergerstr. 13. **M. Angermann** Koppenstr. 25. **W. Edelmann.** Petersburgerstr. 72. **Julius Beer.** Thaerstr. 62. **Franz Zimmer.**

Westen.
Culmstr. 1, Ecke Bülowstr. **M. Eckert.** Groß Görschenstr. 31. **C. Ordnung.** Keithstr. 17. **O. Köppner** Lilly-Drog. Kurfürstenstr. 139. **C. A. Winkler Nachf.** Kurfürstenstr. 119. **E. Heuser Nfl.** Kurfürstenstr. 27. **Karl Kehler.** Kyffhäuserstr. 20. **M. Schuberth.** Lutherstr. 48/49. **Otto Bleck.** Lützowstr. 59. **Gebr. Harnisch.** Magdeburgerstr. 25. **H. Schoene.** Pallasstr. 24. **Dr. H. Rosemann & Co.** Potsdamerstr. 42. **E. Heuser Nfl.** Potsdamerstr. 73. **L. Horn.** Tauentzienstr. 20, Eing. Passauerstr. **Hans Schwarzkopf.**

Charlottenburg. Oskar Mertins, Krummestr. 37. **F. Seberin,** Magazinstr. 16. **A. F. Neumann Söhne,** Berlinerstr. 103. **Schöneberg. Hermann Boges,** Hauptstr. 100. **R. Lehmann,** Hauptstr. 4. **M. Rychlicki,** Hohenfriedbergstr. 17. **Rixdorf. H. Vincent,** Bergstraße 129. **P. Lemcke,** Kaiser Friedrichstr. 242. **Cöpenick. Karl Jackisch,** Schloßplatz. **Friedenau. Dankmar Hermann,** Dürerplatz 1. **G. Oelgart,** Rheinstr. 68/69. **Friedrichsberg. Franz Fischer,** Frankfurter Chaussee 106. **Gross-Lichterfelde (Ost). Otto Borstell,** Bismarckstr. 31. **(West). Paul Remus,** Steglitzerstraße 47. **Hermsdorf** i. d. Mark. **W. Barstorff,** Bahnhofstraße. **Pankow. C. Buchmann,** Florastr. 35. **R. Rosemann,** Brehmestraße 55. **Reinickendorf-West. G. Zobel.** Scharnweberstraße 117. **Spandau. Arthur Lehmann,** Pichelsdorferstraße 26. **Max Bock.** Breitestraße 26. **Max Bock.** Schwanenwalderstraße 91. **Steglitz. Heinr. Hasselmann,** Albrechtstr. 16. **Georg Schwabe,** Schloßstr. 66a. **Tegel. H. Farchmin,** Berlinerstr. 10. **Weissensee. Paul Hennicke,** König-Chaussee 58. **Wilmersdorf. Rd. Thiele,** Ringbahnstraße 264.

Weitere Niederlagen folgen.

Wo keine Niederlagen, frei Haus durch meine Gespanne. Versand nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme. Man verlange kostenfrei Prospekte „Die Destillation im Haushalt".

Warnung vor Fälschung! Die bekanntlich von mir erfundenen und eingeführten Combinierten **Original-Reichel-Essenzen** (ges. geschützt) sind in Wahrheit die **allein echten** Fabrikate. Alles andre unter **täuschend ähnlichen Namen** ist eine mißglückte Nachahmung meiner durch höchste Vollkommenheit berühmten Fabrikate, welche **von keiner Seite** jemals erreicht, geschweige übertroffen werden können. **Um sich vor Enttäuschung und Mißerfolgen zu schützen, lasse man sich nichts andres als „ebenso gut" aufreden, und bestehe auf**

Echte Original-Reichel-Essenzen.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer, Tischlermeister. Berlin N., Brunnenstr. 152.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe u. Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen, Große Flicken umsonst. die Hose

bei Einnahme von 6 Stück 20 Mk. **4 Mk. 50**

Echt blaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echt blaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echt blaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echt blaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Prima Manchester Hose 8,—, 5,50, 3,50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 13,— 9,—
Operations-Mantel f. Aerzte 4,50—3 M. 40
Maler-Kittel . . . . . 3,— 2,50, 2 M.
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 M. 40
Weißes Leder-Jackett, 2reihig gefüttert . . . . . 7 M. 50
Weiße Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 16te Preisliste 1900/1901 über gesamte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Auflage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 5661Q*

Nachdruck verboten!

Jeden Sonntag u. Silvester:
Fischverkauf Rügenerstr. 22. Hof.
Ebenso empfehle meinen Fischstand Nr. 5 in der Central-Markthalle und mein Fisch-, Wild- und Geflügel-Geschäft Landsbergerstr. 6, Laden.
336L* **A. Radecke.**

Rum

nicht von Essenz, sondern nur wohlbekömmlicher reiner Jamaica-Verschn. pr. 1/1 Fl. (3/4 Liter) von **90 Pf.**, 1/2 Fl. von 50 Pf. inkl. an. Vorzügl. **Punsch-, Grog-, Glühwein-Extrakt** 1/1 Fl. (3/4 Liter) von **1,10 M.**, 1/2 Fl. von **60 Pf.** inkl. an, empfiehlt die **Weinhandlung und Spiritusen-Fabrik** von [4732*

Ignatz Sello,
110 Brunnen-Straße 110
(neben dem Pferdebahn-Depot).
Filiale: **Kastanien-Allee 27.**

Rum
Liter **1,20** bis **5,00** Mark
Glühwein- und Punsch-Extrakt
Flasche (3/4 Liter) **1,20—4,00 M.**
F. Willumeit, Alexanderstr. 62, Potsdamerstr. 48 (Eing. Kurfürst.) Skalitzerstr. 135, Reichenbergerst. 87.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 29. Dezember.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Erster Abend: Das Rheingold. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Maria Stuart. Anfang 7 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Wie Klein-Else das Christkind suchen ging. Anfang 2½ Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Wie die Blätter. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Habakuk im Wetterhäuschen.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Nachmittags: Sneewittchen bei den 7 Zwergen.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Der Leibalte. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Maschinenbauer. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Tata-Toto. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Hexenmeister vom Teufelssee. Hierauf: Die kalte Hand oder der Prozeß ohne Ende. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 4 Uhr: Die Veilchenprinzessin.
Luisen. Der Roland von Berlin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Passionsspieler von Oberammergau. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung Fräulein Loreley. Anf. 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Der Säugling. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-D-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Die Weltausstellung in Paris". Nachm. 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen): „Von Schantung nach Peking".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Secessionsbühne.

Alexanderstr. 40.

Der Leibalte.

Komödie in 3 Akten v. Lothar Schmid d. J.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.

Heute nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung kleine Preise, zum letzten Male:
Die Veilchenprinzessin.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Hexenmeister vom Teufelssee
Hierauf: **Die kalte Hand.**
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, kleine Preise:
Rotkäppchen.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr:
— Die Maschinenbauer. —
Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von A. Weirauch. Musik von A. Lang.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Welt in der man sich langweilt.
Montag, abends 7½ Uhr:
Neu einstudiert:
Der Raub der Sabinerinnen.

Central-Theater.

Abends 7½ Uhr:

Die Schöne von New York.

(The belle of New York.)
Burleske-Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerker.
Morgen nachmittag 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Geisha.**
Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.
Montag, abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.
Dienstag, 1. Januar, nachm. 3 Uhr:
Die Geisha. Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.

Heute und folgende Tage:
(Silvester und Neujahr)
Amor von Heute.
Gr. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7½ Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu! China in Berlin.
Krao, Bindeglied zwischen Mensch und Affe.
Liza, das 12jähr. Riesenmädchen.
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Cirkus Busch

Sonnabend, den 29. Dezember, abends 7½ Uhr:

Prunk- und Gala-Abend!

„Die eiserne Maske"

Großes histor. Manegen-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime d. Cirkus Busch.
Außerdem:
Vorzügl. Programmnummern!
Avis!
Morgen, Sonntag, nachm. 4 Uhr:

Berliner Landpartien

wozu jeder Erwachsene auf Sitzplätzen ein Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte.
Abends 7½ Uhr: **Die eiserne Maske.**

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Heute Sonnabend, 29. Dezember:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
So sind sie alle.

Urania

Taubenstr. 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr:
„Die Weltausstellung in Paris."
Um 4 Uhr zu ermäss. Preisen:
Von Schantung bis Peking.

Invalidenstr. 57/62.

Tägl. Sternwarte.

Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.

Grosse Weihnachts-Ausstellung!

Die „Trinklust" der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal.
Damenkapelle **Zarina.**
Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Passage-Theater

Unter den Linden 22.

D-Vorstellung

(Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr.

Tägl. Auftreten The brazil Girl

2. Seebataillon 3. Compagnie.
16 Nummern.
Eintr. (soweit der Raum reicht) inkl. Panopticum **50 Pf.**

Palast-Theater

früher Foon-Palast, Burgstr. 22.

Wiederholung des Elite-Feiertags-Programms.

8½ Uhr: Kolossaler Lacherfolg! 8½ Uhr:

Der Säugling.

Familienbild in 1 Akt.
Nickel, Rentier: **Dir. Rich. Winkler.**
12 Attraktions-Nummern I. Rangs.
Die Ehrenkarten haben bis inklusive 29. Dezember keine Gültigkeit.
Am 31. Dezember: **Gr. Silvester-Frei-Ball** mit allerlei Ueberrasch.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.
Entree 50 Pf.

Größte und schönste **Weihnachtsmesse**
Ausstellung im Messpalast
Alexandrinenstr. 110.
Täglich Konzert v. 5 Kapellen.
Illusionen. Variétés. Mysterium des 20. Jahrhunderts. Erscheinung aus der übersinnlichen Welt. Kaiser-Panorama. Hölle u. Nordpol. Höllen-Variété. Sonntags: **Gr. Ball** bei 20 Mann starker Kapelle. Entree **frei** und **10, 20, 30 Pf.**
Dir. **Kranz.**

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:

Fräulein Loreley.
Florence Esdaile
Fräulein Carola
Milli Capell
Mlle. Bresina
Francis Gerard
und 10 Specialitäten.

Montag, den 31. Dezember 1900:
Zum erstenmal
mit vollständig neuer Ausstattung:
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.

Henry Bender als Debüt.
Mit vollständig neuer Ausstattung
Eine tolle Nacht.

Vorher:
Das brillante Dezember-Specialitäten-Programm.
Anfang der Specialitäten ½8 Uhr, Anfang der „tollen Nacht" ½9 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Montag, 31. Dezember 1900
Gr. Silvesterfeier.
Von ½8 Uhr ab
Sensation. Specialitäten.
Um ½9 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Von 11 Uhr ab:
Debüt der weltberühmten
American Zouaven.
Henry Benders hochaktuelle Hobelbank.
Silvesterrummel an der Kranzlerecke.
Von 12 Uhr ab:
Silvester-Tanzkränzchen.
Blumen- u. Konfettischlacht.
3 Musikkapellen. Große Ueberraschungen. Brillante Silvester-Soupers. — Exquisite Weine. Rauchen in allen Räumen gestattet.
Anfang ½8 Uhr. Ende 4 Uhr früh.

Sanssouci

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entree **50** Pf. Von 5—7:
Unterhaltungs-Musik.
Wochentags 8 Uhr. Entree **30** Pf. Nach jed. Soiree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei.
Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen,** Inh.: Max Schindler. — Telephon: Amt IV Nr. 1132. — Heute: **Grosser Ball,** als **Specialität: 8 Cigarren-** und echten **Weichselspitzen-Regen 8** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Montag, den 31. Dezember:

Großer Silvester-Ball!!!

Um 12 Uhr: **Einzug der Prinzessin Karneval** und deren Hofdamen auf einem **Ponny-Gespann.**

Verteilung von Präsenten!

Entree frei! Entree frei! **M. Schindler.**
Meinen werten Gästen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß vom 1. Januar ab außer Sonntag und Mittwoch **auch Donnerstag** großer Ball stattfindet. [5741]*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. **Nur erstklassige Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Zum Schluß, neu:
Weihnachten in China.
Anfang 8 Uhr.
Vorher:
Militär-Konzert

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.

Täglich
4 ausländische Kapellen **4**
Gr. Theater-Vorstellung.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein **Weiß- und Bayrisch-Bierlokal,** sowie meine beiden Vereinszimmer mit Klavier für 20 und 50 Personen. [5763]*
August Bieberstein,
Adalbertstr. 61.

Köpenick, Grünauerstr. 70.
H. Königs Restaurant hält sich bestens empfohlen. [3752]*

Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 29. Dezember, abends präcise 7½ Uhr:
XIV. Grande Soirée High-Life.
Gala-Programm.
Auftreten sämtl. **neu engagierten** Specialitäten sowie sämtl. Clowns und Auguste mit ihren für Berlin vollständig neuen Entrees und Intermezzos. **Die neuesten Original-Dressuren des Dir. A. Schumann.**
Um 9½ Uhr allabendlich stürmischer Beifall. Das größte Manegen- und Wasserschaustück der Gegenwart:

CHINA.

Der Krieg in Ostasien. Darstellendes Personal **600** Pers. Sämtl. Einlagen.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. 3½ Uhr: Neu! Riesen-Erfolg, zum 4. Male: **Das Märchen vom Goliath und David.** Große Kinder-Pantomime in drei Akten, dargestellt von 150 Kindern und dem Personal. Zum 99. Male: **China.** Nachmittags ein Kind frei.

Cirkus Jansky.

Schöneberg, Hauptstrasse.
bis-a-vis dem Rathaus.
Sonnabend, 29. Dezbr., abds. 8 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Vorzüglich gewähltes Programm.
Sonntag: 2 Vorstellungen, nachmittags 4 und abends 8 Uhr.

Sonntag 1 Uhr, Koppenplatz nach **Waldmannslust.**
Dienstag 1 Uhr, Brandenburger Thor nach **Saatwinkel. — Donnerstag: Generalversammlung** bei Wilke.

Hüte

Trotz der kolossalen Steigerung in der Hutfabrikation verkaufe noch zu den alten Preisen. [5520]*
Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Ecke Skalitzerstraße.
Großes Lager in Schirmen, Mützen, Krawatten

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ½ Tonne 3,50 exkl. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 88/3*

Bierverlag mit Kundschaft billig zu verkaufen, Lier, Alte Jakobstraße 119. 17825*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1541b

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1542b

Bettstelle mit Matratze für 25 M. verkauft Funk, Charlottenburg, Berlinerstraße 109. †132*

Musikwerke. Leierkästen, Harmonikas, Violinen, Mandolinen, Guitarren, Zithern, Saiten; auch Teilzahlung. Sparfeld, Perlebergerstraße 50. [†82*

Pianino verkauft billigst, auch Teilzahlung die Woche 4 Mark, monatlich 15,00 Mark, Buchholzerstraße 10 I links. [1686b*

Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118. 1483b

Nähmaschinen, beste Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, 5jährige Garantie, Postkarte. Freise, Neue Königstraße 82, Laden. [3698*

Kanarienhähne, prima Hohl-, Klingelroller, verkauft Thiele, Barnimstraße 32. 1454b

Nähmaschinen beste deutsche Ware, ohne Anzahlung. Woche 1 Mark. Freier Unterricht. Langschiffchen, Ringschiffchen, Rundschiff-Schnellnäher. Nähmaschinengeschäft Rixdorf, Berlinerstraße 84, nahe Hermannplatz. [*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Gaskocher! Praktische Weihnachtsgeschenke! Sparsysteme! Zweiflochkocher 6,—, Dreilochkocher 10,—, Gasplätteisen billig! Gasbratöfen 12,—. Gasheizöfen 7,—. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1390b

Petroleumkocher, dochtlos, geruchlos, Gasanzünder, Lohnrechner, Schleifstein-Abdreher. Kretschmann, Lindenstraße 37. [10575*

Fette Gänse, 1000 Stück, stehen wieder zum Verkauf für den Spottpreis von 2,50 Mark an. Central-Viehhof gegenüber Restaurant Eisbudiski, Pferdebahn-Haltestelle. Weiße Daunen a Pfund 2,25, graue Federn 60 Pf. Paul Höft. 17635*

Papageien, Kanarienhähne, Weibchen, Waldvögel, Aquarien, Vogelbauer, Vogelfutter, Dähn, Brunnenstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen.

Kanarienhähne, tiefgehende, in bekannter Güte und Reellität. Wache, Yorkstraße 84d, Eingang 84. [17056*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Muschelspinden 28. Spiegel, geschliffen, 12; fournierte Ausziehtische, Trumeaux 45. Sofas, Matratzen, garantiert reelles Polster, eigner Fabrik, sowie vollständige Wohnungseinrichtungen wirklich billig. Pitschowitz, Mariannenstr. 7a. 4378*

Teppiche, Tischdecken, Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 40/20

Kanarienroller, Auswahl, lautsingender Rotkehlchen 1,50, Oranienstraße 87, Vogelhandlung. [17758*

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. [†139*

Menzenhauer-Zither, Notenblätter 9 Mark Kastanien-Allee 27, Weinhandlung. [1785b

Vereinszimmer empfiehlt Lier Alte Jakobstraße 119. [288K*

Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jannasch, Jusistraße 10. [200K*

Vereinszimmer, neu eingerichtet, mit Pianino, empfiehlt Schmidt, Stromstraße 42. [†82*

Großes Vereinszimmer einige Tage in der Woche zu vergeben. J. Sachse, Lindowerstraße 26. 1434b

Nehme hiermit die Beleidigung gegen Herrn Fischer zurück. R. Preuß, Andreasstraße 77a. [1783b

Vermischte Anzeigen.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 1654b*

Rechtsschutz erteilt Gnadt, Rüdnitzstraße 41. [†71*

Rechtsbureau Andreasstraße 63 (neben Concordiasäle). Gewissenhafter Rechtsbeistand. [17665*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [9255

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Kanarienweibchen kauft Vogelhandlung Flottwellstraße 6. [17606*

Eisen- und Metallbruch kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. [15656*

Vereinszimmer frei, Ladewig, Kommandantenstraße 65. 2838*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet. Oranienstraße 186 rechter Seitenflügel II.

Ein Herr kann mit einwohnen, Ullrich, Gübenstraße 9. 1755b*

Schlafstelle für Herrn zu vermieten bei Witwe Klottig, Naunynstraße 36, Hof I. 46/19

Einfenstrige Stube, separat, als Schlafstelle für einen Herrn. Reichenbergerstraße 179, Hof IV. [1772b

Schlafstelle für Herren. Titel, Elisabethufer 43a, Hof II. [1773b

Schlafstelle für zwei ordnungsliebende Herren, große Stube, bei älteren Leuten, kinderlos. Hollmannstraße 6, Hof Quergebäude II, Meyer.

Schlafstelle, separat, Grüner Weg 70, vorn III, Mielitz. [17618*

Freundlich möblierte Schlafstelle zu vermieten. Langestraße 15, vorn 1V, Jahn. [17799

Möblierte Schlafstelle an Herrn vermietet Fließ, Muskauerstraße 43.

Schlafstelle für zwei anständige Herren. Bülowstraße 56, Aufgang 6. II. Meier. [1782b

Möblierte Schlafstelle Albrecht, Oberbergerstraße 35, II. [†55

Bessere Schlafstelle oder möbliertes Parterrezimmer; auch zwei Herren Lausitzerstraße 19. [1786b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27.

Suche Waschstelle. Friedrichsgracht 16, Frau Wölke. 5706

Suche einen Lehrer oder Lehrerin, um die deutsche Sprache zu erlernen. Newlen bei Stehfeld, Chorinerstraße 81.

Stellenangebote.

Farbigmacher verlangt, Rixdorf, Thomasstraße 16. 1781b

Tüchtigen Werftdiener verlangt Jensch, Waldemarstraße 15. [†1b

Herren-Stehkragen, geübte Vorrichterinnen, Vornäherinnen wünscht Koppenstraße 37 II.

Schnabelkragen, geübte Vornäherinnen, Vorrichterinnen wünscht Koppenstraße 37 II. 47/2

Geübte Vorarbeiterinnen für die Arbeitsstube unsrer Kravatten-Fabrik suchen Ledermann u. Ueberholz, Neue Roßstraße 19/20. 1780b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Achtung!

Parkettbodenleger!

Folgende Firma ist gesperrt:
Görlitz-Claffen. Parkett-Fabrik.
Die Kommission.

Zweiter Redacteur

per 1. März 1901 gesucht. Derselbe muß Nachweis über gute Leistungen führen und erforderlichenfalls die verantwortliche Zeichnung übernehmen können. Meldungen unter Angabe der Gehaltsansprüche erbittet sofort der Verlag „Volksstimme", Magdeburg. 4729*

Achtung Theaterarbeiter!

Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit nach wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/10*
Der Vorstand des Verbands des technischen Bühnenpersonals.

Achtung! Achtung!

Stuccateure!

Bei der Firma **Jäckel** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fern zu halten. Die Bauten der Firma sind:
Lietzenburgerstraße, Ecke Meineckestraße: Bau Goldmann.
Meineckestr. 11: Bau Goldmann.
Meineckestraße Ecke Kurfürstendamm: Bau Albrecht.
Kurfürsten-Damm 200: Bau Krengel.
Kurfürsten-Damm Ecke Schlüterstraße: Bau Munk.
Mathäikirchstr. 31: Bau Kaiser u. d. Großheim.
Eisenbahnstraße: Bau Garbe.
179/17*] **Die Lohnkommission.**

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.